Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3678

Der Bundesminister für Wirtschaft
II/II A 4 — 02 07 92

Bonn, den 16. Dezember 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Berichterstattung über Lage, Entwicklung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Deutschen Bundestag**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 81. Sitzung vom 26. Juni 1963 (entsprechend der Drucksache IV/1290 vom 25. April 1963) die Bundesregierung ersucht, die Berichterstattung über Lage und Entwicklung der im Handwerk, Handel, übrigen Gewerbe und in den freien Berufen selbständig Tätigen fortzusetzen. Das Ersuchen geht auf Anträge der Fraktion der SPD vom 5. Dezember 1958 (Drucksache 712 der 3. Wahlperiode) und vom 13. März 1962 (Drucksache IV/246) zurück.

Hiermit beehre ich mich, den anliegenden Bericht über Lage, Entwicklung und Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen vorzulegen.

Schiller

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Berichte zur Lage und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen und zur Förderung dieser Unternehmen durch die Bundesregierung Oktober 1968

Inhaltsübersicht

(Gliederung der Einzelberichte zu Beginn jeden Berichtes)

Einleitung

Bisherige Berichterstattung über Lage, Entwicklung und Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland

Auf Grund eines Antrages der Fraktion der SPD — Drucksache 712 in der Fassung der Drucksache 1516 der 3. Wahlperiode — hat die Bundesregierung am 13. Juli 1960 dem Deutschen Bundestag einen Bericht über die Lage der Mittelschichten vorgelegt — Drucksache 2012 der 3. Wahlperiode —. Am 13. Juni 1962 hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung um die Vorlage eines Ergänzungsberichtes ersucht; dieser Ergänzungsbericht wurde dem Bundestag am 10. September 1963 übermittelt — Drucksache IV/1475 —.

In den nachfolgenden Beratungen über eine weitere Berichterstattung über Lage, Entwicklung und Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland hat der Deutsche Bundestag (entsprechend der Drucksache IV/1290 vom 25. April 1963) in seiner 81. Sitzung am 26. Juni 1963 die Bundesregierung u. a. ersucht, die Berichterstattung über Lage und Entwicklung der im Handwer, Handel, übrigen Gewerbe und in den freien Berufen selbständig Tätigen fortzusetzen.

Zwischen dem seinerzeit federführenden Bundestagsausschuß für Mittelstandsfragen und den Vertretern der berichterstattenden Ressorts wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß aktuelle Einzelberichte über ausgewählte Wirtschaftsbereiche oder Probleme einer Wiederholung der umfassenden Berichterstattung vorzuziehen seien. Es hatte sich gezeigt, daß die Berichtsergebnisse über die einzelnen Wirtschaftsbereiche nur in sehr begrenztem Umfang miteinander verglichen werden konnten, da sie auf verschiedenen statistischen Unterlagen beruhten, die überdies häufig aus verschiedenen Zeiträumen stammten.

Im Zuge der Berichterstattung wurden dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen in den Jahren 1965 bis 1967 neun Einzelberichte über Lage, Entwicklung, Förderung und Probleme kleiner und mittlerer Unternehmen übermittelt (vgl. Zweiter Teil, Abschnitt VI).

Art und Umfang der jetzigen Berichterstattung

Nachdem im Jahre 1968 eine Reihe von Berichten und statistischen Ergebnissen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft vorlag, die für die Kenntnis der Lage, Entwicklung und Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen von Bedeutung sind, erschien es zweckmäßig, diese Berichte dem Deutschen Bundestag in ihrer Gesamtheit als Drucksache vorzulegen.

Die Berichterstattung konnte sich nicht auf kleine und mittlere Unternehmen beschränken. Sie mußte sich vielmehr auf die Struktur der Unternehmensgrößen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen beziehen und dabei, soweit dies auf Grund der Unterlagen möglich war, die Lage und Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen der einzelnen Branchen und Wirtschaftsbereiche und im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft verdeutlichen.

Im einzelnen wird nachstehend über die Lage und Entwicklung im Handwerk, in der Industrie, im Groß- und Einzelhandel, im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Verkehrsgewerbe berichtet. In diesen Wirtschaftsbereichen spielen kleine und mittlere Unternehmen eine wichtige Rolle. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit geben Berichte

über diese Wirtschaftsbereiche doch einen guten Einblick in die Lage und Entwicklung der Gesamtheit der kleinen und mittleren Unternehmen insbesondere während der Rezession der Jahre 1966 und 1967 und während des nachfolgenden Konjunkturaufschwungs.

Grenzen der Vergleichbarkeit der vorgelegten Berichte

Freilich sind diese Berichte aus mehreren Gründen nicht unmittelbar miteinander vergleichbar. Das liegt zunächst daran, daß sie auf unterschiedlichen statistischen Unterlagen beruhen; so liegen für das Handwerk außer den Handwerkszählungen von 1956 und 1963 z. B. Betriebsstatistiken auf Grund der Handwerksrollen der Handwerkskammern, die Handwerksberichterstattung (Fachserie D, Reihe 7) des Statistischen Bundesamtes und spezielle Ermittlungen der Handwerksorganisationen und -institute vor. Für die Industrie ist die Industrieberichterstattung des Statistischen Bundesamtes maßgebend; für Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe stehen die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistiken 1962, 1964 und 1966 zur Verfügung. So werden für Handwerk und Industrie Angaben über Betriebe, für die übrigen Wirtschaftszweige aber vorwiegend Angaben über (zur Umsatzsteuer veranlagte) Unternehmen erhoben. Die in der Handwerkszählung ausgewiesenen Umsätze sind mit den Monatsumsätzen der Industrieberichterstattung und mit den steuerpflichtigen Jahresumsätzen der Umsatzsteuerstatistik nur bedingt vergleichbar.

Daß die Entwicklung der einzelnen Faktoren (z. B. Zahl der Betriebe, der Umsätze und der Beschäftigten) aus der Struktur des betreffenden Wirtschaftsbereichs (z. B. produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsgewerbe) verstanden werden muß, bedarf keiner besonderen Erläuterung.

Es wurde daher auf eine schematische Einheitlichkeit der Berichterstattung verzichtet, um irreführende Vergleiche der Lage und Entwicklung zwischen einzelnen Wirtschaftsbereichen auszuschließen. Berichtet wurde vielmehr über die Zahlen, Fakten und Probleme, die für die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Unternehmensgrößen typisch und wichtig sind.

Die Begriffe „Betrieb" und „Unternehmen" werden im folgenden gleichbedeutend im Sinne von „wirtschaftlicher Einheit" verwendet. Auf eine quantitative Definition von kleinen und mittleren Unternehmen wird verzichtet. Von Interesse ist in erster Linie die gesamte Struktur der einzelnen Branchen und Wirtschaftsbereiche, auch unter dem Aspekt der Unternehmensgrößen.

Ergebnisse der Berichterstattung

Angesichts der Vielfalt der wirtschaftlichen Betätigungen und Probleme waren generelle Ergebnisse über Lage und Entwicklung der Gesamtheit aller kleinen und mittleren Unternehmen nicht zu erwarten. Zwar wurden auch diese Unternehmensgrößen in unterschiedlichem Maße von der Rezession der Jahre 1966 und 1967 betroffen. Wendigkeit und Anpassungsfähigkeit der kleineren Unternehmen haben sich aber oft gerade in der Zeit des Konjunkturrückgangs als besondere Stärke erwiesen. Je nach der Marktsituation (z. B. Zulieferbetrieb, unmittelbare Produktion für den Verbraucher, Reparaturgeschäft) kann sich aber auch der Prozeß des konjunkturellen Aufschwungs bei kleineren Unternehmen langsamer vollziehen. Ohne Zweifel sind die Maßnahmen des ersten und zweiten Konjunktur- und Strukturprogramms der Bundesregierung auch kleinen und mittleren Unternehmen zugute gekommen und haben ihnen nach der Rezession einen neuen Aufschwung ermöglicht. Das Ausmaß ist naturgemäß regional und branchenmäßig unterschiedlich.

Zusammengefaßt sind folgende Ergebnisse der nachstehenden Berichterstattung festzustellen:

Zum ersten Teil:

Berichte über Lage und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Zu Abschnitt I

Aus dem Bericht über die *Lage des Handwerks im Jahre 1967* sind folgende Ergebnisse hervorzuheben:

Das Handwerk wurde 1967 von der Rezession erheblich betroffen: Rückgang des Gesamtumsatzes um — 3,5 % gegenüber 1966 (erstmalig seit 1949), allerdings nach Handwerkszweigen differenziert; die Zahl der Betriebe (— 1,4 %) und der Beschäftigten (— 2,1 %) ging von 1966 auf 1967 zurück. Dennoch waren im Rezessionsjahr 1967 bei 46 Handwerkszweigen (= 40 %) mehr Betriebseröffnungen als -schließungen sowie 26 000 neue Existenzgründungen zu verzeichnen. Die Zahl der Lehrlinge ist 1967 um rund 3 % gestiegen.

Die Zahl der Konkurse nahm 1967 (gegenüber 1966), besonders bei den Handwerksgruppen Bau und Metall, zu.

Die Investitionsquote des Handwerks ging von 4,7 % (1966) auf 4,3 % (1967) zurück.

1967 war die geringste Zunahme der Bruttostundenverdienste für Gesellen und Arbeiter seit 1957 festzustellen.

Das Preisniveau des Handwerks ist 1967 (gegenüber 1966) um 1,8 % gesunken (Schätzung).

1968 hat sich gegenüber 1967 die Auftrags- und Beschäftigtenlage gebessert und die Investitionsneigung vergrößert.

1963 hat gegenüber 1956 die Zahl der auf eigenem Grund und Boden arbeitenden Betriebe um 7 % zugenommen.

Zu Abschnitt II

In dem Bericht über *Lage und Entwicklung der Betriebe der Industrie unter Berücksichtigung der Klein- und Mittelbetriebe* sind folgende Ergebnisse von Bedeutung:

Im langfristigen Zeitvergleich 1967 gegenüber 1960 haben sich, gemessen am Gesamtdurchschnitt der Industrie, die kleineren Betriebe relativ günstig entwickelt. Die höchste Zunahme der Betriebs- und Umsatzzahlen zeigte sich bei den Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten; auch die ausgesprochenen Kleinbetriebe mit unter 10 Beschäftigten liegen weit über dem Durchschnitt (höchste Zunahme der Beschäftigtenzahl). Die Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten weisen dagegen — bei unterdurchschnittlicher Zunahme des Umsatzes — sowohl hinsichtlich der Betriebszahl als auch der Beschäftigtenzahl einen absoluten Rückgang aus. Die Größenstruktur der Industriebereiche hat sich im Vergleichszeitraum nur unwesentlich geändert.

Im kurzfristigen Zeitvergleich 1966/1967 ging die Beschäftigtenzahl in Auswirkung der schlechten Auftragslage 1966 und Anfang 1967 erheblich zurück (— 6,5 %).

Die ungünstige Konjunkturlage kommt auch in den Umsatzzahlen des Jahres 1967 deutlich zum Ausdruck. Der Gesamtumsatz der Industrie ist in diesem Jahr zum erstenmal seit 1950 (um 1,9 %) gesunken.

Innerhalb der einzelnen Industriehauptgruppen und -gruppen ist die Entwicklung unterschiedlich; in der Mehrzahl der Fälle ist ein Rückgang sowohl der Beschäftigtenzahl als auch des Umsatzes festzustellen.

Zu Abschnitt III

Aus dem Bericht über *Lage und Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe im Groß- und Einzelhandel* sind insbesondere folgende Ergebnisse von Interesse:

1966 und 1967 zeigten sich erhebliche Auswirkungen konjunktureller und struktureller Einflüsse auf Klein- und Mittelbetriebe. Der Wettbewerb verschärfte sich insbesondere durch neue Vertriebsformen (Verbrauchermärkte).

Steigende Anforderungen werden an Verkaufsfläche und Betriebsorganisation gestellt. Ein Trend zur wachsenden Mindestgröße der Betriebe ist unverkennbar.

Nach Verlangsamung und teilweiser Stagnation des Umsatzwachstums 1966 und 1967 zeichnete sich 1968 eine differenzierte Umsatzsteigerung, vor allem beim Großhandel, ab. 1966 verschlechterte sich die Ertragslage im Einzelhandel (Ergebnis von Betriebsvergleichen). Insgesamt gehen die Umsatzanteile bei den untersten Umsatzgrößenklassen zurück und steigen bei den oberen Größenklassen.

Global gesehen haben sich im Berichtszeitraum Großbetriebe im Handel günstiger als Mittel- und Kleinbetriebe entwickelt.

Die Zahl der Verbrauchermärkte wächst stark. Kapitalkräftige Gruppen des Handels versuchen, sich an dieser neuen Vertriebsform zu beteiligen.

Die Wettbewerbsverhältnisse im Handel werden überprüft.

Zu Abschnitt IV

Aus dem Bericht über *Lage und Entwicklung des Hotel- und Gaststättengewerbes* sind folgende Ergebnisse hervorzuheben:

Bis 1966 stiegen sowohl die Umsätze als auch die Zahl der Unternehmen. 1967 und 1968 (bis Juni) stagnierten die Umsätze. Auch im Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr war trotz expansiver Entwicklung bis 1967 keine nennenswerte Umsatzsteigerung zu verzeichnen. Die Zahl der Teizeitbeschäftigten nahm — bei konstanter Gesamtbeschäftigtenzahl — seit 1965 erheblich zu.

Strukturdaten: 20 % der Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe, 25 % nicht alleinige Erwerbsquelle.

Ausschließlichkeitsverträge, besonders bei Bierlieferungen (Lieferantenbindungen), sind sehr verbreitet.

Zu Abschnitt V

Zu dem Bericht über die *Lage und Entwicklung der Verkehrswirtschaft unter Berücksichtigung der kleinen und mittleren Unternehmen* sind insbesondere folgende Ergebnisse von aktuellem Interesse:

In der Verkehrswirtschaft waren nach der Umsatzsteuerstatistik 1966 71 500 überwiegend kleine und mittlere steuerpflichtige Unternehmen tätig. — Insgesamt haben die Leistungen im Straßengüterverkehr und in der Binnenschiffahrt seit 1958 erheblich zugenommen, während die Verkehrsleistungen im Eisenbahnverkehr zurückgegangen sind. In den erstgenannten Zweigen sind vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen tätig.

Die wirtschaftliche Lage des gewerblichen Güternahverkehrs (haupt- oder nebenberuflich 75 000 meist kleine Betriebe) ist unbefriedigend. Ein Trend zu wirtschaftlicheren Betriebsgrößen ist unverkennbar.

In dem ebenfalls weitgehend durch die Tätigkeit kleinerer Unternehmen bestimmten Güterfernverkehr zeichnet sich eine Tendenz zu verstärkter Konzentration und Kooperation ab.

Auch im Speditions- und Lagereigewerbe — rund 55 % der Betriebe haben hier Jahresumsätze unter 500 000 DM — ist ein Trend zu verstärkter Konzentration und Kooperation festzustellen.

In der Binnenschiffahrt (95 % der Partikulierbetriebe in der Regel mit nur einem Schiff) verschlechtert sich die Ertragslage ständig. — In der Seeschiffahrt wird eine verstärkte Konzentration und Kooperation von der Bundesregierung wegen des internationalen Wettbewerbs gefördert.

Zum Anhang des ersten Teils:

Ergebnisse wichtiger Erhebungen aus 1966

Der Anhang bringt Ergebnisse von drei wichtigen Statistiken aus dem Jahre 1966 nach wirtschaftlicher Gliederung.

Aus den Ergebnissen der *Umsatzsteuerstatistik 1966* läßt sich die Relation der steuerpflichtigen Umsätze zwischen Industrie, Handwerk und Handel und die unterschiedlichen Auswirkungen der Rezession auf die Umsatzentwicklung verfolgen. Die Ergebnisse der *Jahreserhebung 1966 für die Industrie* zeigt vor allem die unterschiedliche Umsatzentwicklung in den einzelnen Industriegruppen; im Unterschied zu der Industrieberichterstattung, bei der Betriebe (= Arbeitsstätten) gezählt werden, gibt diese Erhebung einen Überblick über die Lage der industriellen Unternehmen (= rechtlich selbständige Einheiten) mit 10 und mehr Beschäftigten.

Einen Einblick in die Investitionstätigkeit und ihren Rückgang im Jahre 1966 gibt die *Investitionserhebung im Produzierenden Gewerbe* (Industrie, produzierendes Handwerk, gesamtes Baugewerbe; Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten).

Zusammengenommen bilden die Ergebnisse dieser drei Erhebungen gleichsam den gesamtwirtschaftlichen Hintergrund für die vorangegangenen Darstellungen der Lage und Entwicklung in einzelnen Wirtschaftsbereichen und Größenklassen.

Zum zweiten Teil:

Bericht über Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung für kleine und mittlere Unternehmen

Schwerpunkt der dargestellten Maßnahmen ist unverändert die Gewerbeförderung: Betriebsberatung, Ausbildung und Fortbildung, Forschung, Begabtenförderung und Absatzförderung. Neben der „traditionellen" Gewerbeförderung in Handwerk und Handel, für die von Jahr zu Jahr höhere Haushaltsmittel bereitgestellt werden konnten, wird seit 1965 auch das Betriebsberatungswesen im Verkehrsgewerbe, im sonstigen Gewerbe und in Kleinbetrieben der Industrie aus einem besonderen Haushaltstitel des Bundesministeriums für Wirtschaft gefördert. Die Produktivitäts- und Leistungssteigerung besonders auch im Hinblick auf die Strukturanpassung kleiner und mittlerer Unternehmen gehört zu den Schwerpunktaufgaben des überwiegend vom Bundesministerium für Wirtschaft finanzierten Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft. Fortbildungsmaßnahmen für die gewerbliche Wirtschaft konnten seit 1965 aus Mitteln des „Leistungsförderungsgesetzes" in erheblichem Umfang gefördert werden. Von zunehmender Wichtigkeit war in den letzten Jahren, vor allem im Interesse von kleinen und mittleren Betrieben, die Förderung der Grundsatz- und Zweckforschung und die Vermittlung technischer, betriebswirtschaftlicher, volkswirtschaftlicher und marktbezogener Informationen für diese Unternehmensgrößen. Für industrielle Gemeinschaftsforschung, Handwerksforschung und Handelsforschung hat die Bundesregierung erhebliche Mittel bereitgestellt. Im Dienste einer verbesserten Information wurde beim RKW eine Informationsleitstelle errichtet, die auch von kleinen Unternehmen

in erheblichem und zunehmendem Umfang genutzt wird. Die Bedeutung zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit wurde auch von kleinen und mittleren Unternehmen in zunehmendem Maße erkannt. Die Kooperationsbörse des RKW hat hier nützliche Vermittlerdienste geleistet. Eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen hat 1965 die rechtlichen Voraussetzungen für die Kooperation verbessert.

Kleine und mittlere Unternehmen hatten in der Vergangenheit bei der Aufnahme von Krediten nicht selten wegen der Kreditkosten und des Fehlens bankmäßiger Sicherheiten mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung seit 1949 Finanzierungshilfen (Kredite, Zuschüsse und Bürgschaften) bereitgestellt, die vor allem an wirtschaftspolitisch bedeutsamen Schwerpunkten eingesetzt werden. Hierzu gehören z. B. Kredite zu günstigen Konditionen aus dem ERP-Sondervermögen für die Gründung selbständiger Existenzen durch Nachwuchskräfte, für den Ansatz von mittelständischen Betrieben in neuen Wohnsiedlungen und für Investitionsvorhaben von Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegssachgeschädigten.

Schwerpunkte für die Finanzierungshilfen waren die Gewerbeförderung, die Steigerung der Produktivität und die regionale Wirtschaftsförderung. Auch die Bundesländer stellen für ihren Bereich zum Teil umfangreiche Mittel für kleine und mittlere Unternehmen bereit.

Durch Rückbürgschaften der öffentlichen Hand (Bund und Länder) gegenüber den berufsständischen Kreditgarantiegemeinschaften konnte kleinen und mittleren Unternehmen beim Fehlen ausreichender bankmäßiger Sicherheiten die Aufnahme vor allem von Investitions- und Betriebsmittelkrediten erleichtert werden.

Die Möglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen, Beteiligungskapital, etwa von Kapitalbeteiligungsgesellschaften, aufzunehmen, werden in einer Arbeitsgruppe im Rahmen des Arbeitsausschusses für Kreditfragen des gewerblichen Mittelstandes beim Bundesminister für Wirtschaft behandelt.

Kleine und mittlere Unternehmen konnten sich durch die Anwendung marktwirtschaftlicher Grundsätze bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in angemessenem Umfang an solchen Aufträgen beteiligen. Die Neufassung des sogenannten Mittelstandserlasses des Bundesministeriums der Verteidigung hat die Auftragsmöglichkeiten für kleine Unternehmen im Bereich dieses Ressorts wesentlich verbessert.

Insgesamt wurden also die bewährten Maßnahmen, vor allem bei der Gewerbeförderung, mit zum Teil erheblich erhöhten Mitteln fortgesetzt. Als besondere Schwerpunkte der künftigen Förderung haben sich Forschung, Information und zwischenbetriebliche Zusammenarbeit erwiesen.

ERSTER TEIL

Berichte über Lage und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

ABSCHNITT I

Bericht über die Lage des Handwerks

Berichtszeitraum: Jahr 1967

Stand: 30. Juni 1968

Gliederung

Überblick

Im Jahre 1967 war das Handwerk von der bereits im Jahre 1966 beginnenden Konjunktur-Abschwächung betroffen. Die Auswirkungen zeigten sich vor allem in der Entwicklung der Zahl der Beschäftigten und bei den Umsätzen.

Zum erstenmal seit 1949 ging im Jahre 1967 der Gesamtumsatz des Handwerks absolut zurück, und zwar verringerten sich die Umsätze aus der Handelstätigkeit mehr als die Umsätze aus Handwerkstätigkeit.

Die Konjunktur-Abschwächung hat nicht alle Handwerkszweige betroffen; mehrere Handwerkszweige (insbesondere Dienstleistungsberufe) haben Umsatzzunahmen aufzuweisen. Neben dem konjunkturempfindlichen Baugewerbe wurden am stärksten solche Handwerkszweige berührt, die sich bereits in strukturellen Schwierigkeiten befanden. Die Nahrungsmittelhandwerke, die den unmittelbaren Bedarf der Bevölkerung decken, zeigten eine stabile Umsatzentwicklung.

Im 4. Quartal 1967 setzte eine deutliche Belebung der Umsätze ein; sie dauert im Jahre 1968 an. Im Vergleich zum Jahr 1966 zeigten sich für die Entwicklung der Zahl der Betriebe, der Beschäftigten und für die Umsätze im Jahre 1967 folgende Veränderungen:

	absolut [1])	Veränderung gegenüber Vorjahr (in v. H.)
Zahl der Betriebe	645 000	−1,4
Zahl der Beschäftigten	4 010 000	−2,1
Gesamtumsatz	130,5 Mrd. DM	−3,5

A. Betriebe

I. Zahl der Betriebe [2])

Die Zahl der Betriebe verringerte sich 1967 im Handwerk insgesamt um 9599. Wie schon im Vorjahr hat sie nur in der Gruppe Metall zugenommen. In der Gruppe der Bekleidungshandwerke nahm sie entsprechend der seit Jahren zu beobachtenden Entwicklung am stärksten ab.

Einen Überblick über die Veränderungen des Betriebsbestandes in den 7 Handwerksgruppen gibt folgende Tabelle:

Handwerksgruppe	1967 Zu- bzw. Abnahme absolut	1967 Veränderungen gegen Vorjahr in v. H.	1966 Zu- bzw. Abnahme absolut	1966 Veränderungen gegen Vorjahr in v. H.
Handwerk insgesamt	−9 599	*−1,4*	−10 514	*−1,5*
Bau	− 827	*−0,6*	− 496	*−0,2*
Metall	+1 164	*+0,7*	+ 1 379	*+0,7*
Holz	−1 524	*−2,1*	− 1 324	*−1,4*
Bekleidung	−6 675	*−5,2*	− 7 245	*−5,1*
Nahrung	−1 568	*−1,5*	− 2 204	*−2,0*
Gesundheits- und Körperpflege	− 1	—	− 265	*±0,0*
sonstige Handwerke	− 168	*−0,8*	− 359	*−1,9*

Quelle: Betriebsstatistik auf Grund der Handwerksrolle der Handwerkskammern

In der Anlage 2 sind Handwerkszweige mit bemerkenswerten Zunahmen oder Abnahmen zusammengestellt. Nach der Zahl der Handwerkszweige mit Zunahmen bzw. Abnahmen von Betriebszahlen innerhalb der einzelnen Handwerksgruppen [3]) ergibt sich folgendes Bild:

Handwerkszweige mit Zu- oder Abnahmen von Betriebszahlen nach Handwerksgruppen

(1967 gegen 1966)

Handwerksgruppe	Zahl der Handwerkszweige erfaßt	davon mit Zunahme	davon mit Abnahme
Handwerk insgesamt	116	46	70
Bau	17	5	12
Metall	30	16	14
Holz	13	4	9
Bekleidung	18	1	17
Nahrung	6	2	4
Gesundheits- und Körperpflege	11	8	3
Sonstige Handwerke	21	10	11

Selbst im Jahr der Rezession haben also 46 Handwerkszweige (= 40 %) mehr Betriebseröffnungen als Betriebsschließungen aufzuweisen.

---

[1]) Sämtliche Zahlen beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); mit handwerklichen Nebenbetrieben

[2]) Zentralverband des Deutschen Handwerks, Betriebsstatistik auf Grund der Handwerksrolle — s. Anlage 1

[3]) „40 Prozent der Handwerkszweige verzeichnen Zunahme", Artikel von Dipl.-Volkswirt Wilh. Schünemann im Deutschen Handwerksblatt, Heft 12/1968

Über 26 000 junge Meister haben sich im Jahre 1967 selbständig gemacht. Diese Zahl schließt allerdings auch Veränderungen rechtlicher Art ein, z. B. Übergang vom Vater auf den Sohn (s. Anlage 3).

II. Eintragung im Handelsregister, Rechtsformen

Die wirtschaftliche Entwicklung, die zu größeren Betrieben mit stärkerer wirtschaftlicher Kapazität führte, brachte auch Änderungen in den Rechtsverhältnissen mit sich. So waren im Jahre 1963 fast 55 000 oder 8,1 % der Handwerksbetriebe im Handelsregister eingetragen, gegen 6,5 % in 1956 [4]) (s. Anlage 4 a). Die Entwicklung ist dabei unterschiedlich. So waren in der Gruppe „Metall" 14 % im Handelsregister eingetragen, in den Gruppen „Bekleidung" und „Gesundheits- und Körperpflege" nur jeweils 4 %.

Nach *Rechtsformen* (s. Anlage 4 b) sind insgesamt 618 290 Betriebe (92,1 %) Einzelunternehmen (davon 35 300 als Einzelkaufmann im Handelsregister eingetragen), 9947 offene Handelsgesellschaften, 6632 Kommanditgesellschaften und 2824 Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Aktien-Gesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Von den 54 703 im Jahre 1963 im Handelsregister eingetragenen Handwerksbetrieben hatten 31 685 Betriebe 20 und mehr Beschäftigte.

III. Eigentum an den Betriebsgrundstücken

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Handwerksbetrieben ist die Frage des Eigentums am Betriebsgrundstück wichtig. Hierüber gibt die Handwerkszählung 1963 folgendes Bild:

Eigentum an den Betriebsgrundstücken (ohne handwerkliche Nebenbetriebe)

Handwerksgruppe	Handwerksbetriebe am 31. Mai 1963 insgesamt		Davon befanden sich ganz oder überwiegend im eigenen Gebäude bzw. auf eigenem Grundstück
	Anzahl		%
Handwerk insgesamt	671 351	411 200	*61,2*
Bau	124 359	84 312	*67,8*
Metall	141 488	91 186	*64,4*
Holz	70 179	55 035	*78,4*
Bekleidung	138 983	71 854	*51,7*
Nahrung	106 821	74 863	*70,1*
Gesundheits- und Körperpflege	68 037	23 658	*34,8*
Sonstige Handwerke	21 484	10 292	*47,9*

Quelle: Handwerkszählung 1963

Ein nur bedingt möglicher *Vergleich mit den entsprechenden Feststellungen für das Jahr 1956* ergibt für das Handwerk insgesamt eine Zunahme der Zahl der Betriebe mit eigenem Grund und Boden *um 7 %*.

IV. Konkurse

Von der Zunahme der Zahl der Konkurse gegenüber 1966, insbesondere im ersten Halbjahr 1967, waren am stärksten die Gruppen Bau und Metall betroffen.

Zahl der Konkurse

Jahr	insgesamt	darunter Handwerk	Großhandel	Einzelhandel
1965	2 928	444	291	296
1966	3 301	564	361	337
1967	3 930	723	364	380

Quelle: „Wirtschaft und Statistik" Heft 3/1968, S. 170 und S. 180

Von den Handwerkskonkursen entfielen auf die Gruppen

Jahr	Bau	Metall	Holz	Bekleidung	Nahrungsmittel
1965	199	69	32	27	24
1966	270	76	47	24	20
1967	362	130	54	23	20

Quelle: „Wirtschaft und Statistik" Heft 3/1968, S. 170 und S. 180

V. Investitionen

Die Investitionen sind im Jahre 1967 entsprechend der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zurückgegangen. Nach einer Erhebung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) betrugen sie

im Jahre 1965 6,1 Mrd. DM
im Jahre 1966 6,3 Mrd. DM
und werden für das Jahr 1967 auf 5,6 Mrd. DM

geschätzt. Danach beträgt das Verhältnis der Investitionen zum Umsatz, die sog. Investitionsquote, 1967 4,3 % gegen 4,7 % im Jahre 1966. Zahlen über die einzelnen Handwerkszweige liegen noch nicht vor.

---

[4]) Die Zahlen sind nicht genau vergleichbar, weil 1956 das Saarland noch nicht einbezogen war. Die Differenzen sind aber so gering, daß sie vernachlässigt werden können.

B. Beschäftigte

I. Zahl der Beschäftigten

Die Zahl der Beschäftigten im Handwerk hat im Jahre 1967 *um 2,1 % abgenommen.* (Im Großhandel um 1,8 %, im Einzelhandel um 0,1 %, in der Industrie[5]) um 6,5 %).

Der Rückgang im Handwerk wurde vor allem durch die Entwicklung in den Bauhandwerken (—7,0 %) und Bekleidungshandwerken (—4,4 %) verursacht. In einzelnen Handwerksgruppen stieg die Beschäftigtenzahl: in den Gruppen Holz um 1,1 %, Nahrungsmittel um 1,9 %, Gesundheits- und Körperpflege um 3,7 % und in der Gruppe „Sonstige Handwerke" um 2,1; in der Gruppe Metall blieb sie fast unverändert (—0,2 %).

Im Vergleich mit dem Vorjahr ergibt sich folgendes Bild:

Handwerkszweige mit stärkeren Zunahmen der Zahl der Beschäftigten

Handwerkszweige	Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	
	1967	1966
Gebäudereiniger	+11,7	. *)
Dachdecker	+ 8,4	+5,3
Landmaschinenmechaniker	+ 7,5	+2,1
Fotografen	+ 4,9	+2,7
Vulkaniseure	+ 0,9	+7,9
Kraftfahrzeugmechaniker	+ 0,5	+6,3

*) Berechnung war für das Jahr 1966 nicht möglich
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Reihe 7, Handwerk

Bemerkenswert ist der Zuwachs auch in 1967 im Dachdeckerhandwerk; bei den Kraftfahrzeugmechanikern und den Vulkaniseuren, die im vorhergegangenen Jahr starke Zunahmen aufwiesen, ist der Beschäftigtenstand im Jahre 1967 fast unverändert geblieben.

Handwerkszweige mit überdurchschnittlicher Verringerung der Zahl der Beschäftigten

Handwerkszweig	Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	
	1967	1966
Böttcher und Weinküfer	—10,9	—11,1
Straßenbauer	—10,4	— 5,7
Schmiede	—10,1	— 4,5
Maurer	—10,0	— 2,3
Herrenschneider	— 9,7	— 5,0
Sattler	— 8,0	—11,8
Damenschneider	— 7,3	— 9,6

Der allgemeinen Entwicklung im Jahre 1967 entsprach insbesondere der Rückgang im Maurerhandwerk mit 10 % (2,3 %). Bemerkenswert sind ferner die Rückgänge bei Straßenbauern und Schmieden.

Im Hinblick auf die *Rezessionserscheinungen* der Jahre 1966/67 ist die Entwicklung in den einzelnen Vierteljahren an Hand der vierteljährlichen Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr für die Jahre 1965 bis 1967 (Handwerk insgesamt) von Interesse:

Anzahl der Beschäftigten — Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in v. H.

Jahr	1. Viertel-jahr	2. Viertel-jahr	3. Viertel-jahr	4. Viertel-jahr	Jahres-durch-schnitt
1965	+1,5	+0,9	+2,0	+0,5	+1,3
1966	+0,5	—0,6	.	.	+0,2
1967	—3,4	—3,6	—1,0	—0,7	—2,1

(Die Zahlen für das III. und IV. Quartal 1966 sind wegen Umstellung der amtlichen Statistik nicht ermittelt worden)

Bemerkenswert ist, daß auch in der Zeit der Konjunkturabschwächung in vielen Handwerkszweigen ein ungedeckter Bedarf an qualifizierten Fachkräften bestand und daß von dem Beschäftigtenrückgang hauptsächlich ungelernte Arbeiter betroffen wurden. Der Anteil der angelernten und ungelernten Arbeiter geht aus folgender Übersicht hervor:

Beschäftigtenstruktur des Handwerks
(lt. Handwerkszählung 1963)

Gesamtzahl der Beschäftigten am Stichtag (31. Mai 1963) 4 072 130;

davon entfielen auf:

a) Inhaber ..... 17,8 %
b) mithelfende Familienangehörige ..... 6,9 %
c) Betriebsleiter ..... 0,7 %
d) Angestellte (technische u. kaufmännische) 7,0 %
e) Gesellen und Facharbeiter ..... 39,6 %
f) angelernte und ungelernte Arbeiter ..... 16,9 %
g) Handwerkslehrlinge ..... 9,8 %
h) technische und kaufmännische Lehrlinge 1,3 %

II. Löhne

Die für November 1967 durchgeführte Erhebung über die Bruttostundenverdienste für 10 ausgewählte Handwerkszweige[6]) ergab für die drei Arbeitergruppen Vollgesellen, Junggesellen, Übrige Arbei-

[5]) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten
[6]) „Wirtschaft und Statistik" Heft 4/1968 S. 225, 252*

ter gegenüber November 1966 folgende prozentuale Zunahmen:

Vollgesellen .... +1,9 %

Junggesellen .... —

Übrige Arbeiter .... +2,7 %

Dies sind, im Durchschnitt der erfaßten zehn Handwerkszweige, die geringsten Zuwachsraten seit Beginn dieser Erhebung (1957). Von November 1965 bis November 1966 hatten sich die Durchschnittslöhne noch wie folgt erhöht:

Vollgesellen .... +6,1 %

Junggesellen .... +6,0 %

Übrige Arbeiter .... +5,2 %

In einigen Handwerkszweigen mußte die Gruppe der Junggesellen Lohneinbußen hinnehmen, so bei den Kraftfahrzeugmechanikern um 1,2 %, bei den Tischlern um 0,6 % und bei den Klempnern, Gas- und Wasserinstallateuren um 1,3 %.

Bei den weiblichen Vollgesellen im Herrenschneiderhandwerk haben sich die Stundenlöhne um 1,3 % verringert (gegenüber einer Erhöhung um 13,5 % von November 1965 bis November 1966). Die prozentual höchsten Lohnsteigerungen gegenüber November 1966 wies die Gruppe der „Übrigen Arbeiter" auf, bei denen sich in 8 der 10 erfaßten Handwerkszweige die Löhne erhöhten, am stärksten im Bäckerhandwerk mit 5,5 % und im Herrenschneiderhandwerk mit 5,4 % (s. Anlage 6).

Den höchsten Stundenlohn beziehen die Vollgesellen im Fleischerhandwerk (DM 5,28), gefolgt von den Vollgesellen bei den Klempnern, Gas- und Wasserinstallateuren (DM 5,16), den Malern (DM 4,97) und den Schlossern (DM 4,91).

Der Durchschnittslohn der Arbeitergruppe „Vollgesellen" beträgt 4,93 DM, der „Junggesellen" 3,71 DM und der „Übrigen Arbeiter" 4,12 DM.

III. Lehrlinge

Die Zahl der Lehrlinge ist im Jahre 1967 gestiegen. Nach der Lehrlingsstatistik der Handwerkskammern bestanden im Handwerk im Jahre 1967: 481 469 Ausbildungsverhältnisse (1966 = 467 358), das bedeutet eine Zunahme von rd. 3 %. Von der Gesamtzahl entfielen (in Klammern das Jahr 1966) auf

handwerkliche Lehrberufe 458 907 (447 006)

kaufmännische Lehrberufe 20 489 (18 343)

Anlernberufe 2 073 (2 009)

Außer in Hamburg und Berlin hat in sämtlichen Ländern des Bundesgebietes die Zahl der Lehrlinge zugenommen.

Einen Überblick über die Ausbildungsverhältnisse in den einzelnen Handwerksgruppen mit einem Vergleich zu 1966 gibt die folgende Tabelle.

Handwerksgruppe	Lehrlingsbestand am 31. Dezember		Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	
	1967	1966	1967	1966
Bau	73 202	75 250	− 2,7	− 0,4
Metall	229 757	224 331	+ 2,4	+ 2,1
Holz	18 262	17 575	+ 3,9	−11,9
Bekleidung ..	22 142	22 284	− 0,6	− 7,5
Nahrung	36 856	33 422	+10,3	+ 1,9
Gesundheit ..	71 166	66 872	+ 6,4	− 2,9
Sonstige	7 522	7 272	+ 3,4	− 1,1

Quelle: Zentralverband des Deutschen Handwerks, Lehrlingsstatistik der Handwerkskammern

Über die Hälfte aller Handwerkslehrlinge finden sich bereits seit Jahren in nur 5 Sparten:

	1967	1966
Kraftfahrzeugmechaniker	83 828	81 325
Friseure	63 644	59 943
Elektroinstallateure ..	45 061	44 996
Maler und Lackierer ..	29 643	27 508
Maurer	26 508	29 772

Viele Handwerkszweige berichten über einen beunruhigenden Mangel an Lehrlingen. Der Anteil der weiblichen Lehrlinge (21,6 %) hat geringfügig zugenommen (1966 = 21,1 %). *Die Verteilung der Lehrlinge auf die Betriebsgrößen* einschließlich des Anteils der Lehrlinge an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der jeweiligen Betriebsgrößenklasse ergibt nach der Handwerkszählung 1963 folgendes Bild:

Verteilung der Lehrlinge (1963)

Betriebsgröße nach Beschäftigtenzahl	Zahl der Lehrlinge	Anteil an Gesamtzahl der Lehrlinge im Handwerk	Anteil an Gesamtzahl der Beschäftigten der Betriebsgrößenklasse
Handwerk insgesamt	399 552	100,0 %	9,8 %
1 Beschäftigter	1 481	0,4 %	0,7 %
2 Beschäfigte	14 434	3,6 %	5,5 %
3 bis 4 Beschäftigte	63 807	15,9 %	11,9 %
5 bis 9 Beschäftigte	121 949	30,5 %	15,0 %
10 bis 19 Beschäftigte	77 840	19,5 %	12,4 %
20 bis 49 Beschäftigte	61 920	15,5 %	9,0 %
50 bis 99 Beschäftigte	30 135	7,5 %	7,0 %
100 u. mehr Beschäftigte	27 986	7,0 %	5,5 %

Quelle: Handwerkszählung 1963

Die Aufstellung zeigt:

1. in den Betrieben mit 5 bis 9 Beschäftigten wird fast 1/3 aller Handwerkslehrlinge ausgebildet,

2. der Anteil der Lehrlinge an der Gesamtzahl der Beschäftigten überschreitet in keiner Betriebsgröße 15 %; damit scheinen nach der Lehrlingszahl in allen Betriebsgrößen die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Ausbildung gegeben zu sein.

C. Umsätze

Das Jahr 1967 brachte in den großen Wirtschaftsbereichen Industrie, Handwerk, Großhandel einen absoluten Umsatzrückgang.

Entwicklung von 4 Wirtschaftsbereichen im Jahre 1967
(vorläufige Ergebnisse)

Wirtschaftsbereich	Umsätze in Mrd. DM 1967	Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.	
		1967	1966
Handwerk [1])	130,5 *)	−3,5	+5,5
Industrie [2])	388,0	−1,9	+3,6
Großhandel [3])	235,0	−2,0	+2,0
Einzelhandel [4])	141,7	+1,2	+5,3

*) einschließlich handwerkliche Nebenbetriebe

Quellen: [1]) Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Industrie und Handwerk, Reihe 7
[2]) Wirtschaft und Statistik, 2/1968, S. 98, und Ergänzungsrechnung
[3]) Wirtschaft und Statistik, 1/1968, S. 40
[4]) Wirtschaft und Statistik, 2/1968, S. 112

Das Handwerk, das in 1966 noch die größte Zuwachsrate aufwies, war mit einem Rückgang des Umsatzes von −3,5 % in 1967 mehr betroffen als die Industrie mit −1,9 %.

Der *Verlauf der Konjunkturabschwächung* ist aus den vierteljährlichen Veränderungsraten gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum (ab 1965) ersichtlich:

Zu- oder Abnahme der Umsätze nach Vierteljahren 1965 bis 1967
Veränderungen in v. H.

Jahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Jahresdurchschnitt
1965	+8,4	+8,8	+9,6	+8,6	+9,4
1966	+9,7	+5,9	.	.	+5,5
1967	−2,7	−5,4	−7,6	+1,7	−3,5

Durch das Fehlen spezieller statistischer Daten für das 3. und 4. Vierteljahr 1966 (Umstellung der amtlichen Statistik) kann der Zuwachs für diese beiden Quartale zusammen bei einem Jahresdurchschnitt von +5,5 % nur als erheblich geringer als für die entsprechenden Quartale von 1965 angenommen werden. Der absolute Rückgang des Umsatzes, der im 1. Quartal 1967 beginnt, endet im 3. Quartal.

Im 4. Vierteljahr ist eine deutliche Belebung der Umsätze festzustellen.

Die Konjunktur-Abschwächung hat nicht alle Handwerkszweige betroffen, einzelne konnten auch in dieser Zeit ihre *Umsätze steigern,* wie z. B. die Gebäudereiniger, Dachdecker, Glaser und Vulkaniseure (vgl. Anlagen 7 und 8). Die affallend günstige Entwicklung des Dachdeckerhandwerks — im Gegensatz zu den meisten anderen Zweigen des Baugewerbes — wird vor allem auf die Umstellung auf neuere Materialien (Betondachsteine, Asbestzementplatten) und die Anpassung an neue Dachformen (Flachdach) zurückgeführt.

Umsatzrückgänge sind bei der Gruppe Bekleidung und bei den Schmieden hervorzuheben. Die Nahrungsmittelhandwerke erwiesen sich als verhältnismäßig stabil. Ein Vergleich mit 1966 macht deutlich, wo sich bereits früher aus strukturellen Gründen eine negative Entwicklung abzeichnete, wie insbesondere bei Sattlern und Polsterern, Herrenschneidern, Putzmachern (s. Anlage 8).

Bemerkenswert ist die Entwicklung *des Umsatzes nach Handwerkstätigkeit und Handelstätigkeit.* Entgegen manchen Prognosen hat sich die Zusammensetzung in den letzten Jahren — was das Handwerk insgesamt anbetrifft — nur geringfügig verändert; der Anteil des Handwerksumsatzes am Gesamtumsatz des Handwerks betrug:

1964 = 73,4 %
1965 = 73,2 %
1966 = 73,6 %
1967 = 74,1 %

Der Anteil des Handwerksumsatzes ist also — insbesondere durch das Reparaturgeschäft — im Jahre 1967 gestiegen; der Handelsumsatz hat während der Rezession Einbußen erlitten. Die hierbei unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Handwerkszweige (s. Anlage 7) soll wiederum an Beispielen einiger Handwerkszweige veranschaulicht werden.

Handwerkszweige	Veränderung gegen Vorjahr	
	Gesamtumsatz %	Handwerksumsatz %
Handwerk insgesamt	−3,5	− 2,9
Kraftfahrzeugmechaniker	−8,8	− 2,7
Landmaschinenmechaniker	−1,6	+ 8,7
Putzmacher	−6,4	−11,2
Schuhmacher	−4,5	−12,5

Bei den Metallhandwerken hatte im ganzen der Handwerksumsatz eine günstigere Entwicklung aufzuweisen als der Handelsumsatz. Bei den Bekleidungshandwerken mit einem allerdings z. T. geringeren Anteil des Handelsumsatzes war es umgekehrt.

D. Die Abnehmer des Handwerks

Bei der Handwerkszählung 1963 wurden erstmalig die Absatzrichtungen des Handwerks erfragt. Diese wirtschaftlichen Beziehungen macht eine vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, erarbeitete Darstellung für die drei Funktionsbereiche „Verarbeitendes Handwerk", „Bauhandwerk" und „Dienstleistungshandwerk" deutlich:

Absatzrichtung des Handwerks [1]) im Jahre 1962

Handwerksgruppen	Einheit	Umsatz gesamt [2])	davon Lieferungen und Leistungen an					
			Private Haushalte	Industrie und Handwerk	Groß- und Einzelhandel	Landwirtschaft	Gaststättengewerbe	Sonstige Abnehmer
Verarbeitendes Handwerk	Millionen DM	58 525	28 744	11 077	9 812	4 406	1 447	3 039
darunter								
Metallverarbeitendes Handwerk	Millionen DM	22 057	6 633	7 317	3 459	3 034	202	1 412
Holzverarbeitendes Handwerk	Millionen DM	6 729	2 504	1 438	1 481	301	129	876
Bekleidungs-, Textil- und Lederverarbeitendes Handwerk	Millionen DM	5 033	3 625	417	718	74	35	164
Nahrungsmittelhandwerk	Millionen DM	22 315	15 222	1 043	3 755	903	1 052	340
Bauhandwerk	Millionen DM	34 636	11 901	9 202	1 225	2 082	380	9 846
Dienstleistungshandwerk	Millionen DM	3 885	2 877	340	154	21	44	449
Handwerk insgesamt	Millionen DM	97 046	43 522	20 619	11 191	6 509	1 871	13 334
Anteil der Abnehmerbereiche	v. H.	*100*	*44,9*	*21,3*	*11,5*	*6,7*	*1,9*	*13,7*

[1]) nach Ergebnissen der Ergänzungserhebung zur Handwerkszählung 1963
[2]) ohne den Umsatz der Nebenbetriebe
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Konjunkturforschung, Wochenbericht Nr. 4 vom 25. Januar 1968

Der größte Anteil der Lieferungen und Leistungen des Handwerks ging an „Private Haushalte" (45 %). Auf die gewerblichen Abnehmer (also ohne „Private Haushalte" und „Sonstige Abnehmer", aber einschließlich „Landwirtschaft") entfielen über 40 %.

E. Preise

Der Preisanstieg der vergangenen Jahre hat sich im Berichtsjahr infolge der allgemeinen Konjunkturabschwächung im Handwerk nicht mehr fortgesetzt. Nach Schätzungen ist das Preisniveau im Jahresdurchschnitt 1967 gegenüber 1966 um 1,8 % gesunken. Im Herbst 1967 haben sich allerdings die Preise wieder weitgehend stabilisiert; im Bauhauptgewerbe hielt die nachgebende Tendenz verschiedentlich an [7]).

Auf dem Bausektor (Bauhandwerk und Bauindustrie) sind die Preise für Neubauten (reine Baukosten) von November 1966 bis November 1967 um 3,2 % zurückgegangen [8]). Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren sie noch leicht angestiegen. Die Preise für Rohbauarbeiten haben in dieser Zeit um 3,7 %, für Ausbauarbeiten um 2,2 % nachgelassen.

Noch stärker sind die Preise für die Vor- und Zuliefererleistungen der Handwerksbetriebe gesunken. Teilweise mußten die Betriebe hier Preisnachlässe von 10 bis 15 % und mehr gewähren [8]).

Auf dem Ernährungssektor sind die Preise ebenfalls etwas zurückgegangen. Frisches Fleisch wurde im Jahresdurchschnitt 1967 gegenüber 1966 um 4,2 % billiger [9]), insbesondere sind die Preise für Rindfleisch und Schweinefleisch zurückgegangen. Die Preise für Brot und Backwaren blieben stabil.

Die Preise für Friseurleistungen für Herren (Haarschneiden) und für Damen ((Dauerwellen) sowie für Schuhreparaturen (Besohlen) haben sich geringfügig erhöht [9]).

F. Die ersten Monate des Jahres 1968

Die Ende des Jahres 1967 einsetzende — seinerzeit zum Teil durch die Einführung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1968 bedingte — Belebung hat sich stärker mit Beginn des zweiten Vierteljahres 1968 fortgesetzt, regional zum Teil mit Verzögerungen. Besonders sichtbar war der Aufschwung im Tiefbau und Straßenbau und mit zunehmend günstigerer Witterung auch über einen saisonalen Anstieg hinaus im Baumarkt und den damit verbundenen Handwerkszweigen. Zur Entwicklung der Betriebszahlen im I. Quartal 1968 wird auf die Darstellung in Anlage 9 verwiesen.

Die gebesserte Beschäftigungslage der Industrie wirkte sich in steigender Beschäftigung der Zulieferbetriebe aus. Auch die mit der Landwirtschaft verbundenen Handwerkszweige erfuhren eine allerdings saisonal begründete Belebung. Die Betriebe des Kraftfahrzeug-Handwerks waren noch nicht überall voll ausgelastet. Bei den Nahrungsmittel-Handwerken waren die Verhältnisse stabil.

Insgesamt hat sich die Auftrags- und Beschäftigungslage gegenüber dem Vorjahr gebessert und die Investitionsneigung vergrößert.

Diese günstige konjunkturelle Entwicklung des Handwerks ist zu einem guten Teil auf die beiden Konjunktur- und Strukturprogramme der Bundesregierung vom Frühjahr und Herbst 1967 zurückzuführen. Während das erste Konjunkturprogramm, das mit Schwerpunkt auf die Verbesserung der Infrastrukturbereiche ausgerichtet war, im Handwerk vor allem den Zulieferbetrieben und dem Straßenbau-Handwerk zugute kam, wirkte sich das zweite Konjunktur- und Strukturprogramm insbesondere auf das Bauhandwerk günstig aus. Dabei dürften die Maßnahmen zur Modernisierung und Sanierung von Altbauwohnungen die Auftragslage des handwerklichen Ausbaugewerbes in den ersten Monaten des Jahres 1968 besonders belebt haben. Da das Bau- und Ausbau-Handwerk im Rahmen des Gesamthandwerks von seinem Umfang her (rund ein Drittel aller im Handwerk Beschäftigten mit etwa 30 % Anteil am Gesamtumsatz im Handwerk) eine Schlüsselrolle spielt und auf das übrige Handwerk ausstrahlt, kann man davon ausgehen, daß die Konjunkturförderungsmaßnahmen der Bundesregierung die Auftragslage im gesamten Bereich des Handwerks direkt oder indirekt verbessert haben.

---

[7]) Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, Konjunkturbericht über das Handwerk, Mai 1968.

[8]) Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Preise — Löhne — Wirtschaftsrechnungen, Reihe 5, I. Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindices für Bauwerke, November 1967.

[9]) Vom Statistischen Bundesamt errechnete Preismeßzahlen für Waren und Leistungen des Handwerks.

Anlage 1

Betriebsbestand im Handwerk im Jahre 1967 [1])

Handwerkszweige	Zahl am		Veränderung	
	1. Januar 1967	31. Dezember 1967	absolut	in v. H.
Gruppe I				
Bau				
Maurer	31 816	31 448	— 368	— *1,1*
Beton- und Stahlbetonbauer	217	228	+ 11	+ *5,0*
Feuerungs- und Schornsteinbauer	134	133	— 1	— *0,8*
Backofenbauer	125	124	— 1	— *0,8*
Zimmerer	13 386	13 137	— 249	— *1,8*
Dachdecker	7 271	7 218	— 53	— *0,7*
Straßenbauer	2 361	2 327	— 34	— *1,4*
Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer	717	738	+ 21	+ *2,9*
Fliesen-, Platten- und Mosaikleger	3 726	3 934	+ 208	+ *5,6*
Betonstein- und Terrazzohersteller	1 796	1 776	— 20	— *1,1*
Estrichleger	638	739	+ 101	+*15,9*
Brunnenbauer	321	316	— 5	— *1,5*
Steinmetze und Steinbildhauer	4 708	4 674	— 34	— *0,7*
Stukkateure	5 479	5 442	— 37	— *0,7*
Maler und Lackierer	49 133	48 842	— 291	— *0,6*
Kachelofen- und Luftheizungsbauer	2 798	2 702	— 96	— *3,4*
Schornsteinfeger	5 212	5 233	+ 21	+ *0,4*
	129 838	129 011	— 827	— *0,6*
Gruppe II				
Metall				
Schmiede	22 202	21 645	— 557	— *2,5*
Schlosser	14 962	14 813	— 149	— *1,0*
Karosseriebauer	1 226	1 310	+ 84	+ *6,8*
Maschinenbauer (Mühlenbauer)	3 701	3 760	+ 59	+ *1,6*
Werkzeugmacher	1 328	1 336	+ 8	+ *0,6*
Dreher	493	501	+ 8	+ *1,6*
Mechaniker (Nähmaschinen-, Zweirad- und Kältemechaniker)	12 292	11 870	— 422	— *3,5*
Büromaschinenmechaniker	2 159	2 186	+ 27	+ *1,2*
Kraftfahrzeugmechaniker	20 081	21 212	+1 131	+ *5,6*
Kraftfahrzeugelektriker	1 171	1 220	+ 49	+ *4,2*
Landmaschinenmechaniker	3 813	3 885	+ 72	+ *1,9*
Feinmechaniker	916	914	— 2	— *0,2*

[1]) Betriebsstatistik aufgrund der Handwerksrolleneintragungen der Handwerkskammern (im Unterschied zu den örtlichen Betriebseinheiten der Handwerkszählungen handelt es sich hier um technische Betriebseinheiten).

noch Anlage 1

Handwerkszweige	Zahl am		Veränderung	
	1. Januar 1967	31. Dezember 1967	absolut	in v. H.
Büchsenmacher	336	337	+ 1	—
Klempner	4 736	5 554	+ 818	+17,3
Gas- und Wasserinstallateure	17 710	16 866	— 844	— 4,7
Zerntralheizungs- und Lüftungsbauer	3 700	4 052	+ 352	+ 9,5
Kupferschmiede	434	422	— 12	— 2,8
Elektroinstallateure	26 640	27 044	+ 404	+ 1,5
Elektromechaniker	1 054	1 082	+ 28	+ 2,6
Fernmeldemechaniker	34	36	+ 2	+ 6,0
Elektromaschinenbauer	1 052	1 064	+ 12	+ 1,1
Radio- und Fernsehtechniker	6 061	6 431	+ 370	+ 6,1
Uhrmacher	9 991	9 814	— 177	— 1,8
Graveure	1 081	1 062	— 19	— 1,7
Ziseleure	51	50	— 1	— 2,0
Galvaniseure und Metallschleifer	876	857	— 19	— 2,1
Gürtler und Metalldrücker	494	476	— 18	— 3,6
Zinngießer	47	51	+ 4	+ 8,5
Metallformer und Metallgießer	230	225	— 5	— 2,2
Glockengießer	24	24	—	—
Messerschmiede	750	734	— 16	— 2,1
Goldschmiede	2 958	2 935	— 23	— 0,8
Silberschmiede	85	84	— 1	— 1,2
Gold-, Silber- und Aluminiumschläger	37	37	—	—
	162 725	163 889	+1 164	+ 0,7
Gruppe III				
Holzhandwerke				
Tischler	52 813	52 001	— 812	— 1,5
Parkettleger	755	1 013	+ 258	+34,1
Rolladen- und Jalousiebauer	507	544	+ 37	+ 7,3
Bootsbauer	279	280	+ 1	+ 0,4
Schiffbauer	58	59	+ 1	+ 1,7
Modellbauer	722	713	— 9	— 1,2
Wagner	9 055	8 509	— 546	— 6,0
Drechsler (Elfenbeinschnitzer)	1 379	1 335	— 44	— 3,2
Schirmmacher	293	287	— 6	— 2,0
Holzbildhauer	724	715	— 9	— 1,2
Böttcher	2 115	1 854	— 261	—12,3
Bürsten- und Pinselmacher	1 413	1 359	— 54	— 3,8
Korbmacher	1 190	1 110	— 80	— 6,7
	71 303	69 779	—1 524	— 2,1

noch Anlage 1

Handwerkszweige	Zahl am		Veränderung	
	1. Januar 1967	31. Dezember 1967	absolut	in v. H.
Gruppe IV				
Bekleidungs-, Textil- und Lederhandwerke				
Herrenschneider	27 727	25 926	−1 801	− 6,5
Damenschneider	27 505	25 599	−1 906	− 6,8
Wäscheschneider	1 633	1 495	− 138	− 8,4
Sticker	666	617	− 49	− 7,3
Stricker	2 005	1 871	− 134	− 6,6
Modisten	3 666	3 484	− 182	− 5,0
Weber	787	719	− 68	− 8,6
Seiler	560	543	− 17	− 3,0
Segelmacher	103	105	+ 2	+ 1,9
Kürschner	2 716	2 675	− 41	− 1,5
Hut- und Mützenmacher	318	306	− 12	− 3,8
Handschuhmacher	189	176	− 13	− 7,0
Schuhmacher	38 398	36 679	−1 719	− 4,5
Orthopädieschuhmacher	1 108	1 096	− 12	− 1,0
Gerber	269	252	− 17	− 6,3
Sattler	7 885	7 400	− 485	− 6,1
Feintäschner	535	507	− 28	− 5,2
Raumausstatter	12 305	12 250	− 55	− 0,4
	128 375	121 700	−6 675	− 5,2
Gruppe V				
Nahrungsmittelhandwerke				
Bäcker	47 752	46 795	− 957	− 2,0
Konditoren	5 561	5 585	+ 24	+ 0,4
Fleischer	42 484	42 157	− 327	− 0,7
Müller	7 831	7 454	− 377	− 4,8
Brauer und Mälzer	1 223	1 182	− 41	− 3,3
Weinküfer	622	732	+ 110	+17,7
	105 473	103 905	−1 568	− 1,5
Gruppe VI				
Gesundheits- und Körperpflege, Chemische und Reinigungshandwerke				
Augenoptiker	2 891	2 942	+ 51	+ 1,8
Hörgeräteakustiker	201	249	+ 48	+23,8
Bandagisten	485	486	+ 1	+ 0,2
Orthopädiemechaniker	764	770	+ 6	+ 0,8
Chierurgiemechaniker	279	288	+ 9	+ 3,2
Zahntechniker	2 250	2 296	+ 46	+ 2,0
Friseure	56 265	56 255	− 10	− 0,0

noch Anlage 1

Handwerkszweige	Zahl am		Veränderung	
	1. Januar 1967	31. Dezember 1967	absolut	in v. H.
Färber und Chemischreiniger	1 041	1 035	— 6	— 0,5
Wachszieher	112	107	— 5	— 4,5
Wäscher und Plätter	3 059	2 879	— 180	— 5,9
Gebäudereiniger	1 914	1 953	+ 39	+ 2,0
	69 261	69 260	— 1	—
Gruppe VII				
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke				
Glaser	4 523	4 474	— 49	— 1,1
Glasschleifer und Glasätzer	336	326	— 10	— 3,0
Feinoptiker	24	35	+ 11	+45,8
Glasinstrumentenmacher	306	304	— 2	— 0,6
Glas- und Porzellanmaler	220	225	+ 5	+ 2,3
Farbsteinschleifer, Achatschleifer und Schmucksteingraveure	724	695	— 29	— 4,0
Fotografen	5 668	5 523	— 145	— 2,5
Buchbinder	2 321	2 276	— 45	— 1,9
Buchdrucker (Schriftsetzer, Drucker)	3 183	3 298	+ 115	+ 3,6
Steindrucker	10	8	— 2	—20,0
Siebdrucker	69	106	+ 37	+53,6
Flexografen	13	23	+ 10	+77,0
Chemigrafen	54	54	—	—
Stereotypeure	4	2	— 2	—50,0
Galvanoplastiker	—	2	+ 2	
Keramiker	365	363	— 2	— 0,6
Orgel- und Harmoniumbauer	204	201	— 3	— 1,4
Klavier- und Cembalobauer	522	490	— 32	— 6,1
Handzuginstrumentenmacher	4	6	+ 2	+ 50,0
Geigenbauer	272	266	— 6	— 2,2
Metallblasinstrumenten- und Schlagzeugmacher	181	181	—	—
Holzblasinstrumentenmacher	39	39	—	—
Zupfinstrumentenmacher	79	79	—	—
Vergolder	250	239	— 11	— 4,4
Schilder- und Lichtreklamehersteller	606	606	—	—
Vulkaniseure	1 235	1 224	— 11	— 0,9
Tierausstopfer	1	—	— 1	—
	21 213	21 045	— 168	— 0,8

noch Anlage 1

Handwerkszweige	Zahl am		Veränderung	
	1. Januar 1967	31. Dezember 1967	absolut	in v. H.
Gruppe I				
Bau	129 838	129 011	— 827	— *0,6*
Gruppe II				
Metall	162 725	163 889	+1 164	+ *0,7*
Gruppe III				
Holzhandwerke	71 303	69 779	—1 524	— *2,1*
Gruppe IV				
Bekleidungs-, Textil- und Lederhandwerke	128 375	121 700	—6 675	— *5,2*
Gruppe V				
Nahrungsmittelhandwerke	105 473	103 905	—1 568	— *1,5*
Gruppe VI				
Gesundheits- und Körperpflege, Chemische und Reinigungshandwerke	69 261	69 260	— 1	± *0,0*
Gruppe VII				
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	21 213	21 045	— 168	— *0,8*
insgesamt ...	688 188	678 589	—9 599	— *1,4*

Anlage 2

Handwerkszweige *) mit Betriebszunahmen

Handwerkszweig	Veränderungen gegen Vorjahr in v. H.	
	1967	1966
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	+9,5	+10,8
Rolladen- und Jalousiebauer	+7,3	+ 4,1
Karosseriebauer	+6,8	+10,9
Radio- und Fernsehtechniker	+6,1	+ 5,0
Fliesen-, Platten- und Mosaikleger	+5,6	+ 5,8
Kraftfahrzeugmechaniker	+5,6	+ 4,9
Zahntechniker	+2,0	+ 1,8
Gebäudereiniger	+2,0	+ 2,0
Landmaschinenmechaniker	+1,9	+ 2,6
Augenoptiker	+1,8	+ 2,2

Handwerkszweige *) mit starken Betriebsabnahmen

Handwerkszweig	Veränderungen gegen Vorjahr in v. H.	
	1967	1966
Wäscheschneider	−8,4	−8,8
Damenschneider	−6,8	−7,5
Herrenschneider	−6,5	−6,6
Sattler	−6,1	−8,5
Wagner	−6,0	−6,3
Wäscher und Plätter	−5,9	−6,5
Schuhmacher	−4,5	−4,6
Mechaniker (Nähmaschinen-, Zweirad- und Kältemechaniker)	−3,5	−2,5

*) Bei der Betrachtung der Handwerkszweige müssen diejenigen unberücksichtigt bleiben, deren Zu- oder Abnahme nicht auf wirtschaftlichen Gründen beruht, sondern organisationsrechtliche Ursachen hat, wie die Verselbständigung oder Aufteilung von Handwerkszweigen. Hierunter fallen z. B. Parkettleger, Hörgeräteakustiker, Estrichleger, Böttcher, Weinküfer und mehrere Zweige der Gruppe „Sonstige".

Anlage 3

Zugänge und Abgänge von Betrieben nach Handwerksgruppen (1967)

Handwerksgruppe	Zugang	Abgang	Differenz
Handwerk insgesamt	26 126	35 725	−9 599
Bau	5 449	6 276	− 827
Metall	9 545	8 381	+1 164
Holz	1 770	3 294	−1 524
Bekleidung	2 285	8 960	−6 675
Nahrung	3 403	4 971	−1 568
Gesundheits- und Körperpflege	2 787	2 788	− 1
Sonstige Handwerke	887	1 055	− 168

Quelle: Betriebsstatistik auf Grund der Handwerksrollen der Handwerkskammern.

Anlage 4a

Eintragung im Handelsregister nach Handwerksgruppen

Handwerksgruppe	Betriebe insgesamt	davon im Handelsregister eingetragen		
	31. Mai 1963			31. Mai 1956
	Anzahl	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe (v. H.)	
Handwerk insgesamt	671 351	54 703	*8,1*	6,5
Bau	124 359	10 454	*8,4*	7,9
Metall	141 488	19 741	*14,0*	10,3
Holz	70 179	4 438	*6,3*	4,5
Bekleidung	138 983	5 938	*4,3*	3,3
Nahrung	106 821	8 571	*8,0*	8,1
Gesundheits- und Körperpflege	68 037	2 752	*4,0*	4,2
Sonstige Handwerker	21 484	2 809	*13,1*	8,8

Quelle: Handwerkszählung 1956; Bundesgebiet ohne Saarland einschließlich Nebenbetriebe
Handwerkszählung 1963; Bundesgebiet ohne Nebenbetriebe

Anlage 4b

Rechtsformen der Handwerksbetriebe nach Handwerksgruppen

(ohne Nebenbetriebe)

am 31. Mai 1963

Handwerksgruppe	Betriebe insgesamt	davon im Handelsregister eingetragen	als Einzelkaufmann	als OHG	als KG	als AG, KGaA GmbH	im Handelsregister nicht eingetragen	und zwar Einzelinhaber	und zwar BGB Ges.	und zwar sonstige Rechtsformen
			in v. H. der Betriebe insgesamt					in v.H. der Betriebe insgesamt		
Handwerk insgesamt	671 351	54 703	*5,2*	*1,5*	*1,0*	*0,4*	616 648	*86,9*	*5,0*	*0,02*
Bau	124 359	10 454	*4,0*	*1,9*	*1,6*	*0,9*	113 905	*85,0*	*6,6*	*±0,0*
Metall	141 488	19 741	*9,1*	*2,4*	*1,8*	*0,7*	121 747	*80,8*	*5,2*	*0,02*
Holz	70 179	4 438	*3,8*	*1,5*	*0,8*	*0,2*	65 741	*87,5*	*6,1*	*0,02*
Bekleidung	138 983	5 938	*3,3*	*0,6*	*0,3*	*0,1*	133 045	*93,7*	*2,0*	*±0,0*
Nahrung	106 821	8 571	*6,2*	*1,1*	*0,5*	*0,1*	98 250	*85,4*	*6,5*	*0,04*
Gesundheits- und Körperpflege	68 037	2 752	*2,6*	*0,7*	*0,5*	*0,2*	65 285	*92,1*	*3,8*	*0,07*
Sonstige Handwerke	21 484	2 809	*8,2*	*2,6*	*1,6*	*0,7*	18 675	*81,5*	*6,0*	*±0,0*

Anlage 5

Beschäftigte des Handwerks [1])

Handwerksgruppe / Handwerkszweig	Beschäftigte [2]) 1966	Beschäftigte [2]) 1967	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) [3]) 1967 gegen 1966	
	1000			v. H.
Handwerk insgesamt	3 814,5	3 734,5	—80,0	— 2,1
Bau- und Ausbauhandwerke	1 360,7	1 265,5	—95,2	— 7,0
darunter:				
Maurerhandwerk (Hoch- und Tiefbau)	768,1	690,9	—77,2	—10,0
Zimmerei	66,2	64,2	— 2,0	— 3,0
Dachdeckerei	44,8	48,6	+ 3,7	+ 8,4
Straßenbau (einschließlich Pflasterei)	77,1	69,1	— 8,0	—10,4
Malerhandwerk	226,6	223,3	— 3,3	— 1,5
Metallverarbeitende Handwerke	969,5	967,5	— 2,0	— 0,2
darunter:				
Schmiede	51,4	46,2	— 5,2	—10,1
Schlosserei	97,6	94,4	— 3,1	— 3,2
Maschinenbauerhandwerk	50,4	48,3	— 2,1	— 4,2
Fahrrad- und Nähmaschinenmechaniker-Handwerk	10,7	10,3	— 0,4	— 4,1
Büromaschinenmechaniker-Handwerk	7,9	7,8	— 0,1	— 1,6
Kraftfahrzeugreparatur	216,5	217,6	+ 1,0	+ 0,5
Landmaschinenmechaniker-Handwerk	21,8	23,4	+ 1,6	+ 7,5
Gas- und Wasser-Installation	140,0	140,4	+ 0,4	+ 0,3
Zentralheizungs- und Lüftungsbau	40,7[a])	39,9	— 0,8	— 1,8
Elektroinstallation	163,3	165,1	+ 1,8	+ 1,1
Radio- und Fernsehtechniker-Handwerk	22,1	22,6	+ 0,5	+ 2,2
Uhrmacherhandwerk	23,9	24,1	+ 0,2	+ 1,0
Holzverarbeitende Handwerke	261,4	264,1	+ 2,8	+ 1,1
darunter:				
Bau- und Möbeltischlerei	194,9	196,9	+ 2,0	+ 1,0
Karosseriebau	11,9	11,7	— 0,3	— 2,3
Böttcherei und Weinküferei	3,7	3,3	— 0,4	—10,9
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	247,6	236,7	—11,0	— 4,4
darunter:				
Herrenschneiderei	47,3	42,7	— 4,6	— 9,7
Damenschneiderei	44,7	41,4	— 3,2	— 7,3
Putzmacherei	7,3	6,9	— 0,4	— 5,7
Kürschnerei	14,5	13,9	— 0,6	— 4,2
Schuhmacherhandwerk	56,4	55,5	— 0,9	— 1,6
Sattlerei (einschließlich Sattlerei und Polstererhandwerk)	11,1	10,2	— 0,9	— 8,0
Polsterer- und Dekorateurhandwerk	33,4	34,0	+ 0,6	+ 1,7

noch Anlage 5

Handwerksgruppe Handwerkszweig	Beschäftigte [2]) 1966	Beschäftigte [2]) 1967	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) [3]) 1967 gegen 1966	
	1000			v. H.
Nahrungsmittelhandwerke	495,2	504,4	+ 9,2	+ *1,9*
darunter:				
Bäckerhandwerk	211,0	213,5	+ 2,5	+ *1,2*
Konditorenhandwerk	42,6	43,8	+ 1,2	+ *2,9*
Fleischerei	207,0	210,4	+ 3,4	+ *1,6*
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke	377,7	391,7	+14,0	+ *3,7*
darunter:				
Friseurhandwerk	226,4	227,9	+ 1,5	+ *0,7*
Färberei und Chemischreinigung	21,4	21,5	+ 0,1	+ *0,5*
Wäscherei und Plätterei	29,9	28,3	— 1,6	— *5,2*
Gebäudereinigung	71,7 [a])	80,1	+ 8,4	+*11,7*
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	102,4	104,6	+ 2,2	+ *2,1*
darunter:				
Glaserei	19,6	20,0	+ 0,4	+ *1,9*
Fotografenhandwerk	17,7	18,5	+ 0,9	+ *4,9*
Buchbinderei	10,0	9,3	— 0,7	— *6,7*
Vulkaniseurhandwerk	11,5	11,6	+ 0,1	+ *0,9*

[1]) ohne die Beschäftigten der handwerklichen Nebenbetriebe
[2]) Jahresdurchschnitt; aus den Ergebnissen für den Stand am jeweiligen Vierteljahresende wie folgt berechnet: $^1/_8$ des 4. Vierteljahres des Vorjahres + $^1/_4$ des 1. bis 3. Vierteljahres + $^1/_8$ des 4. Vierteljahres des Berichtsjahres.
[3]) errechnet auf Grund nicht gerundeter Zahlen
[a]) Stand 30. September 1966; die Berechnung eines Jahresdurchschnitts für 1966 ist nicht möglich

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Reihe 7, 1967

Anlage 6

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der Arbeiter im Handwerk nach Handwerkszweigen und Arbeitergruppen

Bundesgebiet

Arbeitergruppe	Geleistete Wochenarbeitsstunden					
	insgesamt			darunter Mehrarbeitsstunden		
	November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber Mai 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber November 1966	November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber Mai 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber November 1966
	Stunden	%	%	Stunden	Stunden	Stunden
Männliche Arbeiter						
Kraftfahrzeugreparatur						
Vollgesellen	40,1	+12,3	−1,2	1,6	+0,1	−0,2
Junggesellen	39,4	+12,3	−0,8	1,0	+0,1	−0,1
Übrige Arbeiter	41,1	+12,3	−0,7	2,6	+0,1	−0,1
Schlosserei						
Vollgesellen	42,0	+14,4	−1,4	3,4	+0,9	−0,3
Junggesellen	41,0	+13,3	−1,0	1,9	+0,2	−0,2
Übrige Arbeiter	42,1	+14,7	−1,6	4,1	+1,0	−0,1
Tischlerhandwerk						
Vollgesellen	41,6	+14,0	−0,7	2,8	+0,8	+0,1
Junggesellen	41,2	+14,4	+0,7	1,7	+0,5	—
Übrige Arbeiter	41,1	+15,8	−0,2	2,7	+0,8	+0,2
Herrenschneiderei						
Vollgesellen	42,0	+12,3	—	1,3	+0,1	−0,2
Junggesellen	41,1	+14,2	+0,7	0,6	+0,3	+0,3
Übrige Arbeiter	40,6	+23,8	+2,3	0,4	−0,1	+0,2
Bäckerhandwerk						
Vollgesellen	43,7	+10,1	−0,5	1,3	—	−0,2
Junggesellen	43,3	+11,3	−0,5	0,7	−0,1	−0,2
Übrige Arbeiter	43,2	+ 9,6	−0,7	1,2	−0,1	−0,3
Fleischerei						
Vollgesellen	43,4	+11,6	−0,2	1,0	+0,1	—
Junggesellen	43,0	+11,7	−0,2	0,5	—	−0,1
Übrige Arbeiter	44,3	+11,6	−0,7	2,3	+0,4	−0,2
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation						
Vollgesellen	41,6	+13,7	−1,2	3,2	+0,9	—
Junggesellen	41,1	+15,1	−0,2	2,5	+0,9	+0,2
Übrige Arbeiter	41,8	+15,8	−0,5	3,5	+0,8	—

Anlage 6

Bezahlte Wochenstunden			Bruttostundenverdienste			Bruttowochenverdienste		
November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber		November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber		November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber	
	Mai 1967	November 1966		Mai 1967	November 1966		Mai 1967	November 1966
	%		DM	%		DM	%	
Männliche Arbeiter								
Kraftfahrzeugreparatur								
43,4	—	−1,1	4,65	+0,4	+1,3	202	+ 0,5	+0,5
42,7	−0,5	−0,7	3,41	−0,6	−1,2	145	− 1,4	−2,0
44,3	—	−0,7	3,89	+1,6	+3,2	172	+ 1,8	+2,4
Schlosserei								
45,1	+2,0	−1,5	4,91	+1,7	+2,1	221	+ 3,8	+0,5
43,9	+0,5	−0,9	3,64	+1,4	+0,6	160	+ 1,9	−0,6
45,3	+2,3	−1,3	4,17	+2,5	+4,5	189	+ 4,4	+3,3
Tischlerhandwerk								
44,8	+1,8	−0,9	4,86	+1,5	+2,3	218	+ 3,3	+1,9
44,2	+1,6	—	3,55	+0,6	−0,6	157	+ 1,9	−0,6
44,6	+3,5	−0,4	4,04	+1,3	+2,0	180	+ 4,7	+1,1
Herrenschneiderei								
44,8	+0,4	−0,2	3,86	+1,3	+2,7	173	+ 1,8	+2,4
43,7	+1,2	+1,6	2,92	+9,8	+2,5	127	+10,4	+3,3
43,0	+9,4	+1,4	3,11	−7,2	+5,4	133	+ 0,8	+6,4
Bäckerhandwerk								
46,6	+0,2	−0,6	4,86	+1,7	+3,8	227	+ 1,8	+3,2
46,0	—	−0,9	3,75	+0,8	+0,8	173	+ 1,2	+0,6
46,0	+0,4	−0,9	3,82	+3,5	+5,5	176	+ 4,1	+4,8
Fleischerei								
46,4	+0,4	−0,2	5,28	+1,3	+2,9	245	+ 2,1	+2,5
45,8	—	−0,2	4,08	+2,8	+2,5	187	+ 2,7	+2,2
47,2	+0,6	−0,8	3,88	+2,6	+4,3	183	+ 3,4	+3,4
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation								
44,7	+1,8	−1,3	5,16	+1,2	+2,0	231	+ 3,1	+0,9
44,1	+1,6	−0,5	3,89	−0,5	−1,3	172	+ 1,2	−1,7
44,8	+2,1	−0,9	4,33	+1,2	+2,1	194	+ 3,2	+1,0

noch Anlage 6

Arbeitergruppe	Geleistete Wochenarbeitsstunden					
	insgesamt			darunter Mehrarbeitsstunden		
	November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber Mai 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber November 1966	November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber Mai 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber November 1966
	Stunden	%	%	Stunden	Stunden	Stunden
Elektroinstallation						
Vollgesellen	41,9	+13,6	−0,9	3,2	+0,9	−0,2
Junggesellen	40,7	+14,0	−0,5	1,9	+0,7	—
Übrige Arbeiter	41,5	+14,3	−0,7	2,6	+0,8	−0,2
Malerhandwerk						
Vollgesellen	39,9	+10,2	−1,0	1,4	−0,1	−0,3
Junggesellen	39,7	+ 9,1	−0,5	1,0	−0,2	−0,1
Übrige Arbeiter	41,1	+10,2	+0,7	2,8	+0,5	+0,5
Alle erfaßten Handwerkszweige						
Vollgesellen	41,4	+12,2	−1,0	2,1	+0,4	−0,2
Junggesellen	40,9	+12,7	−0,5	1,4	+0,3	—
Übrige Arbeiter	41,7	+13,3	−0,2	2,7	+0,5	—
Weibliche Arbeiter						
Herrenschneiderei						
Vollgesellen	39,9	+14,0	−0,2	0,4	+0,1	+0,1
Junggesellen	40,2	+15,9	−0,2	0,2	—	—
Übrige Arbeiter	38,7	+20,6	−0,8	0,1	—	−0,1
Damenschneiderei						
Vollgesellen	39,5	+12,5	−0,8	0,3	+0,1	+0,1
Junggesellen	40,2	+14,2	−0,5	0,1	−0,1	—
Übrige Arbeiter	39,7	+16,8	+0,5	0,2	—	+0,1

Quelle: Wirtschaft und Statistik, April 1968

noch Anlage 6

Bezahlte Wochenstunden			Bruttostundenverdienste			Bruttowochenverdienste		
November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber		November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber		November 1967	Zu (+) bzw. Abnahme (−) gegenüber	
	Mai 1967	November 1966		Mai 1967	November 1966		Mai 1967	November 1966
DM	%		DM	%		DM	%	
				Elektroinstallation				
45,2	+2,3	−0,9	4,77	+0,8	+1,3	216	+ 3,3	+0,5
43,9	+1,9	−0,2	3,64	+1,4	+1,7	160	+ 3,2	+1,9
44,8	+1,6	−0,4	4,18	+4,2	+3,7	187	+ 6,3	+3,3
				Malerhandwerk				
42,7	−0,9	−1,2	4,97	+1,4	+1,0	212	+ 0,5	—
42,7	−1,8	−0,5	3,97	+1,5	—	169	− 0,6	−0,6
44,4	+0,2	+1,6	4,60	−0,4	+0,9	204	− 0,5	+2,5
				Alle erfaßten Handwerkszweige				
44,4	+0,5	−1,1	4,93	+1,2	+1,9	219	+ 1,9	+0,9
43,9	+0,2	−0,5	3,71	+0,5	—	163	+ 0,6	−0,6
44,9	+1,6	−0,4	4,12	+1,7	+2,7	185	+ 3,4	+2,2
				Weibliche Arbeiter				
				Herrenschneiderei				
42,6	+1,7	+0,5	3,15	+1,6	−1,3	134	+ 3,1	−0,7
42,8	+2,1	−0,2	2,57	+1,2	+2,8	110	+ 3,8	+2,8
41,6	+5,3	−0,2	2,83	+3,3	+2,2	118	+ 9,3	+1,7
				Damenschneiderei				
42,4	—	−0,5	2,98	+2,8	+4,9	126	+ 2,4	+4,1
42,8	+0,2	−0,5	2,38	+2,6	+3,9	102	+ 3,0	+4,1
41,8	+1,2	+1,0	2,76	−0,7	+3,8	115	—	+4,5

Anlage 7

Umsatz des Handwerks [1])

Handwerksgruppe Handwerkszweig	Gesamtumsatz 1966	Gesamtumsatz 1967	Zu- (+) bzw. Abnahme (−)	Handwerksumsatz 1966	Handwerksumsatz 1967	Zu- (+) bzw. Abnahme (−)	Anteil des Handwerksumsatzes am Gesamtumsatz 1966	Anteil des Handwerksumsatzes am Gesamtumsatz 1967
	Millionen DM		% [2])	Millionen DM		% [2])		
Handwerk insgesamt	130 633,6	126 022,5	− 3,5	96 135,2	93 376,7	− 2,9	73,6	74,1
Bau- und Ausbauhandwerke	35 541,0	33 657,5	− 5,3	33 577,9	31 836,0	− 5,2	94,5	94,6
darunter:								
Maurerhandwerk (Hoch- und Tiefbau)	19 547,4	17 963,0	− 8,1	19 034,2	17 494,5	− 8,1	97,4	97,4
Zimmerei	1 969,6	1 972,8	+ 0,2	1 839,3	1 842,0	+ 0,1	93,4	93,4
Dachdeckerei	1 667,3	1 831,5	+ 9,8	1 634,0	1 795,4	+ 9,9	98,0	98,0
Straßenbau (einschließlich Pflasterei)	2 553,7	2 417,0	− 5,4	2 504,7	2 370,1	− 5,4	98,1	98,1
Malerhandwerk	4 558,8	4 586,0	+ 0,6	4 282,3	4 293,0	+ 0,3	93,9	93,6
Metallverarbeitende Handwerke	42 098,0	39 873,8	− 5,3	22 749,5	22 303,5	− 2,0	54,0	55,9
darunter:								
Schmiede	2 007,9	1 712,5	−14,7	1 113,8	1 001,5	−10,1	55,5	58,5
Schlosserei	3 232,3	3 011,1	− 6,8	2 741,0	2 643,8	− 3,5	84,8	87,8
Maschinenbauerhandwerk	1 747,2	1 674,2	− 4,2	1 479,3	1 399,0	− 5,4	84,7	83,6
Fahrrad- und Nähmaschinenmechaniker-Handwerk	420,3	401,6	− 4,4	97,1	89,4	− 8,0	23,1	23,5
Büromaschinenmechaniker-Handwerk	346,1	337,6	− 2,5	74,7	79,4	+ 6,3	21,6	22,3
Kraftfahrzeugreparatur	14 512,2	13 238,0	− 8,8	3 660,0	3 562,0	− 2,7	25,2	26,9
Landmaschinenmechaniker-Handwerk	1 587,6	1 562,3	− 1,6	351,4	381,8	+ 8,7	22,1	24,4
Gas- und Wasser-Installation	5 186,2	5 102,9	− 1,6	4 672,0	4 612,3	− 1,3	90,1	90,4
Zentralheizungs- und Lüftungsbau	1 888,5	1 877,8	− 0,6	1 780,9	1 755,0	− 1,5	94,3	93,5
Elektroinstallation	4 991,0	5 064,0	+ 1,5	3 386,6	3 454,0	+ 2,0	67,9	68,2
Radio- und Fernsehtechniker-Handwerk	1 015,2	990,7	− 2,4	252,9	249,6	− 1,3	24,9	25,2
Uhrmacherhandwerk	1 078,5	1 023,4	− 5,1	146,8	137,8	− 6,1	13,6	13,5
Holzverarbeitende Handwerke	8 954,0	8 910,7	− 0,5	7 200,5	7 251,4	+ 0,7	80,4	81,4
darunter:								
Bau- und Möbeltischlerei	6 929,1	6 916,3	− 0,2	5 517,5	5 572,2	+ 1,0	79,6	80,6
Karosseriebau	398,1	383,3	− 3,7	360,2	349,1	− 3,1	90,5	91,1
Böttcherei und Weinküferei	123,6	113,0	− 8,6	45,7	41,3	− 9,6	37,0	36,6

noch Anlage 7

Handwerksgruppe Handwerkszweig	Gesamtumsatz 1966	Gesamtumsatz 1967	Zu- (+) bzw. Abnahme (−)	Handwerksumsatz 1966	Handwerksumsatz 1967	Zu- (+) bzw. Abnahme (−)	Anteil des Handwerksumsatzes am Gesamtumsatz 1966	Anteil des Handwerksumsatzes am Gesamtumsatz 1967
	Millionen DM		% [2]	Millionen DM		% [2]		
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	6 023,1	5 709,0	− 5,2	3 432,7	3 185,0	− 7,2	57,0	55,8
darunter:								
Herrenschneiderei	747,3	658,3	−11,9	461,6	401,6	−13,0	61,8	61,0
Damenschneiderei	379,5	353,0	− 7,0	271,4	248,4	− 8,5	71,5	70,4
Putzmacherei	174,9	163,7	− 6,4	49,8	44,3	−11,2	28,5	27,0
Kürschnerei	565,8	527,5	− 6,8	420,9	397,5	− 5,6	74,4	75,3
Schumacherhandwerk	1 364,3	1 302,8	− 4,5	529,2	463,2	−12,5	38,8	35,6
Sattlerei (einschließlich Sattlerei und Polstererhandwerk)	371,3	325,6	−12,3	188,2	165,2	−12,2	50,7	50,7
Polsterer- und Dekorateurhandwerk	1 419,2	1 431,5	+ 0,9	835,5	835,9	+ 0,0	58,9	58,4
Nahrungsmittelhandwerke	29 084,3	28 686,1	− 1,4	22 545,6	21 963,8	− 2,6	77,5	76,6
darunter:								
Bäckerhandwerk	8 603,6	8 601,5	− 0,0	5 551,4	5 482,6	− 1,2	64,5	63,7
Konditorenhandwerk	1 157,4	1 162,5	+ 0,4	732,5	732,0	− 0,1	63,3	63,0
Fleischerei	14 895,2	14 563,0	− 2,2	13 463,6	13 023,5	− 3,3	90,4	89,4
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke	4 986,6	5 162,4	+ 3,5	4 094,1	4 242,9	+ 3,6	82,1	82,2
darunter:								
Friseurhandwerk	2 583,8	2 617,6	+ 1,3	2 080,7	2 097,9	+ 0,8	80,5	80,1
Färberei und Chemischreinigung	366,6	378,9	+ 3,3	358,3	371,6	+ 3,7	97,7	98,1
Wäscherei und Plätterei	385,1	380,8	− 1,1	380,9	377,9	− 0,8	98,9	99,2
Gebäudereinigung	651,0	749,8	+15,2	648,7	746,7	+15,1	99,7	99,6
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	3 946,5	4 022,3	+ 1,9	2 534,9	2 594,1	+ 2,3	64,2	64,5
darunter:								
Glaserei	875,5	920,4	+ 5,1	789,1	832,2	+ 5,5	90,1	90,4
Fotografenhandwerk	519,7	502,6	− 3,3	233,2	227,0	− 2,7	44,9	45,2
Buchbinderei	214,5	207,8	− 3,1	148,8	142,2	− 4,4	69,4	68,4
Vulkaniseurhandwerk	979,6	1 012,0	+ 3,3	314,4	318,9	+ 1,4	32,1	31,5

[1]) ohne den Umsatz der handwerklichen Nebenbetriebe
[2]) errechnet auf Grund nicht gerundeter Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Reihe 7, 1967

Anlage 8

a) Handwerkszweige mit Umsatz-Zunahmen

Handwerkszweig	Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	
	1967	1966
Gebäudereiniger	+15,2	. *)
Dachdecker	+ 9,8	+20,7
Glaser	+ 5,1	+12,9
Vulkaniseure	+ 3,3	+11,4
Färber und Chemischreiniger	+ 3,3	+ 5,1
Elektroinstallateure	+ 1,5	+ 9,8
Friseure	+ 1,3	+ 5,3

*) 1966 nicht ermittelt

b) Handwerkszweige mit überdurchschnittlichen Umsatz-Abnahmen

Handwerkszweig	Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	
	1967	1966
Schmiede	−14,7	− 0,0
Sattler und Polsterer	−12,3	− 7,1
Herrenschneider	−11,9	− 5,9
Kraftfahrzeugreparatur	− 8,8	+ 6,8
Böttcher und Weinküfer	− 8,6	+ 5,1
Maurer	− 8,1	+ 1,2
Damenschneider	− 7,0	+ 3,8
Kürschner	− 6,8	+ 3,0
Schlosser	− 6,8	+ 6,5
Putzmacher	− 6,4	− 5,4
Straßenbau	− 5,4	− 0,5
Uhrmacher	− 5,1	+ 7,9
Schuhmacher	− 4,5	+ 5,6
Fotografen	− 3,3	+10,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie D „Industrie und Handwerk" Reihe 7, Handwerk

Anlage 9

Abnahme der Zahl der Betriebe im 1. Vierteljahr 1965 bis 1968

1. Vierteljahr	Abnahme um ... Betriebe	v. H. des Anfangsbestandes (1. Januar)
1965	3 386	− *0,47*
1966	3 351	− *0,48*
1967	3 513	− *0,51*
1968	3 857	− *0,57*

Quelle: Betriebsstatistik der Handwerksrollen der Handwerkskammern

ABSCHNITT II

Bericht über Lage und Entwicklung der Betriebe der Industrie unter Berücksichtigung der Klein- und Mittelbetriebe

Berichtszeitraum: 1960 bis 1967

Stand: August 1968

Seite

Gliederung

A. Wesentliche Auswertungsergebnisse der Industrieberichterstattung im Zeitvergleich 1967 gegenüber 1960

Vorbemerkung

Ein Zeitvergleich der Ergebnisse der Industriestatistik zeigt in der langfristigen Betrachtung (1967 gegenüber 1960), daß — bei nur unwesentlichen Veränderungen in der Struktur der Industriebereiche — im Gesamtdurchschnitt der Industrie die kleineren Betriebe, vor allem im Bereich bis zu 49 Beschäftigten, eine relativ günstige Entwicklung genommen haben; im Gegensatz dazu stehen die Verhältnisse bei den Großbetrieben, die sowohl hinsichtlich der Zahl der Betriebe als auch der Beschäftigtenzahl und des Umsatzes einen unterdurchschnittlichen Zuwachs ausweisen.

Bei der Beurteilung der im folgenden dargestellten Untersuchungsergebnisse ist zu berücksichtigen:

Die Aussagefähigkeit des Zahlenmaterials ist insoweit beschränkt, als nur örtliche Einheiten — nicht Unternehmen — mit ihren Beschäftigten und ihren Umsätzen erfaßt sind; in den Umsätzen sind nicht die Innenumsätze zwischen Betrieben, die gleichen Unternehmen angehören, und Handelsumsätze enthalten. Für einen globalen Ausweis der *Strukturentwicklung nach örtlichen Einheiten* liefern die zugrunde liegenden statistischen Angaben jedoch Hinweise.

I. Entwicklung von Betriebs- und Beschäftigtenzahl und Umsatz nach Beschäftigtengrößenklassen

(Tabelle 1)

1. Der Gesamtumsatz der Industrie hat im Monatsvergleich September 1967 (ca. 34,2 Mrd. DM) gegenüber September 1960 um knapp 44 % zugenommen bei einer Zunahme der Betriebszahl um gut 9 % und einer geringfügigen Abnahme der Beschäftigtenzahl. Die Abnahme der Beschäftigtenzahl ist bedingt durch die kurzfristige konjunkturelle Entwicklung zwischen 1966 und 1967; die kurzfristige Entwicklung wirkte sich ebenfalls auf die Zuwachsraten der anderen Bezugsgrößen aus (zum Vergleich seien die Zuwachsraten zwischen 1960 und 1966 genannt: Umsatzanstieg — Monatsvergleich September — knapp 50 %, Zunahme der Betriebszahl gut 12 %, Beschäftigtenzunahme knapp 7 %). Die Umsatzzunahme, die im Jahresdurchschnitt im Zeitraum 1960 bis 1965 gut 9 % betrug, verringerte sich 1966 auf 3 % und wurde 1967 durch eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um etwa 4 % abgelöst, bei einem Rückgang der Beschäftigtenzahl um ca. 7 % und der Betriebszahl um gut 2 %.

2. Der Durchschnittsumsatz je Betrieb hat im Vergleichszeitraum 1967 gegenüber 1960 bei allen Betriebsgrößenklassen zugenommen (Tabelle 3). Die Zunahme liegt zwischen ca. 40 % bei Betrieben mit über 1000 Beschäftigten und fast 50 % bei Betrieben mit 500 bis 1000 Beschäftigten; auch die mittleren Größenklassen zwischen 50 und 500 Beschäftigten sowie die Kleinbetriebe mit unter 10 Beschäftigten zeigen jedoch eine ausgesprochen günstige Entwicklung.

3. Die bei weitem geringste Gesamtumsatzzunahme haben — im Gesamtdurchschnitt der Industrie — im langfristigen Zeitvergleich die Betriebe mit 1000 und mehr Beschäftigten. Nur bei dieser Größenklasse ist eine weit unterdurchschnittliche Umsatzentwicklung zu verzeichnen (Zunahme um ca. 32 % gegenüber einer Zunahme von knapp 44 % im Gesamtdurchschnitt aller Größenklassen), die von einem nicht unerheblichen absoluten Rückgang der Betriebs- und der Beschäftigtenzahl (Abnahme um jeweils gut 6 %) begleitet ist. Die weitaus stärkste Umsatzzunahme weisen die Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten (Zunahme um ca. 61 %), gefolgt von den Kleinbetrieben mit unter 10 Beschäftigten (+58 %) aus.

4. Am günstigsten liegen in der langfristigen Entwicklung die Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten (stärkste Zunahme des Umsatzes und der Betriebszahl), gefolgt von den Betrieben mit unter 10 Beschäftigten (stärkste Beschäftigtenzunahme). Es ist somit eine besonders positive Entwicklung im unteren Bereich der Mittelbetriebe und bei den ausgesprochenen Kleinbetrieben zu verzeichnen. Auch der Bereich der Mittelbetriebe mit 50 bis 200 Beschäftigten weist bezüglich aller drei Maßgrößen eine weit überdurchschnittliche Entwicklung aus.

5. In den einzelnen Industriebereichen ist die Größenstrukturentwicklung im Zeitvergleich 1967 gegenüber 1960 nicht einheitlich. Bei der Mehrzahl der Bereiche (einzige Ausnahme ist die Nahrungs- und Genußmittelindustrie) zeigt sich eine auffällig günstige Entwicklung der Betriebe mit unter 50 Beschäftigten. Die ausgesprochenen Kleinbetriebe haben in allen Bereichen — außer bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, wo ihre Zuwachsrate unter dem Durchschnitt liegt — die höchste Umsatzzunahme. Auch die Entwicklung der Betriebe zwischen 50 und 500 Beschäftigten liegt in der Mehrzahl der Fälle über dem Branchendurchschnitt.

   Die im Gesamtdurchschnitt der Industrie festgestellte relativ ungünstige Entwicklung der Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten wird bei

einer Gegenüberstellung der Größenstrukturentwicklung nach wirtschaftlicher Gliederung in der Mehrzahl der Industriebereiche bestätigt — mit Ausnahme der Investitionsgüterindustrie, wo sie (bezüglich ihres Umsatzes) eine überdurchschnittliche Zunahme ausweisen (Tabelle 4).

II. Entwicklung von Betriebs- und Beschäftigtenzahl und Umsatz nach Industriebereichen

(Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, Investitionsgüterindustrie, Verbrauchsgüterindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie)

1. Hinsichtlich des Umsatzes haben alle Industriebereiche außer dem Bergbau im Zeitraum 1960 bis 1967 zugenommen. Eine absolute Abnahme ist hinsichtlich der Beschäftigten vor allem beim Bergbau, in geringem Ausmaß auch bei der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie der Verbrauchsgüterindustrie gegeben; einen Rückgang der Betriebszahl weisen vor allem der Bergbau sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrie aus, die gleichzeitig die weitaus höchste Umsatzsteigerung erreicht. Eine unterdurchschnittliche Entwicklung weisen im Branchenvergleich vor allem der Bergbau aus, bei dem sämtliche Bezugsgrößen abgenommen haben, sowie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit einer weit unterdurchschnittlichen Umsatzzunahme und einer rückläufigen Beschäftigtenzahl.

2. Für die Größenstrukturveränderungen nach Industriebereichen ist — abgesehen von der günstigen Entwicklung der ausgesprochenen Kleinbetriebe und der unterdurchschnittlichen Entwicklung der Großbetriebe (vgl. Ziff. I. 5) — bemerkenswert, daß eine vergleichsweise günstige Entwicklung der kleineren Betriebe, bis 200 Beschäftigten, sowohl hinsichtlich Umsatz als auch Beschäftigtenzahl vor allem in der Investitionsgüter- und der Verbrauchsgüterindustrie gegeben ist. Im übrigen kann von einem eindeutig größenabhängigen Entwicklungstrend lediglich in der Verbrauchsgüterindustrie gesprochen werden, wo die Entwicklung mit zunehmender Betriebsgröße in auffälliger Weise ungünstiger wird (Tabelle 4).

III. Struktur nach Industriebereichen 1967

(Tabelle 5 a)

1. *Typisch großbetrieblich strukturiert sind der Bergbau* und *die Investitionsgüterindustrie,* wo der Beschäftigtenanteil weit über dem Anteil der Betriebszahl der Gesamtindustrie liegt. *Umgekehrt ist das Verhältnis bei der Nahrungsmittel- und Genußmittelindustrie.*

2. Als arbeitsintensiv erweisen sich insbesondere der Bergbau (sein Anteil am Umsatz der Gesamtindustrie ist nur etwa halb so hoch wie sein Anteil an der Beschäftigtenzahl) sowie — in geringerem Maße — die Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie; etwa umgekehrt ist es bei der kapitalintensiven Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

3. *Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung steht an weitaus erster Stelle die Investitionsgüterindustrie* mit 43 % der Beschäftigten und gut 34 % des Umsatzes der Gesamtindustrie, *gefolgt von der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie nach dem Umsatzanteil* (29 %) und der *Verbrauchsgüterindustrie nach der Beschäftigtenzahl* (gut 24 %). Die geringste Rolle spielt der Bergbau (knapp 5 % Beschäftigtenanteil, gut 2 % Umsatzanteil).

IV. Struktur der Industrie nach Größenklassen 1967

(Tabelle 5 b)

1. Die Betriebe mit unter 10 Beschäftigten haben mit einem Anteil von etwa 44 % der Gesamtbetriebszahl einen Beschäftigten- und Umsatzanteil von jeweils 2 %; die Betriebe mit 1000 und mehr Beschäftigten vereinigen dagegen mit etwa 1 % der Industriebetriebe etwa 38 % der Beschäftigten und des Umsatzes auf sich.

2. Beschäftigten- und Umsatzanteile der Größenklassen stimmen weitgehend überein; diese Feststellung, die durch anderweitige eingehendere Untersuchungen bestätigt wird, zeigt, *daß im Gesamtdurchschnitt der Industrie keine wesentlichen Unterschiede in der Arbeitsintensität in Abhängigkeit von der Betriebsgröße bestehen.* Die Arbeits- und Lohnintensität stellt sich damit als ein in erster Linie branchenabhängiges Problem dar.

B. Beschäftigte und Umsatz der Industrie 1967 [1])

Im Jahr 1967 waren in der Industrie im Durchschnitt 7,8 Millionen Personen beschäftigt, das sind rd. 6,5 % weniger als im Jahresdurchschnitt 1966. Dieser Rückgang ist wesentlich stärker als im Vorjahr und dürfte eine Auswirkung der schlechten Auftragseingangslage Ende 1966 und Anfang 1967 sein, die zu einer weiteren Konjunkturabschwächung vor allem in den Monaten Januar bis September 1967 führte. Er geht überwiegend zu Lasten der beschäftigten Arbeiter, deren Zahl sich 1967 um 8,1 % verminderte.

Die ungünstige wirtschaftliche Konjunkturlage, vor allem der ersten 9 Monate des Jahres 1967, kommt auch deutlich in den Umsatzzahlen dieses Jahres zum Ausdruck. Zum ersten Mal seit 1950 ist der Gesamtumsatz der Industrie — von 388 Mrd. DM im Jahre 1966 auf knapp 381 Mrd. DM im Jahre 1967 um 1,9 % — gefallen. Bei einem gleichzeitigen Nachgeben des Gesamtindex der Erzeugerpreise für Industrieprodukte um 0,8 % ergibt sich für das Umsatzvolumen ein Rückgang von 1,1 %. Innerhalb der einzelnen Industrie-Hauptgruppen und -gruppen verläuft die Entwicklung unterschiedlich; in der Mehrzahl der Fälle war ein Rückgang sowohl der Beschäftigtenzahlen als auch des Umsatzes zu verzeichnen.

Im Bergbau war die Verminderung der Beschäftigtenzahl um durchschnittlich 13 % wieder besonders hoch (im Vorjahr −8,2 %). Die Verringerung der Beschäftigtenzahl hat sich auch bei den einzelnen Zweigen des Bergbaus in 1967 fortgesetzt, am stärksten im Steinkohlenbergbau (−14 %). Auch die rückläufige Umsatzentwicklung setzte sich im Bergbau verstärkt fort (−6,2 %), und zwar vor allem als Folge der nachgebenden Umsätze beim Braun- und Pechkohlenbergbau und beim Steinkohlenbergbau.

In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ging die durchschnittliche Beschäftigtenzahl von 1966 zu 1967 um 5,7 % zurück; dieser verstärkte Rückgang ist auch bei allen Industriezweigen dieser Gruppe festzustellen. In 1967 ergab sich auch hier eine geringfügige Umsatzminderung (−0,4 %), nachdem im Vorjahr noch eine Umsatzsteigerung erreicht wurde. Bei den einzelnen Industriezweigen liegen die Ergebnisse unterschiedlich: Umsatzsteigerungen bei der Kohlenwertstoffindustrie sowie bei der Mineralölverarbeitenden und der Chemischen Industrie stehen Umsatzeinbußen vor allem bei den Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, bei der Gummi- und Asbestverarbeitenden Industrie, bei der NE-Metallindustrie und bei den Sägewerken und der Holzverarbeitenden Industrie gegenüber.

Auch bei den Investitionsgüterindustrien ist ein Rückgang sowohl der Beschäftigtenzahl, der mit −6,4 % wesentlich stärker war als im Vorjahr, als auch erstmalig ein Umsatzrückgang (−4,1 %) festzustellen. Von der rückläufigen Bewegung der Beschäftigtenzahl waren vor allem der Stahl- und Leichtmetallbau und die Stahlverformung betroffen, wogegen die Beschäftigtenzahl im Luftfahrzeugbau weiter anstieg. Überdurchschnittliche Umsatzrückgänge ergaben sich bei der Stahlverformung, beim Straßenfahrzeugbau und beim Stahl- und Leichtmetallbau, Umsatzsteigerungen dagegen beim Schiffbau und beim Luftfahrzeugbau.

Entgegen der Entwicklung im Vorjahr fiel 1967 gegenüber 1966 auch bei den Verbrauchsgüterindustrien die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt um 6,7 %. Die gleiche Entwicklung zeigt sich auch bei allen dieser Hauptgruppe zugeordneten Industriezweigen, wobei die stärksten Rückgänge bei der Feinkeramischen Industrie, der Ledererzeugenden Industrie und bei der Textilindustrie liegen. Hand in Hand mit dem Rückgang der Beschäftigtenzahl ging auch ein etwas geringerer Umsatzrückgang (−4,6 %). Von dieser rückläufigen Entwicklung waren besonders stark betroffen die Ledererzeugende und die Lederverarbeitende Industrie sowie die Bekleidungs- und Textilindustrie. Eine Umsatzerhöhung ergab sich lediglich für die Kunststoffverarbeitende Industrie.

Eine relativ günstige Entwicklung zeigt im Beobachtungszeitraum die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die einen weit unter dem Durchschnitt liegenden Beschäftigtenrückgang (−2,8 %) mit einer Umsatzsteigerung von 4,8 % verbindet. Bemerkenswert ist das Auseinanderklaffen der Entwicklung von Beschäftigtenzahl (−7,2 %) und Umsatz (+8,1 %) bei der zu dieser Hauptgruppe gehörenden Tabakverarbeitenden Industrie.

Vom Gesamtumsatz der Industrie in Höhe von knapp 381 Mrd. DM im Jahre 1967 entfielen gut 309 Mrd. DM oder 81,3 % auf Inlandslieferungen und gut 71 Mrd. DM oder 18,7 % auf Lieferungen ins Ausland. Der Inlandsumsatz ist damit gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um 3,9 % zurückgegangen, während sich der Auslandsumsatz (+7,6 %) zwar weniger stark als 1966 (+13 %) aber doch etwa so stark wie 1964 zu 1965 erhöhte.

Bemerkenswert stark ist mit +23 % der Auslandsumsatz der Nahrungs- und Genußmittelindustrien gewachsen. (Die Zunahme betrug im Vorjahr nur 3,7 %.) Dabei zeigten Ernährungsindustrie und Tabakverarbeitende Industrie Steigerungen von 23 bzw. 21 %. Die einzige Industriegruppe, bei der der Auslandsumsatz gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat, ist der Bergbau (−4,6 %), eine Folge der Verringerung des Auslandsumsatzes bei den größten Zweigen, beim Steinkohlenbergbau, Braun- und Pechkohlenbergbau und beim Kali- und Steinsalzbergbau sowie den Salinen.

[1]) Kurzfassung wesentlicher Ergebnisse aus Wirtschaft und Statistik, Heft 2, 1968

Tabelle 1

Industrie-Betriebe, Beschäftigte, Umsatz 1960 und 1967 [1])

Beschäftigtengrößenklasse	1960			1967			in v. H. (1960 = 100)		
	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
1 bis 9	40 547	154,8	442,2	44 375	172,5	698,3	*109,4*	*111,4*	*157,9*
10 bis 49	29 067	710,6	1 864,5	33 042	787,8	2 992,5	*113,7*	*110,9*	*160,5*
50 bis 99	9 499	667,0	1 709,5	10 004	700,6	2 599,3	*105,3*	*105,0*	*152,1*
100 bis 199	6 166	861,6	2 293,0	6 500	908,4	3 561,1	*105,4*	*105,4*	*155,3*
200 bis 499	4 521	1 391,0	4 044,7	4 589	1 412,7	6 099,2	*101,5*	*101,6*	*150,8*
500 bis 999	1 508	1 036,8	3 486,4	1 479	1 017,2	5 126,6	*98,1*	*98,1*	*147,0*
1 000 und mehr	1 172	3 224,5	9 983,6	1 100	3 007,7	13 135,7	*93,9*	*93,3*	*131,6*
insgesamt ...	92 480	8 046,3	23 823,9	101 089	8 006,9	34 212,7	*109,3*	*99,5*	*143,6*

Hinweis: Differenzen in den Summen von 0,1 bei Beschäftigten- und Umsatzangaben beruhen auf Abrundungen

[1]) Daten für Beschäftigte jeweils für Ende September, für den Umsatz für Monat September

Quellen: Statistisches Bundesamt, Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland, Reihe 4 Sonderveröffentlichungen, Heft 30, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Betriebsgrößenklassen 1960
Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Industrie und Handwerk, Reihe 4, Sonderbeiträge zur Industriestatistik, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Betriebsgrößenklassen 1967 — Vorabergebnisse

Tabelle 2

Industriebereich	1960			1967			in v. H. (1960 = 100)		
	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
Bergbau ...	807	607,9	929,7	602	368,3	822,9	*74,6*	*60,6*	*88,5*
Grundstoff- und Produktionsgüter-Industrie [2]) ...	23 217	1 771,1	7 342,5	23 619	1 721,2	9 962,6	*101,7*	*97,2*	*135,7*
Investitionsgüterindustrie .	21 088	3 130,0	7 929,8	26 792	3 416,8	11 719,4	*127,0*	*109,2*	*147,8*
Verbrauchsgüterindustrie ..	33 508	2 012,1	4 500,0	37 912	1 955,4	6 565,8	*113,1*	*97,2*	*145,9*
Nahrungs- und Genußmittelindustrie ...	13 860	525,3	3 121,9	12 164	545,1	5 142,0	*87,8*	*103,8*	*164,7*
Industrie insgesamt ...	92 480	8 046,3	23 823,9	101 089	8 006,9	34 212,7	*109,3*	*99,5*	*143,6*

Hinweis: Differenzen in den Summen von 0,1 bei Beschäftigten- und Umsatzangaben beruhen auf Abrundungen

[1]) Daten für Beschäftigte jeweils für Ende September, für den Umsatz für Monat September

[2]) ohne Energiewirtschaft

Quellen: Statistisches Bundesamt, Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland, Reihe 4 Sonderveröffentlichungen, Heft 30, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Betriebsgrößenklassen 1960
Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Industrie und Handwerk, Reihe 4, Sonderbeiträge zur Industriestatistik, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Betriebsgrößenklassen 1967 — Vorabergebnisse

Tabelle 3

Entwicklung des Durchschnittsumsatzes nach Betriebsgrößenklassen [1])

Größenklassen nach der Beschäftigtenzahl gesamte Industrie	∅ Umsatz je Betrieb in 1000 DM 1960	∅ Umsatz je Betrieb in 1000 DM 1967	∅ Umsatz je Betrieb in v. H. 1960 = 100
1 bis 9	10,9	15,7	*144,0*
10 bis 49	64,1	90,6	*141,3*
50 bis 99	180,0	259,8	*144,3*
100 bis 199	371,9	547,9	*147,3*
200 bis 499	894,6	1 329,1	*148,6*
500 bis 999	2 311,9	3 466,3	*149,9*
1 000 und mehr	8 518,4	11 941,5	*140,2*
insgesamt ...	257,6	338,4	*131,4*

[1]) Daten für Beschäftigte jeweils Ende September, für den Umsatz für Monat September

Quellen: Statistisches Bundesamt, Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland, Reihe 4 Sonderveröffentlichungen, Heft 30, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Betriebsgrößenklassen 1960
Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Industrie und Handwerk, Reihe 4, Sonderbeiträge zur Industriestatistik, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Betriebsgrößenklassen 1967 — Vorabergebnisse

Tabelle 4

Größenstruktur nach Industriebereichen im Zeitvergleich nach den Sonderbeiträgen zur Industrieberichterstattung 1960 und 1967 [1])

(1) Bergbau

Beschäftigtengrößenklasse	1960			1967			in v. H.		
	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
							1960 = 100		
1 bis 9	110	0,4	1,1	115	0,5	2,7	*104,5*	*125,0*	*245,5*
10 bis 49	192	5,2	12,2	142	3,8	20,4	*74,0*	*73,1*	*167,2*
50 bis 99	89	6,3	12,9	59	4,0	13,0	*66,3*	*63,5*	*100,8*
100 bis 199	93	13,5	21,9	62	8,1	27,0	*66,7*	*60,0*	*123,3*
200 bis 499	104	33,3	79,9	80	26,5	72,9	*76,9*	*79,6*	*91,2*
500 bis 999	53	36,7	102,5	42	30,1	108,8	*79,2*	*82,0*	*106,1*
1 000 und mehr	166	512,5	699,2	102	295,4	578,1	*61,4*	*57,6*	*82,7*
insgesamt ...	807	607,9	929,7	602	368,3	822,9	*74,6*	*60,6*	*88,5*

Hinweis: Differenzen in den Summen von 0,1 bei Beschäftigten- und Umsatzangaben beruhen auf Abrundungen

[1]) Daten für Beschäftigte jeweils für Ende September, für den Umsatz für Monat September

(2) Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien [2])

Beschäftigtengrößenklasse	1960			1967			in v. H.		
	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
							1960 = 100		
1 bis 9	11 990	42,7	117,2	12 485	47,5	196,8	*104,1*	*111,2*	*167,9*
10 bis 49	7 315	169,6	469,4	7 495	168,0	781,6	*102,5*	*99,1*	*166,5*
50 bis 99	1 690	118,1	352,4	1 514	105,6	470,1	*89,6*	*89,4*	*133,4*
100 bis 199	951	131,4	435,3	870	120,8	612,6	*91,5*	*91,9*	*140,7*
200 bis 499	726	228,4	919,2	732	226,1	1 433,0	*100,8*	*99,0*	*155,9*
500 bis 999	271	188,2	915,8	255	178,6	1 403,1	*94,1*	*94,9*	*153,2*
1 000 und mehr	274	892,7	4 133,2	268	874,7	5 065,4	*97,8*	*98,0*	*122,6*
insgesamt ...	23 217	1 771,1	7 342,5	23 619	1 721,2	9 962,6	*101,7*	*97,2*	*135,7*

[2]) ohne Energiewirtschaft

noch Tabelle 4

(3) Investitionsgüterindustrien

Beschäftigtengrößenklasse	1960			1967			in v. H.		
	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
							1960 = 100		
1 bis 9	6 928	28,3	61,7	9 751	37,5	109,5	*140,7*	*132,5*	*177,5*
10 bis 49	6 365	166,3	347,7	8 299	206,0	583,4	*130,4*	*123,9*	*167,8*
50 bis 99	2 773	197,1	420,3	3 204	227,1	655,3	*115,5*	*115,2*	*155,9*
100 bis 199	2 152	301,2	664,8	2 435	342,8	995,1	*113,2*	*113,8*	*149,7*
200 bis 499	1 714	533,6	1 263,0	1 847	574,3	1 825,9	*107,8*	*107,6*	*144,6*
500 bis 999	628	433,7	1 196,5	695	479,1	1 613,2	*110,7*	*110,5*	*134,8*
1 000 und mehr	528	1 469,8	3 975,8	561	1 549,9	5 937,1	*106,3*	*105,4*	*149,3*
insgesamt ...	21 088	3 130,0	7 929,8	26 792	3 416,8	11 719,4	*127,0*	*109,2*	*147,8*

(4) Verbrauchsgüterindustrien

Beschäftigtengrößenklasse	1960			1967			in v. H.		
	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
							1960 = 100		
1 bis 9	13 632	54,1	102,7	15 787	62,0	183,0	*115,8*	*114,6*	*178,2*
10 bis 49	11 455	281,9	550,8	13 451	323,5	877,6	*117,4*	*114,8*	*159,3*
50 bis 99	3 863	270,8	567,2	4 160	288,9	891,1	*107,7*	*106,7*	*157,1*
100 bis 199	2 346	327,6	713,5	2 479	344,4	1 154,9	*105,7*	*105,1*	*161,9*
200 bis 499	1 598	482,8	1 116,8	1 531	461,4	1 630,0	*95,8*	*95,6*	*146,0*
500 bis 999	446	305,0	692,1	373	252,1	934,0	*83,6*	*82,7*	*135,0*
1 000 und mehr	168	289,9	756,9	131	223,2	895,3	*78,0*	*77,0*	*118,3*
insgesamt ...	33 508	2 012,1	4 500,0	37 912	1 955,4	6 565,8	*113,1*	*97,2*	*145,9*

noch Tabelle 4

(5) Nahrungs- und Genußmittelindustrien

Beschäftigtengrößenklasse	1960			1967			in v. H.		
	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe absolut	Beschäftigte in 1000	Umsatz Millionen DM	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
							1960 = 100		
1 bis 9	7 887	29,3	159,6	6 237	25,1	206,3	*79,1*	*85,7*	*129,3*
10 bis 49	3 740	87,7	484,2	3 655	86,6	729,7	*97,7*	*98,7*	*150,7*
50 bis 99	1 084	74,7	356,7	1 067	75,0	569,8	*98,4*	*100,4*	*159,7*
100 bis 199	624	88,0	457,6	654	92,3	771,6	*104,8*	*104,9*	*168,6*
200 bis 499	379	112,9	665,8	399	124,3	1 137,4	*105,3*	*110,1*	*170,8*
500 bis 999	110	73,3	579,5	114	77,4	1 067,6	*103,6*	*105,6*	*184,2*
1 000 und mehr	36	59,4	418,5	38	64,5	659,7	*105,6*	*108,6*	*157,6*
insgesamt ...	13 860	525,3	3 121,9	12 164	545,1	5 142,0	*87,8*	*103,8*	*164,7*

Tabelle 5a

Wirtschafts- und Größenstruktur der Industriebetriebe 1960 und 1967 [1])

Industriebereich	1960			1967		
	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
	in v. H.			in v. H.		
Bergbau	0,9	7,6	3,9	0,6	4,6	2,4
Grundstoff- und Produktionsgüter-Industrie [2])	25,1	22,0	30,8	23,4	21,5	29,1
Investitionsgüterindustrie	22,8	38,9	33,3	26,5	42,7	34,3
Verbrauchsgüterindustrie	36,2	25,0	18,9	37,5	24,4	19,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	15,0	6,5	13,1	12,0	6,8	15,0
Industrie insgesamt	100	100	100	100	100	100

Tabelle 5b

Beschäftigtengrößenklasse	1960			1967		
	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
	in v. H.			in v. H.		
1 bis 9	43,8	1,9	1,9	43,9	2,2	2,0
10 bis 49	31,4	8,8	7,8	32,7	9,8	8,8
50 bis 99	10,3	8,3	7,2	9,9	8,8	7,6
100 bis 199	6,7	10,7	9,6	6,4	11,3	10,4
200 bis 499	4,9	17,3	17,0	4,5	17,6	17,8
500 bis 999	1,6	12,9	14,6	1,5	12,7	15,0
1 000 und mehr	1,3	40,1	41,9	1,1	37,6	38,4
insgesamt	100	100	100	100	100	100

[1]) Daten für Beschäftigte jeweils Ende September, für den Umsatz für Monat September
[2]) ohne Energiewirtschaft

ABSCHNITT III

Bericht über die Lage und Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe des Groß- und Einzelhandels

Berichtszeitraum: Jahr 1967
Stand: August 1968

Gliederung

Überblick

Auf die Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe des Handels in den Jahren 1966 und 1967 haben konjunkturelle und strukturelle Einflüsse in besonders starkem Maße eingewirkt. Die bereits in früheren Jahren beobachtete Verschärfung des Wettbewerbs hat sich fortgesetzt, insbesondere auf solchen Regionalmärkten, in die neue Vertriebsformen wie z. B. Verbrauchermärkte eingedrungen sind und Fuß zu fassen versuchen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Kooperationsbereitschaft im Einzel- und Großhandel gewachsen.

Die ständig steigende Zahl der Artikel, das Vordringen problemloser Massengüter und die fortschreitende bedarfsorientierte Sortimentsgestaltung bedingen eine Erweiterung der Verkaufsflächen, erfordern einen Ausbau der betrieblichen Organisation und führen zu einer laufenden Veränderung in der Geschäftsausstattung. Lebensfähig sind nur solche Handelsbetriebe, die in bezug auf Umsatz, Verkaufsfläche und innerbetriebliche Organisation gewissen Mindestanforderungen genügen. Die Minderbetriebe [1]) des Handels gehen daher zahlenmäßig zurück. Ihr Anteil am Umsatz ist in 1966 im Einzelhandel auf 2,1 % und im Großhandel auf 0,7 % geschrumpft.

Als Folge des verschärften Wettbewerbs haben die Beschwerden über unlautere und wettbewerbsverzerrende Werbepraktiken zugenommen. Die Forderung nach Verwirklichung des Leistungswettbewerbs wird von mittelständischen Kreisen, die von unlauteren Werbemethoden besonders stark betroffen werden, immer häufiger erhoben.

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung hat den Handel erst Anfang 1968 erreicht. Allerdings scheint sich der konjunkturelle Aufschwung in den einzelnen Vertriebsformen und Branchen unterschiedlich zu vollziehen. Während die Großbetriebe des Einzelhandels nach Pressemitteilungen im 1. Halbjahr 1968 z. T. einen Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr zwischen 3,4 % und 8,2 % (Warenhäuser unter Berücksichtigung der erweiterten Verkaufsfläche +8,2 %, Versandhandel + 5 %, Konsumgenossenschaften u. ä. Organisationen + 3,4 %) melden, konnten die Fachgeschäfte nach einem Betriebsvergleich des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln nur ihren Vorjahresstand erreichen.

I. Die Entwicklung der Umsätze [1])

Die Abschwächung der Konjunktur hatte bereits im Jahre 1966 zu rückläufigen Zuwachsraten des Umsatzes im Einzel- und Großhandel geführt. Diese Entwicklung setzte sich im Jahre 1967 weiter fort.

1. Gesamtentwicklung

Während im Jahre 1966 der *Einzelhandelsumsatz* gegenüber 1965 noch eine Zunahme um 5,3 v. H. aufwies, schrumpfte diese Zuwachsrate 1967 auf 1,2 v. H. zusammen; die Umsatzentwicklung war somit im Durchschnitt weitgehend durch eine Stagnation gekennzeichnet. Im ersten Halbjahr 1968 hat sich die Umsatzentwicklung im Einzelhandel wieder verbessert. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erhöhte sich der Umsatz um 2,4 %.

Im *Großhandel* hatte ebenfalls die Konjunkturabschwächung bereits im Jahre 1966 gegenüber 1965 zu einer nicht unerheblichen Verlangsamung des Wachstumstempos der Umsätze geführt; Zuwachsraten des Umsatzes 1965 zu 1964 7,0 v. H. und 1966 zu 1965 2,3 v. H. Diese rückläufige Tendenz setzte sich im Jahre 1967 fort und bewirkte, daß die absoluten Umsätze gegenüber 1966 insgesamt um 0,7 v. H. zurückgingen. Das konjunkturelle Tief hat der Großhandel inzwischen überwunden. Das Statistische Bundesamt ermittelte für den gesamten Großhandel im 1. Halbjahr 1968 eine Umsatzsteigerung von 7,9 % gegenüber dem 1. Halbjahr 1967.

2. Die Umsatzentwicklung in den Branchen

Die Umsatzentwicklung in den einzelnen *Branchen des Einzelhandels* verlief unterschiedlich. Keine Branche konnte in 1967 die Zuwachsraten des Vorjahres erreichen. Die höchste Jahreswachstumsrate (+ 7,3 v. H.) hat der Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und ähnlichen Erzeugnissen erzielt. Relativ günstig gestaltete sich die Geschäftsentwicklung (+ 4,8 v. H.) im Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen. Der Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandel weist 1967 gegenüber 1966 ein Umsatzplus von 3 v. H. und damit eine doppelt so hohe Wachstumsrate wie der Einzelhandel insgesamt auf.

Wenig günstig war das Jahresergebnis im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (— 5,9 v. H.), mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen und Uhren (— 2,1 v. H.) sowie mit Bekleidung, Wäsche, Schuhe (— 1,7 v. H.).

Betrachtet man die einzelnen *Fachbereiche des Großhandels,* so ergibt sich wiederum ein differenziertes Bild. Die größten Umsatzeinbußen mußte der Großhandel mit sonstigen Fertigwaren (— 4,5 v. H.) sowie mit Textilwaren, Heimtextilien und Schuhen (— 3,6 v. H.) hinnehmen. In etwa gleichem Ausmaß wurde der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren (— 2,6 v. H.) und mit Getreide, Futter- und Düngemittel (— 2,3 v. H.) vom Konjunkturrückgang betroffen. Ein günstiges Jahresergebnis hat der Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln (+ 5,3 v. H.) erzielt.

II. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen

Insgesamt gesehen hat sich die Zahl der im Einzelhandel tätigen Personen 1967 gegenüber 1966 kaum verändert (— 1,0 v. H.). Während die Zahl der Vollbeschäftigten, deren Anteil sich auf rd. 83 v. H. beläuft, einen leichten Rückgang aufwies (— 1,4 v. H.), stieg die Zahl der Teilbeschäftigten um 1,6 v. H. an. Verglichen mit 1962, dem Basisjahr der Einzelhandelsberichterstattung, stellte sich die Gesamtzahl der Beschäftigten 1967 um rd. 2,3 v. H. höher, wobei die

[1]) Einzelhandel = Unternehmen mit Umsätzen von 12 500 bis 50 000 DM im Jahr
Großhandel = Unternehmen mit Umsätzen von 12 500 bis 100 000 DM im Jahr

[1]) In Ermangelung neuerer Zahlen bleibt die Handelsvermittlung bei der Fortschreibung unberücksichtigt.

Anzahl der Vollbeschäftigten um 2,2 v. H. abgenommen und die der Teilbeschäftigten um 31,7 v. H. zugenommen hat.

Im Großhandel ist die Gesamtzahl der beschäftigten Personen 1967 gegenüber 1966 um 1,9 v. H. zurückgegangen. Besonders ausgeprägt war die Abnahme in den nachstehenden drei Fachbereichen: Großhandel mit Textilien, Heimtextilien und Schuhen — 4,2 v. H.; Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren — 3,3 v. H.; Großhandel mit sonstigen Fertigwaren — 2,3 v. H.

III. Die Entwicklung der Kosten- und Ertragslage

Für den *Einzelhandel* liegen hierzu Zahlen vor aufgrund der Betriebsvergleiche, die vom Institut für Handelsforschung an der Universität zu Köln durchgeführt werden. Für die Beurteilung der Ergebnisse ist zu beachten, daß nur Einzelhandelsfachgeschäfte Teilnehmer an diesem Betriebsvergleich sind; nicht berücksichtigt sind die Großbetriebsformen des Einzelhandels, wie Warenhäuser, Filialbetriebe und Versandgeschäfte sowie Discounter und Verbrauchermärkte.

Zur Beurteilung der Ertragslage werden die Betriebshandelsspannen den Kostenbelastungen gegenübergestellt, wobei die Vergleichswerte jeweils in v. H. des Absatzes gemessen werden. Im Durchschnitt der erfaßten Einzelhandelsfachgeschäfte ergab sich 1966 eine Betriebshandelsspanne von 27,8 v. H. Die Gesamtkostenbelastung betrug 1966 26,8 v. H., so daß das betriebswirtschaftliche Betriebsergebnis 1 v. H. beträgt. Verglichen mit 1964 (2,3 v. H.) und 1965 (1,8 v. H.) hat es sich nicht unerheblich verringert.

Ein ähnliches Bild bietet das steuerliche Betriebsergebnis, bei dem Unternehmerlohn und die Zinsen für Eigenkapital nicht als Kosten berücksichtigt sind. Es belief sich 1966 auf 6,8 v. H. des Absatzes, während es 1964 noch bei 7,3 v. H. und 1965 bei 7,2 v. H. lag.

Die Verschlechterung der Ertragslage im Jahre 1966 ist bei im wesentlichen unveränderten Handelsspannen auf eine wachsende Kostenbelastung zurückzuführen. Der Kostendruck hat sich erhöht, obwohl der Absatz je beschäftigte Person und auch der Absatz je qm 1966 gegenüber 1965 verbessert werden konnten.

Die Ergebnisse des Betriebsvergleichs im *Großhandel* wurden bisher nicht veröffentlicht.

IV. Insolvenzen im Handel

Die konjunkturelle Abschwächung führte vornehmlich zu Schwierigkeiten für kleine und mittlere Unternehmen des Handels. Ein Anzeichen für die Gefährdung dieser Unternehmen durch die Rezession ist das Anwachsen der Insolvenzen schon im Jahr 1966.

Großunternehmen dürften von den Konkursen bzw. Vergleichen nicht betroffen worden sein. Nach den Ergebnissen einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung liegt die Hauptursache für Insolvenzen in unternehmerischen Fehlentscheidungen. Ein plötzliches Ansteigen solcher Fehlleistungen, zumal bei allgemeiner Stagnation, deutet in der Regel auf konjunkturbedingte Ursachen hin.

Insolvenzen (Konkurse und Vergleiche) im Handel in den Jahren 1965 bis 1967 [1]

Jahr	Großhandel		Einzelhandel	
	Anzahl	Insolvenzhäufigkeit [2]	Anzahl	Insolvenzhäufigkeit [2]
1965	350	2,68	362	0,82
1966	413	3,25	412	0,96
1967	439	3,46	469	1,09

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt

[2] Insolvenzhäufigkeit = Zahl der Insolvenzen pro 1000 Unternehmen

Bei einer Betrachtung der Insolvenzen nach Branchen des Einzelhandels fällt auf, daß die weitaus umsatzstärkste Gruppe im Einzelhandel, der Nahrungs- und Genußmittel-Einzelhandel (fast ein Drittel Anteil am Gesamteinzelhandelsumsatz), in der Reihe der Insolvenzen 1965 und 1966 an dritter und 1967 sogar erst an fünfter Stelle liegt. Die Spitze halten in den Jahren 1965 bis 1967 die Branche Eisenwaren, Hausrat und Wohnbedarf sowie die Branche Bekleidung, Wäsche, Schuhe.

V. Die Entwicklung der Betriebsgrößen und Vertriebsformen

Die neben den konjunkturellen Einflüssen wirkenden strukturellen Kräfte werden bei einer Betrachtung der Umsatzentwicklung nach Betriebsgrößen und Vertriebsformen in ihrer Tendenz erkennbar.

1. Die Entwicklung der Betriebsgrößen

In der Anlage ist das Resultat der Umsatzsteuerstatistiken 1962, 1964 und 1966 wiedergegeben. Die Erhebungsergebnisse umfassen den gesamten als steuerbar veranschlagten Umsatz der Groß- und Einzelhandlungen. Es handelt sich dabei allerdings nur um den institutionellen und nicht um den funktionellen Umsatz; die Zuordnung der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmungen zu den Wirtschaftsbereichen (z. B. Handel, Handwerk) als auch zum Groß- oder Einzelhandel geschieht nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit. Ferner ist zu beachten, daß die Umsatzsteuerstatistik nur Unternehmen ab 12 500 DM Jahresumsatz erfaßt.

Während 1962 und 1964 im *Einzelhandel* die Umsatzgrößenklasse 12 500 DM bis 100 000 DM am stärksten belegt war (Anteil an der Gesamtzahl der erfaßten Betriebe 53,9 v. H. bzw. 49,8 v. H.), wird 1966 dieser Platz von der Umsatzgrößenklasse 100 000 DM bis 1 Million DM eingenommen (51,8 v. H.). Faßt man die beiden unteren Größenklassen zusammen, d. h. alle Betriebe mit Umsätzen von 12 500 DM bis 1 Million DM, so entfallen hierauf 1966 97 v. H. aller Betriebe.

Im *Großhandel* zeigt sich ein ähnliches Bild. In allen drei Vergleichsjahren ist die Umsatzgrößenklasse 12 500 DM bis 250 000 DM am stärksten belegt, wobei allerdings auch hier eine rückläufige Tendenz zu

verzeichnen ist (Anteil an der Gesamtzahl der erfaßten Betriebe 1962 = 49,2 v. H., 1966 = 44,9 v. H.). Demgegenüber ist der Anteil der Umsatzgrößenklasse 250 000 DM bis 2 Millionen DM an der Gesamtzahl der erfaßten Betriebe im Vergleichszeitraum gewachsen, nämlich von 40,0 v. H. (1962) auf 41,4 v. H. (1966). Auf die beiden unteren Umsatzgrößenklassen zusammen (12 500 DM bis 2 Millionen DM Jahresumsatz) entfallen 1966 = 86,3 v. H.; 1962 betrug dieser Anteil 89,2 v. H.

Der Umsatzanteil der jeweils niedrigsten Umsatzgrößenklasse ist gering. Er lag im Einzelhandel 1966 bei 7,1 v. H. (1962 = 11,4 v. H.) und im Großhandel bei 2,5 v. H. (1962 = 3,5 v. H.). Während im Einzelhandel die folgende Umsatzgrößenklasse (100 000 DM bis 1 Million DM) mit 42,0 v. H. 1966 den größten Umsatzanteil ausweist, wird dieser Platz im Großhandel von der obersten Umsatzgrößenklasse (25 Millionen DM und mehr) mit 43,6 v. H. Umsatzanteil (1966) belegt.

Allgemein ist festzustellen, daß von 1962 bis 1966 im großen und ganzen auf beiden Handelsstufen die Umsatzanteile der beiden unteren Umsatzgrößenklassen zurückgegangen, in den beiden oberen dagegen gestiegen sind. Diese Entwicklung ist zum großen Teil eine Folge der unterschiedlichen Wachstumsraten in den einzelnen Betriebsgrößenklassen.

Jahresumsatz	Umsatzzuwachs gegenüber dem Vorjahr v. H. 1966	1967
Einzelhandel		
bis 100 000 DM	— 4,3	— 5,6
von 100 000 DM bis 2 Millionen DM	+ 4,4	+ 0,4
über 2 Millionen DM	+ 8,1	+ 2,7
Großhandel		
bis 1 Million DM	— 8,3	— 8,2
von 1 Million DM bis 5 Millionen DM	— 0,1	— 4,4
über 5 Millionen DM	+ 5,5	+ 0

Die Daten der Jahre 1966 und 1967 stimmen in ihrer Tendenz mit der Entwicklung in den vorhergehenden Jahren überein und zeigen, daß im allgemeinen die Zuwachsraten mit wachsender Betriebsgröße höher sind. In der Globalbetrachtung weisen nur die Betriebe der höchsten Größenklasse (d. s. im Einzelhandel weniger als 3 % aller Einzelhandelsunternehmen und im Großhandel noch keine 10 % aller Großhandelsunternehmen) ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum auf.

Allerdings trifft dieses Ergebnis nicht in jedem Falle zu. So war im Rezessionsjahr 1967 beim Rundfunk- und Fernseheinzelhandel und beim Büromöbel- und Büromaschineneinzelhandel die Umsatzentwicklung der kleineren Betriebe besser als die der Betriebe, die mehr als 100 000 DM Jahresumsatz haben. Ob diese günstige Entwicklung der kleineren Einzelhandelsunternehmen vorgenannter Branchen das Ergebnis gesteigerter Kooperationsmaßnahmen in den vergangenen Jahren ist, läßt sich anhand des zur Verfügung stehenden statistischen Materials nicht belegen.

2. Die Entwicklung der Vertriebsformen

Die Feststellung, daß die Entwicklung der Großbetriebe — global gesehen — günstiger als die der mittelständischen Betriebe verlaufen ist, wird durch eine Beobachtung der einzelnen Vertriebsformen in den vergangenen Jahren bestätigt. Während im Einzelhandel die Warenhaus- und Filialunternehmen ihren Marktanteil in 1967 gegenüber 1966 von 9,6 % auf 9,8 % und von 11,4 % auf 11,8 % steigern konnten, der Versandhandel und die Konsumgenossenschaften sich behaupteten, verminderte sich der Marktanteil des übrigen Facheinzelhandels von 71,7 % auf 71,1 %.

Marktanteil in v. H.

	1962	1965	1966	1967
Warenhäuser	8,4	9,3	9,6	9,8
Versandhandel	3,6	4,2	4,3	4,3
Konsumgenossenschaften	3,2	3,0	3,0	3,0
Filialunternehmen	10,3	11,1	11,4	11,8
übriger Facheinzelhandel	74,5	72,4	71,7	71,1
	100,0	100,0	100,0	100,0

Dementsprechend lagen auch die durchschnittlichen Umsatzzuwachsraten des Facheinzelhandels unter denen der übrigen Vertriebsformen, mit Ausnahme der der Konsumgenossenschaften, deren Zuwachsrate erstmals im Jahre 1967 die des Facheinzelhandels übertraf.

Veränderung der Einzelhandelsumsätze gegenüber dem Vorjahr in v. H.

	1963	1965	1966	1967
Warenhäuser	+ 7,7	+ 14,9	+ 8,3	+ 3,7
Versandhandel	+ 8,7	+ 19,2	+ 9,1	+ 1,2
Konsumgenossenschaften	+ 2,0	+ 7,1	+ 3,4	+ 2,3
Filialunternehmen	+ 4,8	+ 15,2	+ 9,0	+ 4,3
übriger Fach-Einzelhandel	+ 4,6	+ 8,3	+ 4,1	+ 0,3
Einzelhandel insgesamt	+ 4,9	+ 10,0	+ 5,3	+ 1,2

Die beiden unterschiedlichen *Vertriebsformen des Großhandels* sind der einzelwirtschaftlich und der genossenschaftlich organisierte Großhandel. In den Bereichen des Großhandels, in denen auch die genossenschaftliche Vertriebsform vertreten ist, wird in der amtlichen Statistik die Umsatzentwicklung beider Vertriebsformen gesondert ausgewiesen. Nach den dort gemachten Angaben hat sich der Großhandelsumsatz wie folgt entwickelt.

Veränderung der Großhandelsumsätze gegenüber dem Vorjahr in v. H.

Großhandel mit	einzelwirtschaftlicher Großhandel	genossenschaftlicher Großhandel	Großhandel gesamt
Getreide- und Futtermittel			
1965	+ 8	+ 11	+ 9
1966	+ 5	+ 6	+ 5
1967	− 6	0	− 3
Nahrungs- und Genußmittel verschiedener Art			
1965	+ 13	+ 14	+ 13
1966	+ 8	+ 8	+ 8
1967	+ 8	+ 8	+ 8
Obst, Gemüse, Gewürze			
1965	+ 16	+ 7	+ 16
1966	+ 1	− 15	− 0
1967	− 1	− 7	− 1
Milcherzeugnisse und Fettwaren			
1965	+ 40	+ 15	+ 13
1966	+ 0	+ 3	+ 1
1967	+ 10	+ 24	+ 14
Textilwaren verschiedener Art			
1965	+ 11	+ 14	+ 12
1966	+ 1	+ 8	+ 2
1967	− 4	− 2	− 4
Metall- und Kunststoffwaren			
1965	+ 9	+ 10	+ 9
1966	+ 1	+ 8	+ 1
1967	− 7	− 6	− 7

Die Gegenüberstellung zeigt, daß der genossenschaftliche Großhandel — mit Ausnahme bei Obst und Gemüse — höhere Zuwachsraten des Umsatzes aufweist als der einzelwirtschaftliche Großhandel. Bei Milcherzeugnissen und Fettwaren haben sich die Verhältnisse beachtlich verändert. Während in 1965 die Zuwachsrate des einzelwirtschaftlichen Großhandels (+ 40) erheblich über der des genossenschaftlichen (+ 15) lag, überstieg in 1967 der Umsatzzuwachs der Genossenschaften (+ 24) den des einzelwirtschaftlichen Großhandels (+ 10). Sofern dieser Trend der letzten Jahre auch in der Folgezeit bestehenbleibt, dürfte der genossenschaftliche Großhandel in bedeutenden Sektoren des Handels seinen Marktanteil zu Lasten des einzelwirtschaftlichen Großhandels ausbauen. Diese Entwicklung würde sogar noch beschleunigt, wenn die z. Z. zur Diskussion stehenden Erzeugergemeinschaften zur vermehrten Gründung genossenschaftlicher Großhandlungen führen sollten.

In den amtlichen Statistiken sind wirtschaftliche Daten über die *Verbrauchermärkte* bisher nicht gesondert erfaßt worden. Verbrauchermärkte sind in der Umsatzsteuerstatistik entweder dem Großhandel oder dem sonstigen Facheinzelhandel zugeordnet. Einblick in die Entwicklung dieser neuen, den mittelständischen Handel beunruhigenden Vertriebsform können z. Z. nur von privater Seite durchgeführte Untersuchungen geben. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß diese Untersuchungen, was Anzahl, Verkaufsfläche und Umsatz betrifft, z. T. beachtliche Unterschiede aufweisen. Die Ursache dürfte vor allem darin liegen, daß bisher noch keine allgemein anerkannte Begriffsbestimmung vorliegt.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat in ihrer Untersuchung 278 Verbrauchermärkte erfaßt, von denen jedoch nur 71 Unternehmen eine Verkaufsfläche von je 3000 m² und mehr aufweisen. Nach der Erhebung der A. C. Nielsen Company über Verbrauchermärkte gab es Anfang 1968 112 Verbrauchermärkte mit warenhausähnlichem Sortiment — einschließlich Lebensmittelvollsortiment — in Selbstbedienung. In diese Erhebung wurden nur Betriebe einbezogen, die eine Verkaufsfläche von mindestens 1000 m² haben.

Aus dem Bericht der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels geht hervor, daß in 1967 die Zahl der Verbrauchermärkte stürmisch angewachsen ist.

Verkaufsflächen

Größenklasse	Jahr der Errichtung		
	bis 1965	1966	1967
bis 1 000 m²	15	13	30
von 1 000 bis 3 000 m²	29	17	63
über 3 000 m²	15	14	33
	59	44	126

Wenn diese Daten — wie in dem Bericht hervorgehoben wird — auch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, so geben sie doch einen Eindruck von dem Ausmaß der strukturellen Veränderungen. Vermutlich hat die Verbrauchermarktwelle ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, denn z. Z. gibt es noch Gebiete, in denen die Verbrauchermärkte nur eine unbedeutende Rolle spielen.

Die Verbrauchermärkte werden sowohl von den Warenhäusern als auch vom mittelständischen Einzelhandel als ernst zu nehmende Konkurrenten angesehen. So heißt es im Geschäftsbericht 1967 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe „Es ist unverkennbar, daß das Aufkommen der Verbrauchermärkte die Wettbewerbssituation im Einzelhandel weiter verschärft hat". Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels macht in ihrem 20. Arbeitsbericht für das Jahr 1967 darauf aufmerksam, daß „Verbrauchermärkte mit einer Verkaufsfläche von 400 bis unter 1000 m², die ihren Standort fast ausschließlich im Kerngebiet bzw. Randgebiet einer Gemeinde haben (47 bzw. 51 %) und ein branchenspezifisches Sortiment, in erster Linie Nahrungs- und Genußmittel, anbieten (71 %)" in unmittelbare Konkurrenz mit den umliegenden traditionellen Einzelhandelsgeschäften (Nachbarschaftsgeschäften) treten.

Die nach den Verbrauchermärkten abwandernde Kaufkraft versuchen die herkömmlichen Vertriebsformen aufzufangen. Ein Kaufhausunternehmen hat neben dem bisherigen Kaufhaustyp eine neue Art von Klein-Kaufhaus geschaffen, das lagemäßig — Stadtrandlage — und sortimentmäßig auf die Konkurrenz der Verbrauchermärkte ausgerichtet ist. Auch Einkaufsgenossenschaften und freiwillige Ketten sowie Filialunternehmen und Versandhandel zählen heute — meist gezwungenermaßen — zum Kreis der Verbrauchermarktgründer. Diese Reaktionen zeigen, daß weite Kreise des Handels die neue Vertriebsform nicht unbesehen ablehnen und bekämpfen, sondern — das gilt auch für den mittelständischen traditionellen Fachhandel — versuchen, sich an den Verbrauchermärkten zu beteiligen.

Die Verbrauchermarktwelle hat das in den letzten Jahren so akute Problem des direkt verkaufenden Großhandels, insbesondere der an private Endverbraucher verkaufenden Cash- and Carry-Betriebe, etwas in den Hintergrund treten lassen. Der Grund dafür dürfte sein, daß viele der überwiegend an Endverbraucher verkaufenden Großhandlungen dazu übergegangen sind, nunmehr ihr Unternehmen in Form eines Verbrauchermarktes weiterzuführen. Insoweit kommen die Verbrauchermärkte dem Bemühen um eine funktionelle Ausrichtung des Einzel- und Großhandels entgegen. Auch das Problem der Einkaufszentren ist in den Hintergrund getreten.

Die fast explosive Entwicklung der Verbrauchermärkte im letzten Jahr hat vor allem im mittelständischen Einzelhandel die Befürchtung laut werden lassen, „daß in der Form von Verbrauchermärkten (Über-)Kapazitäten geschaffen werden, für die eine volkswirtschaftliche Nachfrage nicht besteht, die jedoch die in die Milliarden-DM-Beträge gehenden Investitionen von Einzelhandelskaufleuten in neugeordneten Stadtkernen, insbesondere aber in Einkaufszentren neuer Wohngebiete zum Teil kurzfristig entwerten können" (Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels). Diese Sorge ist nicht unbegründet. Allerdings besteht dieses Risiko nicht nur für Investitionen des traditionellen Fachhandels, sondern es muß angenommen werden, daß auch innerhalb der Vertriebsform „Verbrauchermärkte" Fehlinvestitionen vorgenommen werden. Die Situation könnte sich erheblich verschärfen, wenn Bergbau- oder dem Bergbau nahestehende Unternehmen in größerem Ausmaß erwägen sollten, eine Sanierung des Bergbaus u. a. dadurch zu verwirklichen, daß sie umfangreiche Mittel für die Errichtung von Verbrauchermärkten bereitstellen.

VI. Die Wettbewerbslage

Für die gegenwärtige Lage und die künftige Entwicklung der kleinen und mittleren Handelsunternehmen kommt der Durchsetzung des Leistungswettbewerbs immer größere Bedeutung zu. Einem verschärften Wettbewerb sind viele leistungsfähige mittelständische Handelsbetriebe auf die Dauer nur gewachsen, wenn der Wettbewerb von den Grundsätzen einer lauteren und leistungsorientierten Werbung beherrscht wird und wenn Wettbewerbsverzerrungen beseitigt und vermieden werden. Daher wurde die Einführung der Mehrwertsteuer vom mittelständischen Handel durchweg begrüßt. Es ist sicher — auch wenn sich die Auswirkungen statistisch nicht sichtbar machen lassen —, daß die wettbewerbsneutrale Gestaltung der Umsatzbesteuerung die Lage des mittelständischen Handels positiv beeinflußt.

Als eine starke Beeinträchtigung des Leistungswettbewerbs werden z. B. die Lockvogelwerbung, die Preisdiskriminierung, der Kaufscheinhandel, die Werbung mit dem Großhandels- oder Fabrikabgabe-Preis und der Mißbrauch des Großhandelsfunktionsrabattes angesehen.

Bereits im Jahre 1965 begann daher eine Überprüfung der Wettbewerbsverhältnisse im Handel. In einer gesonderten Arbeitsgruppe, der Arbeitsgruppe „Leistungswettbewerb", konnten in Gesprächen zwischen den Spitzenverbänden der Wirtschaft, insbesondere des Handels, mit den Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft wichtige wettbewerbsverzerrende Tatbestände herausgeschält werden. Über die zentralen Probleme — wettbewerbsverzerrende Preisunterbietungen (Lockvogel-Werbung) und wettbewerbsverzerrende Preisdifferenzierungen (Preisdiskriminierungen) — war die Arbeitsgruppe noch zu keinem abschließenden Vorschlag gekommen, als Abgeordnete des Deutschen Bundestages einen Antrag auf Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wetbewerb einbrachten. Die Probleme, wie der Wettbewerb in der Praxis lauterer und leistungsorientierter gestaltet werden kann, sind damit Gegenstand der gesetzgebenden Institution geworden.

Die bisherigen paralmentarischen Beratungen und außerparlamentarischen Diskussionen lassen die Schwierigkeiten erkennen, die einer Lösung der

Probleme durch gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Die Frage, ob eine gesetzliche Fixierung einiger von der Rechtsprechung im Laufe der Zeit entwickelten Praktiken zur Beseitigung der gegenwärtigen Wettbewerbsverzerrungen ausreicht, ist noch nicht beantwortet.

Außer dem Antrag auf Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ist für die zukünftige Entwicklung des Wettbewerbs im Handel der vom Bundesministerium für Wirtschaft erstellte Entwurf zur Änderung des Kartellgesetzes bedeutsam.

Während im Handel ein Verbot der Preisbindung auf Ablehnung stößt und die Auffassungen über die Zulassung von Preisempfehlungen geteilt sind, wird eine Erweiterung des Anwendungsbereichs für Wettbewerbsregeln begrüßt.

Beide gesetzliche Vorhaben sind für die mittelständischen Handelsunternehmen von großer Bedeutung, denn nicht zuletzt von der Novellierung dieser Gesetze wird es abhängen, wie sich der Wettbewerb im Handel in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln wird.

Anlage

Zahl der Unternehmen und Umsätze nach Umsatzgrößenklassen [1])

Einzelhandel

Umsatzgrößenklasse von ... bis unter ... DM	Anzahl der Unternehmen in v. H.					Umsatzanteile in v. H.				
	1962	1964	1966	Veränderungen		1962	1964	1966	Veränderungen	
				1964 zu 1962	1966 zu 1964				1964 zu 1962	1966 zu 1964
12 500 [2]) bis 100 000	53,9	49,8	45,2	−4,1	−4,6	11,4	9,3	7,1	−2,1	−2,2
100 000 bis 1 Million	44,0	47,8	51,8	+3,8	+4,0	44,1	43,4	42,0	−0,7	−1,4
1 Million bis 10 Millionen ..	2,0	2,3	2,9	+0,3	+0,6	18,9	19,6	20,6	+0,7	+1,0
10 Millionen und mehr	0,1	0,1	0,1	±0	±0	25,6	27,7	30,3	+2,1	+2,6
	100	100	100			100	100	100		

Großhandel

Umsatzgrößenklasse von ... bis unter ... DM	Anzahl der Unternehmen in v. H.					Umsatzanteile in v. H.				
	1962	1964	1966	Veränderungen		1962	1964	1966	Veränderungen	
				1964 zu 1962	1966 zu 1964				1964 zu 1962	1966 zu 1964
12 500 bis 250 000	49,2	47,3	44,9	−1,9	−2,4	3,5	3,0	2,5	−0,5	−0,5
250 000 bis 2 Millionen	40,0	40,7	41,4	+0,7	+0,7	19,9	18,4	16,4	−1,5	−2,0
2 Millionen bis 25 Millionen	10,3	11,3	12,8	+1,0	+1,5	37,6	38,0	37,5	+0,4	−0,5
25 Millionen und mehr	0,5	0,7	0,9	+0,2	+0,2	39,0	40,6	43,6	+1,6	+3,0
	100	100	100			100	100	100		

[1]) vgl. „Die Betriebsgrößen im Groß- und Einzelhandel", in Mitteilungen des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln, Heft Nr. 1/1968

[2]) für 1966 DM 12 000 bis DM 100 000

ABSCHNITT IV

Bericht über die Lage und Entwicklung des Hotel- und Gaststättengewerbes

Berichtszeitraum: 1966 bis Juni 1968

Stand: August 1968

G l i e d e r u n g

I. Wichtige Ergebnisse in Stichworten

In dem überwiegend durch die Tätigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmten Hotel- und Gaststättengewerbe waren bis 1966 steigende Umsätze, aber auch mehr Unternehmen festzustellen. Das Jahr 1967 erbrachte nur noch eine geringe Umsatzzunahme (+0,9 %), im Jahre 1968 (bis Juni) stagnierten die Umsätze (—0,3 %); infolge höherer Preise als 1966 ergab sich eine geringe Abnahme des Mengenumsatzes. Auch die expansive Entwicklung des Urlaubs- und Erholungsreiseverkehrs bis 1967 fand keinen nennenswerten Niederschlag in Mehrumsätzen des Gewerbes. Über 20 % der Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe, 25 % der Betriebe nicht einzige Erwerbsquelle. Lieferantenbindungen, insbesondere Ausschließlichkeitsverträge bei Bierlieferungen, sind sehr verbreitet. Bei konstanter Gesamtbeschäftigtenzahl seit 1965 nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten erheblich zu.

II. Lage und Entwicklung im Hotel- und Gaststättengewerbe [1])

1. Umsatzentwicklung allgemein

Das Hotel- und Gaststättengewerbe hatte 1966 nach der Umsatzsteuerstatistik insgesamt einen Umsatz von 20,4 Mrd. DM. Im Jahre 1967 stieg der Umsatz durchschnittlich um 0,9 % (Beherbergungsgewerbe +1,4 %, Gaststättengewerbe +0,8 %). Bis Juni 1968 stagnierte der Umsatz (durchschnittlich −0,3 %; Beherbergungsgewerbe +0,4 %, Gaststättengewerbe −0,6 %). Von 1964 bis 1966 betrug die Zuwachsrate des Umsatzes im Gastgewerbe durchschnittlich 14 %; in der gleichen Zeit stieg die Zahl der von der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Unternehmen um 3,6 %. Preissteigerungen konnten bei den Umsatzzunahmen nicht eliminiert werden, obwohl sie eine zu beachtende Rolle spielen.

1967 wurde nur noch eine Umsatzzunahme von durchschnittlich 0,9 % erzielt, bei Umsatzverlusten in Bahnhofswirtschaften (−3,6 %) und herausragenden Umsatzzunahmen in den meist kleineren Fremdenheimen und Pensionen (+5,3 %).

Mit dem Übergang zur Mehrwertsteuer traten im Jahre 1968 z. T. erhebliche Umsatzeinbußen ein; das Gewerbe hatte seine Preise spürbar erhöht. Bis Juni 1968 konnten die Umsätze von 1967 nahezu wieder erreicht werden.

2. Umsatzentwicklung in den unteren Umsatzgrößenklassen

92,5 % aller Unternehmen des Hotel- und Gaststättengewerbes haben Jahresumsätze unter 250 000 DM. Die Zahl der Hotel- und Gaststättenunternehmen mit Jahresumsätzen bis zu 250 000 DM hat von 1962 bis 1964 um 15 % und von 1964 bis 1966 um weitere 2,3 % zugenommen; die Umsatzsteigerung betrug von 1962 bis 1964 nur 4,3 %, von 1964 bis 1966 jedoch 7,6 %. Der durchschnittliche Jahresumsatz je Unternehmen in diesem Größenbereich war somit 1964 geringer als 1962. Welche Rolle hierbei das Aufrücken von Unternehmen in höhere Umsatzgrößenklassen oder der Neuzugang von Unternehmen spielen, ist statistisch nicht festzustellen.

3. Umsätze im Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr

Die expansive Entwicklung des Urlaubs- und Erholungsreiseverkehrs schlägt sich nur in geringem Umfang in Mehrumsätzen des Hotel- und Gaststättengewerbes nieder. Als Ursachen sind zu nennen:

— Nahezu volle Kapazitätsauslastung in den Erholungsgebieten während der Hauptreisezeit,
— ungünstige Schulferienregelungen und damit zusammenhängende Betriebsferien,
— Ausweitung bei den komplementären Beherbergungsarten (private Quartiere, Camping u. ä.),
— Auslandsreisen.

1967 hat der Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr ins Ausland nicht mehr zugenommen. Der Inlandsreiseverkehr kam mehr als in früheren Jahren den Campingplätzen zugute (+23,8 %). Auch Verwandtenbesuche dürften wieder eine größere Bedeutung erlangt haben. Die Urlauber neigten allgemein zu einer gewissen Einschränkung ihrer Ausgaben.

4. Beschäftigte

Der im Hotel- und Gaststättengewerbe seit Jahren herrschende Personalmangel, der auch durch ausländische Arbeitnehmer nicht behoben werden konnte, hat schon seit längerer Zeit zu nahezu konstanten Beschäftigtenzahlen geführt. Seit zwei Jahren ist der Index der Gesamtbeschäftigtenzahl in allen Zweigen des Hotel- und Gaststättengewerbes fast unverändert (1967 = 101 % von 1962).

Zugleich ist jedoch die Zahl der Dauerbeschäftigten zurückgegangen, die der Teilzeitbeschäftigten stark angestiegen (seit 1962 um rd. 40 %).

5. Ertragslage und Betriebsergebnisse

Anzeichen deuten darauf hin, daß die Preisanhebungen im Hotel- und Gaststättengewerbe seit 1964 zu einer leichten Besserung der Ertragslage und damit der Betriebsergebnisse geführt haben. Repräsentative Untersuchungen hierüber stehen jedoch nicht zur Verfügung. Die Entwicklung im Jahre 1967 war konjunkturbedingt weniger günstig.

6. Anteil der Unternehmen mit anderen Einkunftsarten

Der Anteil gastgewerblicher Unternehmen, die im Nebenerwerb betrieben werden, ist mit über 20 % relativ hoch. Weitere 25 % aller Hotel- und Gaststättenunternehmen haben neben dem Betriebseinkommen noch andere Einkommensquellen. Besonders hoch ist der Anteil dieser beiden Gruppen bei den kleineren und mittleren Unternehmen. Die Handels- und Gaststättenzählung 1960 gibt nähere Aufschlüsse, erfaßt jedoch nicht die häufigen Fälle des Nebenerwerbs in der Landwirtschaft und aus unselbständiger Arbeit. Die Handels- und Gaststättenzählung 1968 wird neue Erkenntnisse ermöglichen.

7. Lieferantenbindungen

Das Bestehen von Lieferantenbindungen (vor allem Ausschließlichkeitsverträge für die Bierlieferung) ist insbesondere bei Gaststätten häufig, wurde bisher jedoch statistisch nicht erfaßt. Eine Erhebung darüber ist erstmals in der Handels- und Gaststättenzählung 1968 vorgesehen. Der Anteil der Unternehmen mit Lieferantenbindung wird auf rd. 80 % aller Unternehmen geschätzt.

---

[1]) Ausgewertet wurden die Handels- und Gaststättenzählung 1960 (ohne Vergleichsmöglichkeiten für frühere oder spätere Zeiträume), die Kostenstrukturstatistiken 1961 und 1965, die Umsatzsteuerstatistiken 1962, 1964 und 1966, die Umsatzschnellberichte, die Meßzahlen zur Entwicklung der Umsätze und der Beschäftigtenzahl und die Fremdenverkehrsstatistik bis einschließlich Juni 1968. In allen genannten Fällen handelt es sich um amtliche Statistiken des Statistischen Bundesamtes. Für die aktuelle Berichterstattung (1967/68) wurden auch andere Informationen verwendet.

ABSCHNITT V

Bericht über die Lage und Entwicklung der Verkehrswirtschaft unter Berücksichtigung der kleinen und mittleren Unternehmen

Berichtszeitraum: 1958 bis 1967
Stand: 1. September 1968

Gliederung

I. Entwicklung des Verkehrs von 1958 bis 1967

1. Güterverkehr

Der Güterverkehr ist von 1958 bis 1967 beträchtlich angestiegen (siehe Übersicht 1). Jedoch hat er nicht in gleichem Maße wie das Bruttosozialprodukt zugenommen: die tonnenkilometrischen Leistungen im binnenländischen Güterverkehr stiegen von 1959 bis 1965 um 37 %, das Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen im gleichen Zeitraum um 47 %.

Den absolut stärksten Zuwachs hatte der Straßengüterverkehr zu verzeichnen; an zweiter Stelle stand die Binnenschiffahrt, gefolgt von den in der Bundesrepublik erst ab 1958 in Erscheinung tretenden Rohölfernleitungen. Am geringsten war die Zunahme des Eisenbahnverkehrs. Die Verkehrszweige, in denen kleine und mittlere Unternehmen eine wichtige Rolle spielen (Straßenverkehr, Binnenschiffahrt), verzeichneten also die größten Verkehrszunahmen.

Damit haben sich auch die Anteile der Verkehrszweige am Gesamtverkehr erheblich verschoben. Der Straßengüterverkehr konnte seinen Anteil beträchtlich erhöhen. Dasselbe gilt für die Rohrfernleitungen. Der Anteil des Binnenschiffverkehrs ist trotz der erheblichen absoluten Verkehrszunahme leicht zurückgegangen, der der Eisenbahn hat stark abgenommen.

2. Öffentlicher Personenverkehr

Die Verkehrsleistungen im öffentlichen Personenverkehr sind im angegebenen Zeitraum infolge der starken privaten Motorisierung insgesamt nur mäßig angestiegen; in den letzten Jahren haben sie sogar leicht abgenommen (siehe Übersicht 2).

Erheblich zurückgegangen sind die Leistungen im Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr, während sie im Kraftomnibus- und Luftverkehr erheblich zunahmen. Entsprechend haben sich die Anteile der einzelnen Verkehrszweige am Gesamtverkehr verschoben.

Zahlen über die Verkehrsleistungen im öffentlichen Personenverkehr mit Personenkraftwagen (Taxi und Mietwagen) liegen nicht vor.

II. Struktur der Verkehrswirtschaft; Verkehrsunternehmen nach Umsatzgrößenklassen

1. Anzahl der Unternehmen

In der Umsatzsteuerstatistik 1966 sind rund 71 500 Verkehrsunternehmen (mit Umsätzen von mehr als 12 500 DM) erfaßt, darunter über 42 000 Unternehmen des Güterkraftverkehrs und über 16 000 Taxi- und Mietwagenunternehmen (s. Übersicht 3) [1].

Die Übersicht zeigt, daß die Straßenverkehrsunternehmen (III) fast ohne Ausnahme kleine oder mittlere Unternehmen sind; ebenso ist die weitaus größte Zahl der Unternehmen der Spedition und Lagerei (IV), der Binnenschiffahrt (V), See- und Küstenschiffahrt (IV) und der Hafenwirtschaft (VI) in den unteren und mittleren Umsatzgrößenklassen zu finden.

2. Umsätze

Legt man der Betrachtung nicht die Zahl der Unternehmen, sondern die Umsätze in den einzelnen Größenklassen zugrunde (siehe Übersicht 4), so bestätigt sich, daß die Struktur des Straßenverkehrsgewerbes in hohem Maße durch Klein- und Mittelbetriebe bestimmt ist. In der Spedition, noch mehr in der Binnenschiffahrt, vor allem aber in der Seeschiffahrt, nimmt dagegen die Bedeutung der größeren Unternehmen stark zu [2]).

III. Lage und Entwicklung des Straßenverkehrsgewerbes

1. Güternahverkehr

Der gewerbliche Güternahverkehr, dessen Tätigkeitsbereich sich auf einen Umkreis von 50 km um den Standort des Fahrzeugs beschränkt, wird haupt- oder nebenberuflich von rund 75 000 Unternehmen betrieben. Im Durchschnitt entfallen auf den Betrieb 1,8 Fahrzeuge und 2,0 Beschäftigte. Es handelt sich somit um einen typisch kleinbetrieblich strukturierten Gewerbezweig, in dem der reine Familienbetrieb vorherrscht.

Die wirtschaftliche Lage des Gewerbes muß als unbefriedigend bezeichnet werden. Nach der Kostenstukturstatistik des Jahres 1963 beträgt der durchschnittliche Jahresumsatz eines Güternahverkehrsbetriebes 73 000 DM. Nach Abzug des kalkulatorischen Unternehmerentgeltes (in Höhe von monatlich rund 915 DM), das den Fahrerlohn des mitarbeitenden Unternehmers und Vergütungen für mithelfende Familienangehörige einschließt, verbleibt dem Durchschnittsunternehmen ein Gewinn von nur 3700 DM im Jahr (rund 300 DM im Monat). Dieses Verhältnis dürfte sich in der Zwischenzeit nicht wesentlich verändert haben.

---

[1]) Bei der Auswertung dieser Statistik ist zu beachten, daß gemischte Unternehmen nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt zugeordnet sind (Unternehmen mit Güternahverkehr und Baustoffhandel also zum Beispiel — je nach dem Schwerpunkt — mit dem Gesamtumsatz entweder im Güternahverkehr oder im Baustoffhandel) und daß die Umsätze im Speditionsgewerbe wegen des hohen Anteils durchlaufender Posten (Beförderungsentgelte) mit denen anderer Zweige der Verkehrswirtschaft nur begrenzt vergleichbar sind.

[2]) Hierbei ist allerdings zu beachten, daß sich aus dem System der Umsatzsteuerstatistik, das die Umsätze aller Unternehmen addiert, für die Verkehrszweige, vor allem in der Binnen- und in der Seeschiffahrt bei Vorliegen von Unterbeschäftigungen (z. B. von Partikulieren durch Binnenschiffsreedereien) Doppelzählungen ergeben, deren Größenordnungen aus der Umsatzsteuerstatistik selbst nicht abgeschätzt werden können.

Kennzeichnend für die wirtschaftliche Lage des Gewerbes ist auch die starke Fluktuation. So sind in der Vergangenheit jährlich ca. 5 bis 7 % der bei der Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen erfaßten Güternahverkehrsunternehmen ausgeschieden und in mehr oder weniger großem Umfang durch neue Unternehmen ersetzt worden.

In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Zahl der Güternahverkehr betreibenden Unternehmen um ca. 22 % erhöht. Die jährlichen Beförderungsmengen sind gleichzeitig um ca. 60 % auf rund 700 Millionen t angewachsen. Aus diesen Zahlen ist der Trend zu einer wirtschaftlicheren Betriebsgröße erkennbar. Diese Entwicklung dürfte auch auf die Bemühungen des Gewerbes zurückzuführen sein, die kaufmännische Qualifikationen der Unternehmer durch Schulung und Beratung im Rahmen eines Strukturprogramms zu verbessern. Für die Durchführung von Betriebsbegehungen, von Betriebsberatungen und von Rationalisierungsvorträgen gewährt der Bund dem Güternahverkehrsgewerbe finanzielle Zuwendungen; sie haben im Jahre 1967 eine Höhe von 90 000 DM erreicht.

2. Güterfernverkehr

Von 1956 bis 1966 ist die Gesamtzahl der Unternehmen des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs von 12 164 auf 10 654, also um 12 % zurückgegangen. Die Anzahl der Genehmigungen ist demgegenüber in dieser Zeit von 24 066 auf 29 235 angestiegen, sie hat also um 21 % zugenommen. 1956 kamen auf ein Unternehmen durchschnittlich 2,0 Genehmigungen, im Jahre 1966 sind es 2,7 Genehmigungen. Die Kleinstbetriebe (Unternehmen mit nur einer Genehmigung) sind zwar stetig im Rückgang begriffen, stellen aber absolut und prozentual noch immer die weitaus stärkste Gruppe. Trotz dieser sich im Hinblick auf die Anzahl der Genehmigungen pro Unternehmen abzeichnenden Konzentration handelt es sich auch beim gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehr nach wie vor um einen durch die Tätigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen gekennzeichneten Gewerbezweig. Dies geht schon daraus hervor, daß im Jahre 1966 79,2 % dieser Unternehmen nur zwischen 1 und 3 Genehmigungen besaßen.

Die Frachteinnahmen (ohne Beförderungsteuer) betrugen im gewerblichen Güterfernverkehr (ohne Möbelfernverkehr) im Jahre 1958 1 624,9 Millionen DM und im Jahre 1967 2 733,8 Millionen DM. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1958 eine Steigerung um 68,2 %. Als Frachteinnahme je Lastzug ergibt sich 1958 bei etwa 21 000 erteilten Genehmigungen im Durchschnitt ein Betrag von jährlich rund 76 000 DM und im Jahre 1967 bei etwa 25 000 erteilten Genehmigungen ein Betrag von jährlich rund 109 000 DM. Die Frachteinnahme je Lastzug hat sich daher im Jahre 1967 gegenüber 1958 um 43,4 % erhöht.

Die Lage im deutschen Güterfernverkehr ist gekennzeichnet einmal durch die stark angestiegenen Kosten der Verkehrsunternehmen, die als Dienstleistungsbetriebe besonders lohnintensiv sind, und zum anderen durch eine Verschärfung der Wettbewerbssituation im grenzüberschreitenden Verkehr infolge einer stärkeren Betätigung ausländischer Transportunternehmer. Die Tendenz zu Kooperation und Konzentration wird sich aus diesen Gründen weiterhin verstärken.

3. Personenverkehr

Auch dieser Gewerbezweig setzt sich überwiegend aus kleinen und mittleren Unternehmen zusammen, in denen der Unternehmer in der Regel persönlich tätig ist.

a) Private Omnibusunternehmen

Die Zahl der privaten Omnibusunternehmen ist von 4040 im Jahre 1961 um 647 oder 16 % auf 4687 im Jahre 1967 gestiegen. Angaben über die Größe der Omnibusunternehmen liegen nicht vor. Der Bundesverband des Deutschen Personenverkehrsgewerbes hat jedoch ermittelt, daß *in Baden-Württemberg* bei Zugrundelegung von 368 Unternehmen

8,7 % oder	32 Unternehmen	1 Omnibus
36,7 % oder	135 Unternehmen	2 bis 4 Omnibusse
27,5 % oder	101 Unternehmen	5 bis 8 Omnibusse
16,0 % oder	59 Unternehmen	9 bis 12 Omnibusse
11,1 % oder	41 Unternehmen	12 und mehr Omnibusse

in Betrieb hatten.

Die privaten Omnibusunternehmen haben im Jahre 1967 720,2 Millionen DM gegenüber 543,7 Millionen DM im Jahre 1961 an Beförderungsentgelten vereinnahmt. Das entspricht einer Steigerung um 32,4 %.

Über die Ertragslage der privaten Unternehmen sind Unterlagen nicht vorhanden. Im Gegensatz zu den kommunalen und gemischt-wirtschaftlichen Omnibusunternehmen, die den Verkehr in den Städten betreiben, arbeiten die privaten Unternehmen gewinnbringend.

b) Kraftdroschken- und Mietwagenunternehmen

Die Zahl der Kraftdroschkenunternehmen ist von 7621 (9481 Fahrzeuge) im Jahre 1960 auf 14 241 (19 284 Fahrzeuge) im Jahre 1965 gestiegen. Damit nahm die Zahl der Unternehmen um 86,9 % und die der Fahrzeuge sogar um 103,4 % zu. Bei den Mietwagenunternehmen war in derselben Zeit ein geringer Rückgang von 11 790 im Jahre 1960 auf 11 511 im Jahre 1965, also um 2,4 %, zu verzeichnen. Die Zahl der eingesetzten Fahrzeuge stieg dagegen um 20,4 % von 15 526 auf 18 700. Sowohl Kraftdroschken- als auch Mietwagenverkehr betrieben im Jahre 1960 2009 Unternehmer und im Jahre 1965 2883 Unternehmer (+43,5 %). Die überwiegende Zahl der Droschken- und Mietwagenunternehmen dürfte über 1 bis 2 Fahrzeuge verfügen.

Die Ertragslage der Droschken- und Mietwagenunternehmen wird unterschiedlich beurteilt. Der starke Zugang zum Droschkenverkehr läßt die Annahme zu, daß hier Gewinne erzielt werden, die den Unternehmen ein Auskommen sichern.

c) Unternehmen, die PKW an Selbstfahrer vermieten

In der gewerblichen Kfz-Vermietung an Selbstfahrer hat sich seit dem Jahre 1960/61 ein völliger Strukturwandel im Hinblick auf den als Mieter von Personenkraftwagen in Betracht kommenden Personenkreis vollzogen. Während früher Fahrzeuge überwiegend an sogenannte Gelegenheitsmieter vermietet wurden, werden heute ca. 80 % der Pkw als Ersatzwagen in Haftpflicht-Schadensfällen angemietet; die restlichen 20 % entfallen auf Mietwagen für Ausländer (Geschäftsleute und Touristen).

Da der Kleinbetrieb mit etwa 1 bis 3 Fahrzeugen der zielstrebigen und kostspieligen Werbung, aber auch dem immer besser werdenden Leistungsangebot der Groß- und Mittelbetriebe nicht mehr gewachsen war, kam es verstärkt zu Zusammenschlüssen von Kleinbetrieben in Arbeitsgemeinschaften, die sich zum Mittel- oder Großbetrieb entwickelten. Eine große Anzahl von Kleinbetrieben, die den Anschluß nicht rechtzeitig fanden und auch nicht finanzkräftig genug waren, stellte ihre Tätigkeit ein.

Am 31. Dezember 1967 gab es insgesamt 3057 Einzelunternehmen mit einem Gesamtbestand von rund 28 000 bis 30 000 Selbstfahrermietwagen. Damit entfallen auf das Unternehmen im Durchschnitt 9 bis 10 Kraftfahrzeuge.

IV. Lage und Entwicklung der Spedition und Lagerei

Auf Grund seiner vorwiegend vermittelnden Funktionen ist das Speditions- und Lagereigewerbe stark von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung abhängig. Jede Krise, ob sie allgemeiner, sektoraler oder regionaler Art ist, trifft den Spediteur und Lagerhalter unmittelbar. So machte das Speditions- und Lagereigewerbe in den letzten zehn Jahren den konjunkturellen Zyklus der Gesamtwirtschaft mit, wobei der Abschwung, insbesondere bei den Erlösen, größere und nachhaltigere Wirkungen zeigte als der — meist zögernd folgende — Aufschwung.

In der Entwicklung der Betriebs- und Unternehmensstruktur zeigt das Speditions- und Lagereigewerbe ähnliche Tendenzen wie Produktion und Handel. Ein Trend zur Personen- und Kapitalgesellschaft ist ebenso zu verzeichnen wie eine leichte Zunahme der Konzentration. Rund 39 % aller Unternehmen sind Einzelfirmen, 38 % Personengesellschaften und über 22 % Kapitalgesellschaften.

Auch in diesem Gewerbezweig herrschen Klein- und Mittelbetriebe vor. Rund 55 % der Betriebe liegen im Jahresumsatz unter 500 000 DM. Lediglich etwa 20 % aller Unternehmen erbringen einen Jahresumsatz zwischen 1 und 5 Millionen DM, rund 6 % über 5 Millionen DM. Der größte Teil aller Beschäftigten (60 %) arbeitet in Unternehmen, die einen Jahresumsatz von über 1 Million DM erbringen.

Speditions- und Lagereiunternehmen weisen einen Trend zum breitgestreuten Leistungssortiment auf. Fast die Hälfte der Unternehmen betätigt sich in fünf und mehr Fachsparten. Dabei ist bemerkenswert, daß die durchschnittliche Zahl der Fachsparten pro Betrieb mit der Höhe des erzielten Jahresumsatzes steigt. Betriebe mit einem Jahresumsatz von über 5 Millionen DM betätigen sich durchschnittlich in 10 Fachsparten. Die Tendenz zum „all-round-Betrieb" ist unverkennbar.

Die Entwicklung des Umsatzes ist in den einzelnen Fachsparten uneinheitlich. Während in den letzten Jahren eine Verlagerung des binnenländischen Sammelladungsverkehrs auf die Straße zu verzeichnen war, stagnierte das Geschäft der bahnorientierten Speditionsfirmen. Allerdings läßt sich aus dieser Umschichtung nicht zwangsläufig eine Gewinnsteigerung in der einen und eine Gewinnreduzierung in der anderen Unternehmensgruppe ableiten. Denn erstens haben die Unternehmen diejenigen Geschäfte intensiviert, die sich im jeweiligen Leistungsbereich — Bahn oder Kraftwagen — optimal durchführen lassen; zweitens wurde die Spezialisierung auf einen Verkehrsträger vielfach abgelöst durch Ausdehnung des Sortiments auf wenigstens zwei Bereiche. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch bei anderen Sortimentsgruppen, so z. B. im Seefracht- und Luftfrachtgeschäft, erkennen.

Neben dem zwangsläufigen Prozeß der Konzentration haben die regionalen Verbände und der Bundesverband Spedition und Lagerei e. V. den für Gewerbe und Kunden notwendigen Weg zur Leistungssteigerung durch Kooperation gefördert.

Die Gewinnsituation ist je nach Standort, Betriebsstruktur, Entwicklungstendenz und nicht zuletzt nach der Qualifikation des Managements unterschiedlich.

Der Ausbau einer weltweiten Transportkette des kombinierten Verkehrs setzt — im Sinne einer zweckmäßigen Arbeitsteilung — dem Koordinator der Einzelphasen des Transportes, dem Spediteur, neue Ziele.

V. Lage und Entwicklung der Binnenschiffahrt (insbesondere Partikuliere)

Die Betriebs- und Unternehmensstruktur der deutschen Binnenschiffahrt ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen. Von etwa 4100 Binnenschiffahrtsunternehmen sind 95 % Partikulierbetriebe, die in der Regel über nur ein Schiff verfügen, und 5 % Reedereien. Dagegen beträgt das Verhältnis, gemessen an der Tonnage, rund 54 (Reedereien) : 46 (Partikuliere). Dieses Verhältnis hat sich in den letzten Jahren zugunsten der Partikuliere verschoben; es betrug 1958 noch 60 : 40. Die Partikuliere werden nahezu ausschließlich von den Reedern beschäftigt, für die sie Transporte als Unterfrachtführer durchführen. Diese strukturellen Eigenarten haben zusammen mit dem von den schwankenden Wasserständen abhängigen Ausnutzungsgrad der Transportmittel, der starken Konzentration auf der Nachfrageseite sowie dem scharfen internationalen und dem in den letzten Jahren verschärften nationalen Wettbewerb dazu beigetragen, daß — ungeachtet insgesamt steigender

Beförderungsleistungen — eine ständige Verschlechterung der Ertragslage eingetreten ist. Der daraus folgende wirtschaftliche Abstieg innerhalb des Schiffahrtgewerbes, insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen, kommt unter anderem in einer Zunahme der Zwangsversteigerungen und in der verstärkten Forderung nach einer staatlichen Abwrackaktion zum Ausdruck.

Obwohl die Verkehrsleistungen der deutschen Binnenschiffahrt von 20,0 Mrd. tkm in 1958 auf 26,5 Mrd. tkm in 1967 stiegen, wurde die Kostendeckung aus den Erträgen insbesondere für die Kleinbetriebe (Partikuliere) immer schwieriger. Nach der letzten Erhebung des Statistischen Bundesamtes überstiegen bei den Partikulieren in den unteren Größenklassen (Gesamtleistung bis 100 000 DM jährlich) bereits im Jahre 1963 die Kosten die Gesamtleistung um 0,4 bis 7,9 %. In den höheren Größenklassen bei den Partikulieren wurden Kosten von 95,4 bis 99,8 % ausgewiesen. Bei den Reedern ergab sich eine durchschnittliche Kostenbelastung von 94,4 bis 99 % der Gesamtleistung.

Es darf angenommen werden, daß — unbeschadet der später zu erwartenden EWG-Regelungen zur Verminderung des Einflusses vorübergehend unbeschäftigten Schiffsraumes auf den Markt und zur Verhinderung des Entstehens von Überkapazitäten — die von der Bundesregierung im Verkehrspolitischen Programm für die Jahre 1968 bis 1972 vorgesehenen Sofortmaßnahmen wesentlich zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Binnenschiffahrtsmärkte beitragen werden. Dabei handelt es sich neben Strukturverbesserungen für die Partikulierschiffahrt mit dem Ziel, wettbewerbsfähige Betriebsgrößen zu schaffen, und — neben der Aufhebung des bisherigen Verbots eigener Akquisitionstätigkeit der Schifferbetriebsverbände — insbesondere um eine Abwrackaktion zur Beseitigung der vorhandenen echten Überkapazität.

VI. Lage und Entwicklung der See- und Küstenschiffahrt sowie der Seehafenbetriebe

1. See- und Küstenschiffahrt

Im Bereich der *Seeschiffahrt* ist die Abgrenzung der kleinen und mittleren Unternehmen besonders schwierig. Ein Standardküstenmotorschiff von 499 BRT verkörpert bereits ein Kapital von 2 Millionen DM und mehr. Entsprechend teurer sind die größeren Hochseeschiffe. So kostet beispielsweise ein Standardmehrzweckfrachter von ca. 10 000 BRT zur Zeit rund 14 bis 15 Millionen DM. In der Seeschiffahrt kann daher von kleinen und mittleren Unternehmen nur im Vergleich zu den Großunternehmen dieses Wirtschaftszweiges gesprochen werden.

Zu beachten ist ferner, daß die deutsche Seeschiffahrt sich auf dem internationalen Markt betätigen und durchsetzen muß. Sie muß also ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit nach internationalen Maßstäben ausrichten. In der internationalen Seeschiffahrt ist seit langem eine immer raschere Entwicklung zu immer größeren und leistungsstärkeren Unternehmen im Gange. Dieser Tendenz kann sich auch die deutsche Seeschiffahrt grundsätzlich nicht verschließen, wenn sie sich auf dem internationalen Markt behaupten will. Die Bundesregierung begrüßt daher die Bemühungen um verstärkte Kooperation und Konzentration im Seeschiffahrtsgewerbe und unterstützt diese durch gezielte Schiffahrtsförderungsmaßnahmen verschiedener Art. Diese auch von den Schiffahrtsunternehmen selbst als zwangsläufig erkannte Entwicklung schließt allerdings nicht aus, daß es angesichts der vielfältigen Betätigungsmöglichkeiten in den verschiedenen Fahrtgebieten auch künftig noch kleine und mitlere Unternehmen geben wird, die bei entsprechender Spezialisierung wirtschaftlich und rentabel arbeiten können.

Unter diesen Gesichtspunkten sind die finanziellen Hilfen des Bundes für die Seeschiffahrt, die sich zur Zeit auf Neubauhilfen beschränken, auch kleinen und mittleren Betrieben gewährt worden.

Nach Unterlagen des Verbandes Deutscher Reeder hat die Zahl der deutschen Hochsee-Reedereien in der Zeit von 1958 bis 1968 um etwa ein Viertel, nämlich von 243 auf 182, abgenommen, während die Tonnage der in der Hochseeschiffahrt tätigen Handelsflotte sich in demselben Zeitraum bei etwa gleichgebliebener Anzahl der Schiffe um nahezu 70 % vermehrt hat. Im gleichen Zeitraum verringerte sich besonders stark die Zahl der kleinen und mittleren Reedereien mit 1 bis zu 5 Schiffen von 175 auf 108 Unternehmen, während andererseits die Zahl der Reedereien mit mehr als 100 000 BRT Schiffsraum von 3 auf 14 Unternehmen zunahm. Die Entwicklung der Unternehmensstruktur in der Seeschiffahrt zu größeren Unternehmen ist aus diesen Zahlen deutlich zu erkennen.

In der *Küstenschiffahrt* herrscht dagegen immer noch das Unternehmen mit 1 Schiff vor. Dem Verband Deutscher Küstenschiffer waren Anfang 1968 946 Unternehmen mit insgesamt 1 012 Schiffen von zusammen rund 345 000 BRT angeschlossen. Anfang 1958 gehörten demgegenüber zum Verband noch 1 027 Schiffe mit rund 237 000 BRT. Wie in der Seeschiffahrt ist auch hier der Trend zum größeren Schiff unverkennbar. Dagegen zeigt die Entwicklung zu größeren Unternehmen in der Küstenschiffahrt nur zaghafte Ansätze, weil durch die Zusammenfassung vieler Schiffe bei einzelnen Maklern eine Kooperation erreicht wird, die den direkten Zusammenschluß zu größeren Unternehmenseinheiten erübrigt.

Über die Entwicklung der *Umsätze und Erträge* der Gesamtheit der kleinen und mittleren Unternehmen *der See- und Küstenschiffahrt* lassen sich nähere zahlenmäßige Angaben nicht machen. Grundsätzlich kann jedoch gesagt werden, daß der die internationale Seeschiffahrt kennzeichnende, von zahlreichen, auch außerökonomischen Faktoren abhängige Konjunkturablauf mit seinen starken Schwankungen in der Umsatz- und Ertragsentwicklung sich bei den Klein- und Mittelbetrieben besonders bemerkbar macht, weil diese im Gegensatz zu den größeren Unternehmen kaum einen Risikoausgleich in diffe-

renzierten Schiffsparks und Fahrtgebieten finden können. Andererseits sind die kleinen und mittleren Unternehmen oft eher in der Lage, Marktlücken aufzuspüren und auszufüllen.

2. Seehafenbetriebe

Auch in der Hafenwirtschaft der Seehäfen sind zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen tätig. Hier sind im Zusammenhang mit der Abfertigung des Schiffs- und Warenverkehrs vielseitige Funktionen auszuführen, für die mittelständische Betriebe die besten Voraussetzungen bieten. Es handelt sich insbesondere um Güterumschlag, Lagerei, Stauerei, um Tätigkeiten der Schiffsmakler und Schiffsagenten, der Seehafenspediteure und Ladungskontrolleure, um Schleppschiffahrt und Bugsierbetriebe, Festmacher usw. Abgesehen von einigen großen Umschlagsbetrieben, die sich zumeist im Eigentum der Länder befinden, werden diese Aufgaben von kleinen und mittleren Unternehmen wahrgenommen.

Wenngleich die deutschen Seehäfen wegen des Verlustes weiter Teile ihres Hinterlandes nicht die gleiche Entwicklung wie die Rheinmündungshäfen nehmen konnten, so ist doch auch ihr Verkehr in der Nachkriegszeit laufend gestiegen. Dementsprechend haben die hier tätigen kleinen und mittleren Betriebe durchweg eine zufriedenstellende Entwicklung genommen. Die Schärfe des Wettbewerbs zwingt jedoch auch auf diesem Sektor zur Zusammenarbeit. Aktive Unternehmen haben deshalb in den letzten Jahren verschiedene Formen der Zusammenarbeit zwischen den Hafenbetrieben — sei es zwischen Unternehmen des gleichen Gewerbezweiges oder mit anderen — eingeleitet. Im Rahmen des ERP-Haushaltes des Bundes, in dem seit Jahren ein Fonds zur Anpassung der Seehafenbetriebe an den Strukturwandel im Übersee-Verkehr zur Verfügung steht, werden Vorhaben, die der Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Betriebe dienen, besonders berücksichtigt.

Übersicht 1

Entwicklung des Güterverkehrs [1] in der Bundesrepublik Deutschland

1958 bis 1967

Verkehrszweig	1958	1959	1965	1966	1967
	ohne		einschließlich		
	Saarland und Berlin (West)				
Leistungen in Mrd. tkm					
Eisenbahnen	57,3	59,6	68,6	66,7	64,6
Binnenschiffahrt	32,8	33,4	43,3	45,1	45,7
Straßengüterverkehr	.	39,0	62,5	.	.
Fernverkehr	19,2	21,5	32,6	33,6	33,9
gewerblicher Fernverkehr	15,2	17,0	23,3	23,4	22,7
Werkfernverkehr	3,3	3,6	5,8	6,3	6,8
Fernverkehr ausländischer Fahrzeuge	0,7	1,0	3,5	3,9	4,4
Nahverkehr [2]	.	17,5	29,9	.	.
gewerblicher Nahverkehr	.	8,5	13,9	.	.
Werknahverkehr	.	9,0	16,0	.	.
Luftverkehr	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Rohölfernleitungen (über 50 km)	—	1,8	8,9	9,9	10,0
zusammen	.	133,8	183,3	.	.
Anteile in v. H.					
Eisenbahnen	.	*44,5*	*37,4*	.	.
Binnenschiffahrt	.	*25,0*	*23,6*	.	.
Straßengüterverkehr	.	*29,2*	*34,1*	.	.
Fernverkehr	.	*16,1*	*17,8*	.	.
gewerblicher Fernverkehr	.	*12,7*	*12,7*	.	.
Werkfernverkehr	.	*2,7*	*3,2*	.	.
Fernverkehr ausländischer Fahrzeuge	.	*0,7*	*1,9*	.	.
Nahverkehr [2]	.	*13,1*	*16,3*	.	.
gewerblicher Nahverkehr	.	*6,4*	*7,6*	.	.
Werknahverkehr	.	*6,7*	*8,7*	.	.
Luftverkehr	.	*0,0*	*0,0*	.	.
Rohölfernleitungen (über 50 km)	.	*1,3*	*4,9*	.	.
zusammen	.	*100,0*	*100,0*	.	.

[1]) ohne Seeverkehr
[2]) ohne grenzüberschreitender Verkehr

Übersicht 2

Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland 1958 bis 1967

Verkehrszweig	1958	1959	1965	1966	1967
	ohne		einschließlich		
	Saarland und Berlin (West)				
Leistungen in Mrd. Pkm					
Eisenbahnen	40,2	39,7	39,5	37,1	34,5
Straßenbahnen und Obusse	15,2	14,7	12,6	12,1	11,3
Kraftomnibusse [1])	24,9	26,1	38,6	39,8	41,0
darunter private Unternehmen	10,9	11,8	16,8	17,3	18,0
Luftverkehr	1,1	1,2	3,3	3,5	4,0
zusammen	81,3	81,7	93,9	92,5	90,8
Anteile in v. H.					
Eisenbahnen	*49,4*	*48,6*	*42,0*	*40,1*	*38,0*
Straßenbahnen und Obusse	*18,6*	*18,0*	*13,4*	*13,0*	*12,5*
Kraftomnibusse [1])	*30,7*	*31,9*	*41,1*	*43,1*	*45,1*
darunter private Unternehmen	*13,4*	*14,4*	*17,9*	*18,7*	*19,8*
Luftverkehr	*1,3*	*1,5*	*3,5*	*3,8*	*4,4*
zusammen	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*

[1]) ohne Verkehr ausländischer Fahrzeuge

Übersicht 3

Unternehmen der Verkehrswirtschaft
— Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1966 —

a) Anzahl der Unternehmen nach Verkehrszweigen und Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklasse	Verkehr und Nachrichtenübermittlung insgesamt	darunter					
		Personenbeförderung mit Omnibussen	Personenbeförderung mit Personenkraftwagen	Güterbeförderung und Möbeltransport mit Kfz	Binnenschiffahrt, -wasserstraßen, -häfen	See- und Küstenschiffahrt, Seehäfen	Spedition und Lagerei, ohne Kühlhäuser
12 500 DM bis unter 20 000 DM	8 650	163	4 589	3 267	167	18	112
20 000 DM bis unter 50 000 DM	25 851	403	8 824	14 247	1 014	245	499
50 000 DM bis unter 100 000 DM	14 380	356	1 816	10 062	1 196	171	406
100 000 DM bis unter 250 000 DM	12 091	570	802	8 708	661	251	667
250 000 DM bis unter 500 000 DM	5 036	348	157	3 423	137	255	527
500 000 DM bis unter 1 000 000 DM	2 793	185	61	1 598	84	206	514
1 000 000 DM bis unter 2 000 000 DM	1 409	71	17	644	53	131	390
2 000 000 DM bis unter 5 000 000 DM	806	34	5	228	41	107	303
5 000 000 DM bis unter 10 000 000 DM	282	13	—	52	29	40	120
10 000 000 DM bis unter 25 000 000 DM	152	7	—	16	16	21	67
25 000 000 DM und darüber	88	—	—	5	8	16	30
insgesamt ...	71 538	2 150	16 271	42 250	3 406	1 501	3 635

Quelle: Statistisches Bundesamt

Übersicht 4

Unternehmen der Verkehrswirtschaft
— Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1966 —

b) Umsätze nach Verkehrszweigen und Umsatzgrößenklassen (in Millionen DM)

Umsatzgrößenklasse	Verkehr und Nachrichtenübermittlung insgesamt	darunter					
		Personenbeförderung mit Omnibussen	Personenbeförderung mit Personenkraftwagen	Güterbeförderung und Möbeltransport mit Kfz	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen, -häfen	See- und Küstenschiffahrt, Seehäfen	Spedition und Lagerei, ohne Kühlhäuser
12 500 DM bis unter 20 000 DM	142,7	2,7	76,0	53,7	2,7	0,3	1,9
20 000 DM bis unter 50 000 DM	827,4	13,2	257,7	475,4	35,2	9,4	17,0
50 000 DM bis unter 100 000 DM	1 018,3	26,0	124,0	714,7	85,3	12,4	29,6
100 000 DM bis unter 250 000 DM	1 883,2	93,9	117,7	1 353,3	94,9	50,4	109,9
250 000 DM bis unter 500 000 DM	1 755,1	123,8	53,2	1 188,6	46,5	88,8	187,0
500 000 DM bis unter 1 000 000 DM	1 936,9	128,9	41,0	1 089,5	58,8	145,3	369,2
1 000 000 DM bis unter 2 000 000 DM	1 948,8	93,3	24,8	875,8	75,0	190,8	543,1
2 000 000 DM bis unter 5 000 000 DM	2 461,3	100,2	17,0	679,3	125,6	344,2	926,6
5 000 000 DM bis unter 10 000 000 DM	1 955,0	85,8	—	339,8	217,4	264,8	845,8
10 000 000 DM bis unter 25 000 000 DM	2 224,6	148,2	—	210,9	230,0	292,8	1 002,0
25 000 000 DM und darüber	26 035,3	—	—	197,5	443,4	1 849,7	1 993,2
insgesamt ...	42 188,6	816,0	711,5	7 178,5	1 414,8	3 248,9	6 025,3

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anhang zum ersten Teil

Auswertungsergebnisse von Vorab-Veröffentlichungen amtlicher Statistiken

nur nach wirtschaftlicher Gliederung, nicht nach Größenklassen

Gliederung

A. Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1966 [1])

(Tabelle 1 und 2)

Nach den endgültigen Ergebnissen sind in der Umsatzsteuerstatistik 1966 insgesamt rd. 1,7 Millionen umsatzsteuerpflichtige Unternehmen erfaßt worden. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1964 nur geringfügig um rd. 16 500 oder 1,0 % erhöht. 1966 entfielen — ebenso wie 1964 — 30,5 % der Unternehmen auf das Produzierende Gewerbe, 36,8 % (37,6 %) waren im Handel tätig und 32,7 % (31,9 %) gehörten den übrigen Wirtschaftsbereichen (einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei) an.

Der 1966 von den Steuerpflichtigen erzielte Gesamtumsatz belief sich auf 1 090,5 Mrd. DM, das sind 136,6 Mrd. DM oder 14,3 % mehr als 1964. Damit lag die Zunahme nur wenig unter dem für 1964 im Vergleich zu 1962 ermittelten Steigerungssatz (15,2 %). Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft hatten alle Wirtschaftshauptbereiche Umsatzsteigerungen aufzuweisen. Am Gesamtumsatz waren, bei gegenüber 1964 kaum veränderten Relationen, das Produzierende Gewerbe mit 52,7 % (53,3 %), der Handel mit 35,7 % (35,6 %) und die übrigen Wirtschaftsbereiche (einschließlich Land- und Fortswirtschaft usw.) mit 11,6 % (11,2 %) beteiligt (Tabelle 2).

Gemessen an den im jeweiligen Zweijahreszeitraum erzielten Zuwachsraten der insgesamt erfaßten Umsätze für 1966 (+ 14,3 %) und 1964 (+ 15,2 %), läßt sich nur eine relativ geringe Abschwächung der Umsatztätigkeit erkennen; hier hat sich der im Jahre 1965 vielfach noch lebhafte Geschäftsgang entsprechend günstig ausgewirkt. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen war dagegen recht differenziert. Neben Branchen mit verstärkten Umsatzsteigerungen (vor allem im Handel) stehen andere (hauptsächlich im Produzierenden Gewerbe), die unter dem Einfluß konjunktureller Abschwächungstendenzen bereits rückläufige Zuwachsraten gegenüber 1964 verzeichneten.

Wesentlich schärfer treten die Symptome des seit der zweiten Jahreshälfte 1965 verlangsamten Wirtschaftswachstums in den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik zutage, wenn man die Entwicklung bei denjenigen Steuerpflichtigen betrachtet, für die vergleichbare Angaben über ihre Vorjahresumsätze vorliegen. Bei diesem Personenkreis, der im Berichtsjahr 1966 bzw. 1964 jeweils rd. 90 % aller Steuerpflichtigen und ihres Gesamtumsatzes umfaßte, lag im Gesamtdurchschnitt die Umsatzsteigerung 1966/65 mit 4,8 % deutlich unter der von 1964/63 (+ 9,5 %). Dies trifft fast duchweg für alle Wirtschaftshauptbereiche zu (Tabelle 1).

Mit 84 513 Steuerpflichtigen stellte die *Industrie* zwar nur 5,0 % aller in der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Unternehmen, mit 470,5 Mrd. DM aber mehr als zwei Fünftel (43,1 %) des gesamten Umsatzvolumens. Während die Zahl der Steuerpflichtigen gegenüber 1964 fast unverändert geblieben ist (— 0,8 %), erhöhten sich die industriellen Umsätze um 12,6 % und die hierfür zu entrichtende Umsatzsteuer um 8,5 % (Tabelle 2); damit blieben diese Zuwachsraten allerdings merklich hinter den entsprechenden Quoten von 1964/62 zurück (15,4 bzw. 12,8 %). Das Schwergewicht der Industrie lag beim Verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe), das auch im Jahre 1966 annähernd neun Zehntel der Industrieunternehmen (87,5 %), ihres Gesamtumsatzes (87,4 %) und ihrer Umsatzsteuervorauszahlungen (89,5 %) umfaßte.

In den meisten Industriezweigen hat sich das Wachstumstempo der Umsätze, wenn auch im einzelnen sehr unterschiedlich, ebenfalls verlangsamt. Infolgedessen wurden die hohen Zuwachsraten des Jahres 1964, das im Zeichen eines ausgeprägten Konjunkturaufschwungs stand, durchweg nicht mehr erreicht.

Im Bereich des *Produzierenden Handwerks* wurden 1966 insgesamt 394 653 Steuerpflichtige mit einem Gesamtumsatz von 94,6 Mrd. DM und einer Umsatzsteuer von 3,3 Mrd. DM gezählt. Damit vereinigten die hier erfaßten Handwerksunternehmen, die fast ein Viertel (23,3 %) der Steuerpflichtigen ausmachten, 8,7 % des Gesamtumsatzes und 13,4 % der Umsatzsteuer aller Wirtschaftsbereiche auf sich. Gegenüber 1964 ist die Zahl der Steuerpflichtigen im Produzierenden Handwerk um 2,0 %, ihr Gesamtumsatz um 16,9 % und ihre Umsatzsteuer um 17,3 % gestiegen (Tabelle 2). Annähernd zwei Drittel (63,8 %) der Handwerksunternehmen waren im Verarbeitenden Gewerbe tätig, über ein Drittel (36,2 %) gehörten dem Baugewerbe an, das 43,1 % des Gesamtumsatzes und 46,5 % der Umsatzsteuer im Produzierenden Handwerk umfaßte.

Bemerkenswert ist, daß die Handwerksumsätze 1966 gegenüber 1964, im Gegensatz zur Industrie, fast in allen Wirtschaftsbereichen stärker zunahmen als 1964 gegenüber 1962. Betrachtet man allerdings die Umsatzentwicklung bei den Fällen, für die auch Angaben über die Vorjahresumsätze vorlagen, dann zeigt sich 1966 gegenüber 1965 auch im Produzierenden Handwerk eine allgemeine Abschwächung des Umsatzwachstums (Tabelle 1). Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten gegenüber 1964 wurden vor allem im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (+ 27,4 %) sowie in der Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw. (+ 27,6 %) erzielt. Dagegen blieben, abgesehen von der im Handwerk relativ unbedeutenden Gruppe „Chemisches Gewerbe und Mineralölverarbeitung" (— 19,3 %), nur die beiden nach Zahl der Steuerpflichtigen und Gesamtumsatz wichtigsten Gruppen, nämlich das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 12,8 %) und das Bauhandwerk (+ 14,5 %), unter dem Gesamtdurchschnitt des Produzierenden Handwerks.

Die Zahl der in der Umsatzsteuerstatistik 1966 erfaßten *Großhandelsunternehmen* war mit 126 964 Steuerpflichtigen um 2,6 % kleiner als 1964; danach hatte sie sich im Vergleich zu 1962 als recht konstant erwiesen (+ 0,3 %). Trotzdem konnten die Unternehmen ihre Umsätze um 13,1 % auf 240,7 Mrd. DM steigern (1964/62 = + 12,2 %); damit lagen sie nach der Industrie an zweiter Stelle (Tabelle 2).

[1]) Auszug aus Wirtschaft und Statistik, Heft 11, 1967

Auch im Großhandel zeigt die Entwicklung der vergleichbaren Umsätze gegenüber 1965 fast ausnahmslos eine erhebliche Dämpfung des Umsatzwachstums.

Fast ein Viertel aller Steuerpflichtigen (428 665) entfiel 1966 auf den *Einzelhandel*. Dieser hatte mit einem Gesamtumsatz von 140,0 Mrd. DM einen Umsatzanteil von 12,8 %. Trotz der gegenüber 1964 geringeren Zahl von Steuerpflichtigen (— 2,3 %) sind die Einzelhandelsumsätze mit 16,6 % stärker als im Gesamtdurchschnitt gestiegen. Im Gegensatz hierzu war 1964 gegenüber 1962 eine unterdurchschnittliche Zuwachsrate zu verzeichnen (+ 13,1 %). Dieser Sachverhalt deutet darauf hin, daß sich die rezessiven Faktoren im Wirtschaftsablauf des Jahres 1966 auf den Einzelhandel noch nicht so stark ausgewirkt haben wie auf andere Wirtschaftsbereiche (Tabelle 2). In den meisten Zweigen des Einzelhandels haben sich die Umsätze gegenüber 1964 erhöht; an der Spitze stand der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (+ 25,8 %). Auch im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen wurde der Gesamtdurchschnitt erheblich übertroffen (+ 21,1 %). Dagegen blieb die Umsatzsteigerung im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, dem nach der Zahl der Steuerpflichtigen (190 950) und der Höhe des Umsatzvolumens (44,5 Mrd. DM) wichtigsten Geschäftszweig, mit 12,0 % deutlich unter diesem Durchschnitt.

B. Beschäftigte und Umsatz in den Unternehmen der Industrie 1966 [1]

(Tabelle 3)

Die Jahreserhebung bei den Unternehmen der Industrie, deren Ergebnisse für das Jahr 1966 jetzt vorliegen, umfaßt alle Industrieunternehmen (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung) mit 10 und mehr Beschäftigten. Für das Berichtsjahr 1966 meldeten einschließlich der Firmen mit unvollständigem Geschäftsjahr ca. 47 000 Unternehmen. Die Zahl der Unternehmen hat sich gegenüber 1965 geringfügig vermindert.

Die konjunkturelle Abschwächung während des Jahres 1966 spiegelt sich in den im Vergleich zu 1965 in vielen Industriezweigen geringeren Zuwachsraten des Umsatzes wider; in zahlreichen Industriezweigen war sogar ein Rückgang des Umsatzes festzustellen, während nur wenige Branchen eine gegenüber dem Vorjahr erhöhte Zuwachsrate aufweisen. Im Jahr 1966 hatten die Unternehmen der Industrie mit 10 und mehr Beschäftigten rd. 423 Mrd. DM umgesetzt gegenüber ca. 407 Mrd. DM im Jahr 1965. Das bedeutet ein Zunahme um knapp 17 Mrd. DM bzw. 4,1 % (Zunahme 1965 um rd. 34 Mrd. DM = 9 %). Die in 1966 allein durch Preiserhöhungen verursachte Umsatzsteigerung ist nach dem Index der Erzeugerpreise für Industrieerzeugnisse insgesamt (ohne elektrischen Strom, Gas und Wasser) auf 1,7 % zu veranschlagen (1965 = 2,5 %).

[1] Kurzfassung wesentlicher Ergebnisse aus Wirtschaft und Statistik, Heft 1, 1968

Der Rückgang des Umsatzzuwachses war begleitet von einer absoluten Abnahme der Beschäftigtenzahl. In den Industrieunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten waren 1966 im Jahresdurchschnitt rund 8,4 Millionen Personen tätig, das bedeutet einen Rückgang gegenüber 1965 um 0,7 %. Diese Entwicklung war in allen Industrie-Hauptgruppen — mit Ausnahme der Nahrungs- und Genußmittelindustrien — festzustellen und innerhalb dieser bei der Mehrzahl der Industriezweige. Bei einem Vergleich der Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung zeigt sich, daß beide Entwicklungslinien in der Mehrzahl der Branchen einen abweichenden Verlauf nehmen. Setzt man den Umsatz in Beziehung zu der Beschäftigtenzahl, ist in fast allen Industriezweigen festzustellen, daß der Umsatz je Beschäftigten gestiegen ist. Für die gesamte Industrie hat sich der Umsatz je Beschäftigten von rd. 48 000 DM in 1965 auf rd. 50 000 DM im Jahre 1966 erhöht, woraus auf eine Produktivitätserhöhung geschlossen werden kann; hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß eventuelle Preissteigerungen nicht eliminiert werden konnten.

Die günstigste Umsatzentwicklung der Industriehauptgruppen weisen die Nahrungs- und Genußmittelindustrien mit einer Zunahme um 5,5 % auf, die als einzige auch eine Zunahme der Beschäftigtenzahl (+ 0,7 %) zu verzeichnen haben. Innerhalb dieser Gruppe hat die Brotindustrie das größte Umsatzwachstum mit einer Zunahme von über 16 %, begleitet von einem starken Anstieg der Beschäftigtenzahl (+ 6,3 %). Das außergewöhnliche Umsatzwachstum dieses Industriezweiges ist allerdings z. T. bedingt durch eine Erhöhung des Erzeugerpreisindex für Brot um 6,4 %.

Die zweite Industriehauptgruppe mit überdurchschnittlichem Umsatzanstieg ist die Investitionsgüterindustrie mit einer Zunahme um 5,2 % bei einem gleichzeitigen leichten Rückgang der Beschäftigungszahl; gegenüber dem Vorjahr (+ 9,9 %) hat sich jedoch die Umsatzzunahme stark verlangsamt. Innerhalb dieser Gruppe ist der Industriezweig mit dem höchsten Umsatzwachstum aller Industriezweige, der Schiffbau, zu finden (+ 19,7 %); hier muß allerdings berücksichtigt werden, daß die langen Fertigungszeiten einen Jahresvergleich problematisch machen.

Eine im Vergleich zur Gesamtindustrie unterdurchschnittliche Entwicklung ist in den Industriehauptgruppen Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und Verbrauchsgüterindustrie gegeben: In beiden Industriegruppen ist die Umsatzzunahme stark rückläufig (Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie + 3,7 % gegenüber + 9,2 % im Vorjahr, Verbrauchsgüterindustrie + 3,1 % gegenüber + 10,3 %), bei einer geringen absoluten Abnahme der Beschäftigtenzahl. Innerhalb dieser Industriegruppen sind Industriezweige mit besonders auffälliger Entwicklung die NE-Metallindustrie (Umsatz + 14,1 %), wo das Umsatzwachstum jedoch zum erheblichen Teil auf den starken Anstieg des Erzeugerpreisindex (Anstieg um 12,8 % durch Kupferpreiserhöhung) zurückzuführen sein dürfte, und die Kunststoffverarbeitende Industrie mit einer Umsatzzunahme

von über 10 %, die ebenfalls ene bedeutende Zunahme der Beschäftigtenzahl zu verzeichnen hat (+ 5,6 %).

Die Industrie-Hauptgruppe mit der ungünstigsten Entwicklung, sowohl hinsichtlich Umsatz als auch Beschäftigtenzahl, ist der Bergbau (Abnahme um 3,4 bzw. 5,0 %). Ausschlaggebend war hier die rückläufige Entwicklung im Kohlenbergbau, der durch seinen hohen Anteil am Gesamtumsatz der Gruppe die Veränderungsrate maßgeblich beeinflußte (Umsatzrückgang um 4,8 %).

Abgesehen vom Bergbaubereich sind besonders ausgeprägte rückläufige Entwicklungen festzustellen bei den Industriezweigen Spirituosenindustrie (Umsatzrückgang 9,4 %), Mahl- und Schälmühlen (— 7,0 %), Eisen-, Stahl- und Tempergießereien (— 6,7 %) und Eisenschaffende Industrie (— 6,4 %); bei allen genannten Zweigen hat auch die Beschäftigtenzahl stark abgenommen.

C. Investitionen im Produzierenden Gewerbe 1966 [1]

(Tablelle 4 bis 7)

Für die Investitionserhebung 1966 mit ihren drei Teilen

Industrie (ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung sowie ohne Bauindustrie),

Produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk),

industrielles und handwerkliches Baugewerbe

wurden im Bereich der Industrie die Unternehmen und Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, im Produzierenden Handwerk sowie im industriellen und handwerklichen Baugewerbe die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten befragt; für den Bereich der Industrie wurden die Investitionen der Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigten nach den Strukturdaten des Industriezensus 1963 hinzugeschätzt. Für das Produzierende Gewerbe insgesamt ergaben sich 1966 bei rd. 64 000 Unternehmen Anlagenzugänge in Höhe von 28,5 Mrd. DM, das ist fast der gleiche Betrag (+ 0,2 %) wie im Vorjahr. Hinter dieser geringen wertmäßigen Erhöhung steht aber vermutlich ein — wenn auch ebenfalls nur geringer — Rückgang des Volumens der Investitinen, denn der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ist für Investitionsgüter im Jahresdurchschnitt zwischen 1965 und 1966 von 105,9 auf 108,6 gestiegen. Vom Gesamtbetrag fielen 25,8 Mrd. DM auf die Industrie (einschließlich Bergbau ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung), 2,2 Mrd. DM auf das Baugewerbe und 0,5 Mrd. DM auf das Produzierende Handwerk (ohne Bauhandwerk).

Im folgenden sind wesentliche Erhebungsergebnisse für die Industrie und das Produzierende Handwerk dargestellt.

Die Bruttozugänge an Sachanlagen sind 1966 im Bereich der Industrie (rd. 21 000 Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten) gegenüber 1965 um 2,3 % auf 24,5 Mrd. DM gestiegen. Weitere 1,3 Mrd. DM wurden schätzungsweise von den Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigten investiert. Die Investitionen je Beschäftigten (Investitionsintensität) stiegen für die gesamte Industrie von 3 056 auf 3 150 DM, vor allem wohl bewirkt durch Rationalisierungsmaßnahmen. Die Investitionen sanken dagegen im Verhältnis zum Umsatz (Investitionsquote) von 6,4 auf 6,2 %, eine Folge der beginnenden Zurückhaltung der Investoren. Der Anteil der einzelnen Anlagearten an den Gesamtinvestitionen ist in den letzten 3 Jahren annähernd konstant geblieben. Die geringfügigen Veränderungen blieben unter 1 % der Gesamtinvestitionen (Tabelle 4 und 5).

Der Bergbau zeigte mit — 6 % den stärksten Rückgang der Investitionstätigkeit aller Hauptgruppen, im Jahre 1965 konnte der Bergbau dagegen noch eine Zuwachsrate von + 3,5 % ausweisen. Ausschlaggebend war in dieser Hauptgruppe die starke Abnahme der Investitionstätigkeit im Kohlenbergbau, auf den 1966 etwa 2/3 der Investitionen der Gruppe entfielen. Auch in Relation zu den Beschäftigten und zum Umsatz gingen die Investitionen im Bergbau zurück.

In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien haben die Investitionen noch zugenommen, und zwar in annähernd gleichem Maße wie 1965 (+8,7 % gegenüber +9 % im Jahre 1965). Die Investitionstätigkeit ist hier relativ am stärksten in der Mineralölverarbeitung gestiegen. Auch die Chemische Industrie investierte erheblich mehr als 1965. Stark rückläufig war dagegen die Investitionstätigkeit in der Industrie der Steine und Erden, die allerdings im Vorjahr eine überdurchschnittliche Investitionssteigerung zu verzeichnen hatte.

Die Investitionsgüterindustrien investierten im Jahre 1966 rd. 200 Millionen DM weniger als 1965. Ein erheblicher Rückgang war hier vor allem im Maschinenbau festzustellen. Im Straßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnischen Industrie erhöhten sich die Investitionen geringfügig, die Zuwachsraten blieben aber weit hinter denen des Jahres 1965 zurück. Nur der Luftfahrzeugbau und der Schiffbau hatten in dieser Hauptgruppe höhere Zuwachsraten als im Vorjahr.

Auch in den Verbrauchsgüterindustrien war die Investitionstätigkeit rückläufig (— 3 %). Hier investierten 7 Industriezweige weniger als im Vorjahr. Bei den restlichen 4 Industriezweigen war zwar ein Anstieg zu verzeichnen, doch war die Zuwachsrate niedriger als 1965.

Bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien blieb die durchschnittliche Zuwachsrate mit + 6,2 % konstant, das Bild bei den einzelnen Industriezweigen ist dagegen sehr uneinheitlich. Am höchsten war die Zuwachsrate bei der Futtermittelindustrie (+ 46,3 %), obwohl dieser Industriezweig schon im vergangenen Jahr ein außergewöhnlich starkes Anwachsen der Investitionstätigkeit ausgewiesen hatte. An der absoluten Steigerung der Investitionen der Hauptgruppe um 129 Millionen DM hatten die

[1] Kurzfassung wesentlicher Ergebnisse aus Wirtschaft und Statistik, Heft 2, 1968

Brauereien und Mälzereien und die Süßwarenindustrie maßgeblichen Anteil.

Die Investitionserhebung im Handwerk für das Jahr 1966 beschränkt sich auf das Produzierende Handwerk. Den Ergebnissen liegt das Handwerksunternehmen als Erhebungseinheit zugrunde; in Anlehnung an den Sprachgebrauch der Handwerksordnung wird aber im folgenden die Bezeichnung „Betrieb" verwendet. In die Erhebung werden nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten einbezogen. Im Jahr 1966 wurden im Produzierenden Handwerk (ohne Baugewerbe) knapp 7 600 Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten gezählt, von denen etwa 6 800 Betriebe (89,5 %) Investitionen im Werte von insgesamt 520 Millionen DM tätigten. Für das gesamte Handwerk (alle Zweige und alle Größenklassen)dürften die Anlagenzugänge 1966 nach den Relationen der Handwerkszählung 1963 etwa 3 Mrd. DM ausmachen. Der Wert der hier behandelten Ergebnisse liegt vor allem in der Verlaufsanalyse und weniger in der absoluten Höhe der Beträge.

Vom erfaßten Investitionsaufwand des Produzierenden Handwerks entfielen etwa 280 Millionen DM oder 54,4 % auf die Beschaffung von Maschinen und maschinellen Anlagen sowie Werkzeugen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen (Ausrüstungsinvestitionen). Die restlichen knapp 240 Millionen DM (45,6 %) wurden für bauliche Investitionen (Gebäude sowie bebaute und unbebaute Grundstücke) ausgegeben. Die Struktur der Investitionen ist weitgehend gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben (Tabelle 6 und 7).

Die in 1965 noch bei fast allen Erhebungsmerkmalen feststellbare Zunahme gegenüber 1964 wurde 1966 durch einen absoluten Rückgang der Investitionstätigkeit abgelöst. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich die Zahl der meldepflichtigen Betriebe etwas verringert hat, was u. a. auf die schon 1966 einsetzende konjunkturelle Abschwächung zurückgeführt werden kann.

Im Durchschnitt aller erfaßten Betriebe lag der Investitionsaufwand je Beschäftigten bei 1 733 DM; der entsprechende Wert der Industrie lag bei 3 150 DM und war damit um rd. 82 % höher als im Produzierten Handwerk. Der Abstand des Handwerks gegenüber der Industrie hat sich 1966 gegenüber 1965 noch vergrößert.

Die Bruttozugänge an Sachanlagen konzentrierten sich vor allem auf die Metallverarbeitenden Handwerke, die mit 293 Millionen DM oder 56,3 % wiederum die weitaus stärkste Investitionstätigkeit der Handwerksgruppen aufwiesen. Der Investitionsaufwand je Beschäftigten war am höchsten bei den Nahrungsmittelhandwerken und sonstigen Handwerken, während er in den übrigen Gruppen unter dem Gesamtdurchschnitt lag; die niedrigste Quote wies hier die Gruppe Gesundheitspflege aus.

Allein in den beiden Größenklassen mit 20 bis 49 und 50 bis 99 Beschäftigten wurden Investitionen in Höhe von 445 Millionen DM oder 85,5 % des Gesamtbetrages ermittelt. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag in fast allen dargestellten Größenklassen bei den Ausrüstungsinvestitionen.

Tabelle 1

Steuerpflichtige mit Angabe des Vorjahresumsatzes [1])
Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik 1966

Wirtschaftsgliederung	Steuerpflichtige		Umsatz			
	Anzahl	Anteil an allen Steuerpflichtigen [2]) %	1965 Mrd. DM	1966 Mrd. DM	Anteil an Gesamtumsatz [2]) %	Zunahme gegenüber 1965 %
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei [3])	13 948	*88,2*	2,2	2,3	*86,3*	*+4,5*
Produzierendes Gewerbe	468 533	*90,7*	459,1	480,3	*83,4*	*+4,6*
Industrie	77 514	*91,7*	367,6	383,1	*81,4*	*+4,2*
Produzierendes Handwerk	361 686	*91,6*	83,9	89,1	*94,1*	*+6,2*
Sonstiges Produzierendes Gewerbe	29 333	*78,7*	7,6	8,1	*77,5*	*+6,8*
Handel	559 508	*89,6*	342,2	356,9	*91,7*	*+4,3*
Großhandel	113 320	*89,3*	212,4	219,5	*91,2*	*+3,3*
Handelsvermittlung	60 130	*87,1*	7,1	7,5	*89,3*	*+5,6*
Einzelhandel	386 058	*90,1*	122,7	129,1	*92,8*	*+5,2*
Übrige Wirtschaftsbereiche	469 758	*87,1*	106,4	113,9	*92,5*	*+7,1*
Insgesamt	1 511 747	*89,1*	909,9	953,3	*87,4*	*+4,8*

[1]) Ohne neugebildete und in der Zusammensetzung geänderte Organkreise
[2]) des Wirtschaftsbereiches
[3]) Ohne die steuerbefreite Land- und Fortswirtschaft

Tabelle 2

Steuerpflichtige, Gesamtsteuer und Umsatzsteuer [1])
Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik 1966

Wirtschaftsgliederung	Steuerpflichtige 1964	Steuerpflichtige 1966		Zu-(+) bzw. Abnahme (−) gegenüber 1964	Gesamtumsatz 1964	Gesamtumsatz 1966		Zu-(+) bzw. Abnahme (−) gegenüber 1964	Umsatzsteuer 1964	Umsatzsteuer 1966		Zu-(+) bzw. Abnahme (−) gegenüber 1964
	Anzahl			%	Mrd. DM			%	Mrd. DM			%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei [2])	21 921	15 813	*0,9*	*−27,9*	3,5	2,8	*0,3*	*−22,1*	0,1	0,1	*0,3*	*− 4,0*
Produzierendes Gewerbe	512 243	516 449	*30,5*	*+ 0,8*	507,8	575,5	*52,7*	*+13,2*	14,2	15,7	*63,1*	*+10,5*
Industrie	85 168	84 513	*5,0*	*− 0,8*	417,6	470,5	*43,1*	*+12,6*	11,1	12,0	*48,3*	*+ 8,5*
Produzierendes Handwerk	386 831	394 653	*23,3*	*+ 2,0*	80,9	94,6	*8,7*	*+16,9*	2,8	3,3	*13,4*	*+17,3*
Sonstiges produzierendes Gewerbe	40 244	37 283	*2,2*	*− 7,4*	9,2	10,4	*1,0*	*+13,3*	0,3	0,3	*1,3*	*+11,3*
Handel	630 775	624 653	*36,8*	*− 1,0*	339,4	389,1	*35,7*	*+14,8*	5,8	6,9	*27,8*	*+19,0*
Großhandel ...	130 417	126 964	*7,5*	*− 2,6*	212,9	240,7	*22,1*	*+13,1*	1,7	2,0	*8,1*	*+20,3*
Handelsvermittlung ...	61 528	69 024	*4,1*	*+12,2*	6,5	8,4	*0,8*	*+30,4*	0,2	0,2	*0,9*	*+28,0*
Einzelhandel ..	438 830	428 665	*25,3*	*− 2,3*	120,1	140,0	*12,8*	*+16,6*	3,9	4,6	*18,7*	*+17,7*
Übrige Wirtschaftsbereiche	514 610	539 136	*31,8*	*+ 4,8*	103,2	123,1	*11,3*	*+19,3*	1,8	2,2	*9,0*	*+21,0*
Insgesamt ...	1 679 549	1 696 051	*100*	*+ 1,0*	953,9	1 090,5	*100*	*+14,3*	21,9	24,8	*100*	*+13,4*

[1]) nur Steuerpflichtige mit Jahresumsätzen über 12 500 DM
[2]) ohne die steuerbefreite Land- und Fortswirtschaft

Tabelle 3

Beschäftigte und Umsatz
Jahreserhebung der Unternehmen des Bergbaus und der Industrie [1])

Hauptgruppe	Beschäftigte			Umsatz			Gesamtumsatz je Beschäftigten	
	1965	1966	Zu- (+) bzw. Abnahme (−)	1965	1966	Zu- (+) bzw. Abnahme (−)	1965	1966
	1 000		%	Millionen DM		%	1 000 DM	
Industrie insgesamt	8 493,7	8 430,4	−0,7	406 573,6	423 431,7	+4,1	48	50
Bergbau	418,9	398,0	−5,0	13 418,9	12 956,8	−3,4	32	33
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1 883,1	1 852,0	−1,7	119 164,4	123 622,8	+3,7	63	67
Investitionsgüterindustrien	3 632,9	3 629,3	−0,1	145 425,6	152 927,6	+5,2	40	42
Verbrauchsgüterindustrien	2 014,1	2 002,3	−0,6	72 607,2	74 875,3	+3,1	36	37
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	544,8	548,7	+0,7	55 957,4	59 049,2	+5,5	103	108
Ernährungsindustrie	503,0	508,9	+1,2	48 145,0	50 809,4	+5,5	96	100
Tabakverarbeitende Industrie	41,8	39,9	−4,5	7 812,4	8 239,8	+5,5	187	207

[1]) Industrieunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten (ohne Energiewirtschaft und Bauindustrie)

Tabelle 4

Anlageinvestitionen im Bergbau und in der Industrie
Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten

Industriehauptgruppe	Investitionen insgesamt		Zu- (+) bzw. Abnahme (−) 1966 gegenüber 1965	je Beschäftigten	im Verhältnis zum Gesamtumsatz
	1966	1965		1966	
	Millionen DM		%	DM	%
Industrie insgesamt	24 548	24 002	*+2,3*	3 150	*6,2*
Bergbau	1 280	1 363	*−6,0*	3 232	*9,9*
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	9 982	9 179	*+8,7*	5 795	*8,6*
Investitionsgüterindustrien	7 799	8 001	*−2,5*	2 254	*5,3*
Verbrauchsgüterindustrien	3 270	3 373	*−3,0*	1 884	*5,0*
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	2 216	2 086	*+6,2*	4 622	*4,3*

Tabelle 5

Anlageinvestitionen im Bergbau und in der Industrie nach Anlagearten
Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten

Anlagekonten	1964		1965		1966	
	Millionen DM	%	Millionen DM	%	Millionen DM	%
Gebäude, bebaute Grundstücke	5 298	*24,9*	6 028	*25,1*	5 997	*24,4*
Unbebaute Grundstücke	366	*1,7*	464	*1,9*	459	*1,9*
Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebsausstattungen	15 612	*73,4*	17 510	*73,0*	18 092	*73,7*
insgesamt	21 276	*100*	24 002	*100*	24 548	*100*

Tabelle 6

Anlageinvestitionen im Produzierenden Handwerk (ohne Baugewerbe) nach Handwerksgruppen und nach Beschäftigtengrößenklassen Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Handwerksgruppe	Investitionen insgesamt 1966	Investitionen insgesamt 1965	Zu- (+) bzw. Abnahme (−) 1966 gegenüber 1965	Investitionen je Beschäftigten 1966
	Millionen DM		%	DM
Metallverarbeitende Handwerke	293,0	320,3	− 8,5	1 688
Holzverarbeitende Handwerke	70,9	84,9	−16,4	1 592
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerke	24,0	23,3	+ 2,8	1 178
Nahrungsmittelhandwerke	90,5	103,8	−12,8	2 256
Handwerke für Gesundheitspflege	5,9	4,8	+22,3	1 105
Sonstige Handwerke [1])	35,9	43,1	−16,5	2 195
Produzierendes Handwerk insgesamt	520,2	580,2	−10,3	1 733
davon in Betrieben mit . . Beschäftigten				
20 bis 49	296,3	337,7	−12,3	1 743
50 bis 99	148,3	154,8	− 4,2	1837
100 bis 199	58,1	69,7	−16,5	1 674
200 und mehr	17,5	18,0	− 2,6	1 179

[1]) Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke

Tabelle 7

Veränderung der Investitionen 1966 gegenüber 1965 und 1964 im Produzierenden Handwerk (ohne Baugewerbe) nach ausgewählten Handwerkszweigen [1])
Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Handwerkszweig	Investitionen insgesamt	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber		Bauliche Investitionen [2])	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber		Ausrüstungsinvestitionen [3])	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber		Investitionen je Beschäftigten (ohne Heimarbeiter)	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber	
	Millionen DM	1964	1965	Millionen DM	1964	1965	Millionen DM	1964	1965	DM	1964	1965
		%			%			%			%	
Produzierendes Handwerk insgesamt	520,2	— 6,4	—10,3	237,4	— 7,8	— 8,1	282,8	— 5,2	—12,1	1 733	— 5,8	— 8,5
Kraftfahrzeugreparatur	125,8	+ 3,2	— 5,0	79,8	+ 4,8	— 3,2	46,0	+ 0,5	— 7,9	2 085	— 4,8	— 5,9
Fleischerei	34,1	—18,3	—12,2	13,8	—29,7	— 9,3	20,3	— 8,3	—14,1	2 213	—16,9	— 9,7
Maschinenbauerhandwerk	33,6	—18,4	—11,1	13,1	—24,2	—10,1	20,5	—14,2	—11,7	1 805	—15,1	— 8,3
Möbeltischlereien	28,6	+ 8,2	—16,0	10,2	+ 1,0	—23,6	18,4	+12,6	—11,2	1 780	+14,2	—13,2
Stahl-, Leichtmetall- und Feineisenbau	27,0	— 6,9	—19,3	10,6	—20,8	—27,6	16,4	+ 5,1	—12,8	1 510	— 3,8	—15,6
Zentralheizungs- und Lüftungsbau	25,6	— 5,1	—14,0	10,3	—13,3	—15,9	15,2	+ 1,4	—12,6	939	— 3,7	—11,8
Bäckerhandwerk	20,3	—20,6	—11,1	5,7	—32,0	—26,0	14,5	—15,0	— 3,4	1 778	—16,7	—10,2
Brauerei	19,0	—31,6	—21,9	5,2	—35,1	—24,7	13,8	—30,2	—20,7	6 105	—29,9	—22,2
Bautischlereien	18,4	—14,1	—29,3	5,9	—40,6	—47,0	12,6	+ 8,4	—16,4	1 400	—12,5	—26,0
Werkzeugmacherhandwerk	13,3	— 9,7	— 8,0	4,1	+ 7,0	+18,6	9,2	—15,6	—16,4	2 250	—10,3	— 7,6
Vulkaniseurhandwerk	13,3	+40,6	— 4,9	6,3	+97,4	+14,7	6,9	+11,3	—17,8	5 282	+14,7	— 7,5
Allgemeine Schlosserarbeiten	11,0	+ 9,7	+22,1	5,1	+ 8,8	+48,6	5,9	+10,5	+ 5,8	1 526	+ 7,0	+20,8
zusammen	370,0	— 6,6	—11,3	170,1	— 8,7	—10,7	199,7	— 4,7	—11,7	1 860	— 7,4	— 9,9

[1]) Zweige mit mehr als 10 Millionen DM Investitionen 1966
[2]) Gebäude, bebaute und unbebaute Grundstücke
[3]) Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung

ZWEITER TEIL

Bericht über Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung für kleine und mittlere Unternehmen

Berichtszeitraum: 1965 bis 1968
Stand: August 1968

Inhaltsübersicht

Darstellung der Förderungsmaßnahmen im einzelnen

I. Gewerbeförderung, Produktivitäts- und Leistungssteigerung in der gewerblichen Wirtschaft

1 Gewerbeförderung

11 Gewerbeförderung im Handwerk

Die für die Gewerbeförderung im Handwerk bereitgestellten Bundesmittel sollen dazu beitragen, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der handwerklich tätigen Unternehmer zu erhöhen. Sie unterstützen die vom Handwerk zur Anpassung an die ökonomische und technische Entwicklung ergriffenen Selbsthilfemaßnahmen.

Im Bundeshaushalt bereitgestellte Mittel (Haushaltsansätze):

1950 bis 1965	77,05	Millionen DM
1966	12,5	Millionen DM
1967	12,9	Millionen DM
1968	12,9	Millionen DM

111 Aufbau, Ausbau und Unterhaltung der betriebswirtschaftlichen und betriebstechnischen Beratungsorganisation des Handwerks

In der fachlichen und überfachlichen Beratungsorganisation des Handwerks sowie in der Abteilung „Praktische Gewerbeförderung" (Betriebswirtschaft und Technik) des Deutschen Handwerksinstituts e.V. sind inzwischen über 200 qualifizierte Berater tätig, von denen 1967 jeder in etwa 230 Fällen individuelle Betriebsberatungen durchführte oder Auskünfte über betriebswirtschaftliche bzw. technische Fragen erteilte. Außerdem wirken diese Berater auch bei der Durchführung von Betriebsvergleichen, Kostenstrukturuntersuchungen, Arbeitsgemeinschaften u. ä. Veranstaltungen mit. Da das Informationsbedürfnis handwerklich tätiger Unternehmen wächst, bleibt das Beratungswesen auch weiterhin einer der Schwerpunkte der Gewerbeförderung des Handwerks.

Bereitgestellte Bundesmittel

1950 bis 1965	20,6	Millionen DM
1966	4,8	Millionen DM
1967	4,7	Millionen DM
1968	4,7	Millionen DM

112 Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung im Handwerk (vgl. Ziff. II. 4)

Zur Finanzierung der Handwerksforschung hat der Bund in den Jahren 1965 bis 1968 rund 4,8 Millionen DM (etwa 56 % des Etats der im Deutschen Handwerksinstitut zusammengeschlossenen Forschungsinstitute) beigetragen. Für die einzelnen Jahre ergibt sich folgendes Bild:

Bereitgestellte Bundesmittel

1950 bis 1965	8,14	Millionen DM
1966	1,165	Millionen DM
1967	1,195	Millionen DM
1968	1,2	Millionen DM

113 Gewerbeförderung durch Ausbau von Einrichtungen zentraler und überregionaler Art (z.B. Gewerbeförderungsanstalten, Fachschulen) sowie durch den Bau von Werkstätten für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung

Von den im Bundesgebiet einschließlich in Berlin (West) ansässigen 45 Handwerkskammern haben 42 Kammern Gewerbeförderungsanstalten oder Ausbildungszentren errichtet bzw. mit deren Bau oder Planung begonnen. Der Bund beteiligte sich maßgeblich an den Bau- und Einrichtungskosten dieser Institutionen. Er leistete außerdem erhebliche finanzielle Beiträge zu den Kosten von überbetrieblich genutzten Ausbildungswerkstätten der Kreishandwerkerschaften und gab in den letzten 10 Jahren Zuschüsse für die Errichtung von etwa 50 Fachschulen des Handwerks und für deren Einrichtung.

Bereitgestellte Bundesmittel

1950 bis 1965 ..	30,7	Millionen DM
1966	4,6	Millionen DM
1967	3,5	Millionen DM
1968	3,8	Millionen DM

114 Förderung der Anpassung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung an die technische Entwicklung

Da durch den schnellen technischen Fortschritt in vielen Fällen die Betriebslehre nicht mehr ausreicht, um den Lehrling mit dem Einsatz und der Bedienung von modernen Maschinen und Geräten vertraut zu machen und über neue Erkenntnisse und technische Verfahren zu unterrichten, sind vom Handwerk überbetriebliche Lehrlingsunterweisungslehrgänge eingeführt worden. Der Bund gewährt zu den Gebühren anerkannter Lehrgänge sowie zur Internatsunterbringung Zuschüsse. Als Folgen vermehrter Ausbildungsstätten und der Anerkennung weiterer Lehrpläne steigt die Zahl der Lehrgangsteilnehmer von Jahr zu Jahr. 1966 nahmen etwa 31 400, 1967 etwa 39 800 Lehrlinge an mehrwöchigen überbetrieblichen Kursen teil.

Bereitgestellte Bundesmittel

1950 bis 1965 ...	2,0	Millionen DM
1966	0,5	Millionen DM
1967	0,8	Millionen DM
1968	1,4	Millionen DM

115 Begabtenförderung im Handwerk einschließlich des Leistungswettbewerbs der Handwerksjugend

Der überwiegende Teil der Förderungsbeiträge des Bundes ist zur Gründung selbständiger Existenzen — seit 1964 etwa 460 Förderungsfälle — sowie als Stipendien für den Besuch von Fach-, Ingenieur- und Hochschulen (Gewerbelehrerstudium) — seit 1954 etwa 6600 Förderungsfälle — gewährt worden.

Bereitgestellte Bundesmittel

1950 bis 1965	6 950 000 DM
1966	600 000 DM
1967	650 000 DM
1968	800 000 DM

116 Förderung des schöpferisch tätigen Handwerks

Der Bund gewährt sechs im Bundesgebiet von den Handwerkskammern unterhaltenen „Beratungsstellen für Fragen der Formgebung" sowie der Abteilung Formgebung des Deutschen Handwerksinstituts e. V. Zuschüsse für die von ihnen wahrgenommene Beratungs- und Fördertätigkeit. Bezuschußt werden u. a. auch Sondermaßnahmen, wie z. B. die Herausgabe des Bildbandes „Gestaltendes Handwerk".

Bereitgestellte Bundesmittel

1950 bis 1965	910 000 DM
1966	75 000 DM
1967	125 000 DM
1968	200 000 DM

117 Förderung der Absatzwerbung, insbesondere der Exportbestrebungen und der Vertretung des Handwerks auf Messen und Ausstellungen

Wichtigste Messeveranstaltung, die jährlich mit etwa 700 000 bis 800 000 DM aus Bundesmitteln für den Aufbau von Sonderschauen gefördert wird, ist die Internationale Handwerksmesse in München.

Bereitgestellte Bundesmittel

1950 bis 1965	7 730 000 DM
1966	675 000 DM
1967	700 000 DM
1968	800 000 DM

12 Gewerbeförderung im Handel und im Hotel- und Gaststättengewerbe

Für Maßnahmen zur Förderung des Handels und des Hotel- und Gaststättengewerbes (mit über 90 v. H. kleinen und mittleren Betrieben) sind seit 1955 Gewerbeförderungsmittel im Bundeshaushalt bereitgestellt (Haushaltsansätze):

1955 bis 1965 insgesamt	22,0 Millionen DM
1966	3,2 Millionen DM
1967	3,6 Millionen DM
1968	3,6 Millionen DM

Die Mittel dienen der Unterstützung überbetrieblicher Selbsthilfemaßnahmen, die ein Zurückbleiben der Betriebe in der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung verhindern und zur Erreichung einer gesunden Struktur in diesen Wirtschaftszweigen beitragen sollen.

Die Mittel wurden insbesondere an folgenden Schwerpunkten eingesetzt:

121 Wiederaufbau, Ausbau und Neuerrichtung bundeswichtiger Fachschulen und sonstiger überregionaler Schulungsstätten (Einzelhandel: 10 Fachschulen, 5 überregionale Schulungsstätten; Großhandel: 5 Fachschulen; Hotel- und Gaststättengewerbe: 3 Fachschulen).

122 Errichtung und weiterer Ausbau von betriebswirtschaftlichen Beratungsstellen (Einzelhandel 13, Großhandel 6, Hotel- und Gaststättengewerbe 6 Beratungsstellen).

123 Grundlagen- und Entwicklungsarbeiten im Beratungswesen.

124 Verbilligte Betriebsberatungen bei kleinen und mittleren Betrieben, um die Inanspruchnahme von Betriebsberatern zu erleichtern und damit die Breitenwirkung der Beratungsarbeit zu erhöhen.

125 Durchführung verbilligter Rationalisierungsvorträge und -kurse zum Zwecke der betriebswirtschaftlichen Aufklärung auf breiter Grundlage.

126 Forschung im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes einschl. der Förderung von Grundarbeiten, wie z. B. die Durchführung von Betriebsvergleichen (Handelsforschung vgl. Ziff. II. 4).

127 Besondere Aufklärungsaktionen im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Mehrwertsteuersystems:

a) Verbilligte Kursberatungen bei Klein- und Mittelbetrieben zur Unterstützung der Betriebe bei der innerbetrieblichen Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem.

b) Vorträge und Kurse über die betriebswirtschaftlichen und technischen Probleme des neuen Mehrwertsteuersystems.

In den Haushaltsjahren 1966 und 1967 wurden das Betriebsberatungswesen und die betriebswirtschaftliche Aufklärungsarbeit vorrangig gefördert. Rund 2,3 Millionen DM von insgesamt 3,2 Millionen DM bzw. rd. 3,3 Millionen DM von insgesamt 3,6 Millionen DM wurden hierfür 1966 und 1967 bereitgestellt. Für das Haushaltsjahr 1968 ist eine ähnliche Schwerpunktbildung vorgesehen.

13 Gewerbeförderung im Verkehrsgewerbe, im sonstigen Gewerbe und in Kleinbetrieben der Industrie

Zur Erhaltung und Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des mittelständischen Verkehrsgewerbes und des sonstigen Gewerbes sowie von Kleinbetrieben der Industrie hat der Bund seit 1965 Gewerbeförderungsmittel durch den Haushaltsplan bereitgestellt, und zwar:

1965	1 000 000 DM
1966	500 000 DM
1967	500 000 DM
1968	900 000 DM

Die Mittel dienen der Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Betriebsberatung und -begehung einschließlich ihrer Vorbereitung und Auswertung.

Aufgrund der vom Bundesministerium für Wirtschaft erlassenen Richtlinien *) sind Zuschüsse für folgende Maßnahmen bewilligt worden:

*) Die Neufassung der Richtlinien vom 1. September 1968 (BAnz Nr. 167 vom 6. September 1968) bringt eine Reihe materieller Verbesserungen.

1. Verbilligte Betriebsberatungen 1965 = 60; 1966 = 587; 1967 = 418

2. Kostenlose Betriebsbegehungen zur Vorbereitung von Betriebsberatungen 1965 = 111; 1966 = 1 223; 1967 = 1 177

3. Rationalisierungsvorträge und -kurse sowie Unterrichtung der Betriebe über betriebs- und marktwirtschaftliche Zusammenhänge, insbesondere auch über Fragen der Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem 1965 = 25; 1966 = 332; 1967 = 643

4. Betriebsvergleiche, insbesondere Kostenstrukturvergleiche, sowie Erstellung von sonstigem Grundlagenmaterial 1965 = 23; 1966 = 35; 1967 = 13

5. Auswertung von Beratungsergebnissen hinsichtlich typischer Strukturdaten 1967 = 1

6. Anlaufhilfen zum Ausbau bestehender und zum Aufbau neuer Betriebsberatungsstellen (Zuschüsse zum Ausgleich des ungedeckten jährlichen Finanzbedarfs) 1965 = 1; 1966 = 2; 1967 = 1

2 Weitere Maßnahmen der Produktivitäts- und Leistungssteigerung

Das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) führt im Rahmen des Produktivitätszuschußprogramms Maßnahmen zur Förderung der Rationalisierung durch, die der Anpassung insbesondere von mittleren und kleineren Unternehmen an strukturelle Veränderungen der Wirtschaft dienen, und zwar:

	1965	1966	1967	1968
	Haushaltsansätze in 1000 DM			
a) Förderung der Betriebsberatung in Industrie, Handel, Handwerk, (Betriebsberatungen, einschließlich Betriebsbegehungsdienst [BBD], Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Betriebsberater)	2 606	1 797	2 470	2 198
b) Förderung der Produktivität im Arbeitskräftepotential (Untersuchungen, Entwicklung von Methoden, Fortbildungsmaßnahmen)	895	1 854	1 837	2 500
c) Betriebswirtschaftliche Förderungsmaßnahmen auf einzel- und zwischenbetrieblicher Ebene (Unternehmensplanung, gruppenwirtschaftliche Untersuchungen, EWG-Marktstudien)	551	519	406	1 300
d) Projekte auf dem Gebiet der Betriebstechnik (Weiterbildung technischer Führungskräfte, rationelle Betriebsmittelnutzung, Erarbeitung neuer Rationalisierungsmöglichkeiten am Bauwesen)	534	512	419	1 900
zusammen . .	4 586	4 682	5 132	7 898

Die Mittel des RKW stammen im wesentlichen aus dem ERP-Sondervermögen, aus dem dem RKW jährlich 10 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden.

3 Leistungsförderungsgesetz

Im Rahmen des Leistungsförderungsgesetzes vom 22. April 1965 (BGBl. I S. 341) sind in der Zeit vom Inkrafttreten der Richtlinien Mitte 1965 bis zur Überleitung der institutionellen beruflichen Förderungsmaßnahmen auf die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV) am 1. September 1967 Zuschüsse und Darlehen aus dem „Sondervermögen für berufliche Leistungsförderung" in Höhe von rd. 54 Millionen DM gewährt worden. Im einzelnen werden Stätten und Einrichtungen gefördert, die der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung, der beruflichen Fortbildung und der Ausbildung von Ausbildungsfachkräften dienen.

Insgesamt sind von der Kreditanstalt für Wiederaufbau 137 Anträge genehmigt worden, die rd. 115 Einzelprojekte mit einem Investitionsvolumen von rd. 118 Millionen DM betreffen.

An der Finanzierung dieser Projekte sind beteiligt:

das Sondervermögen mit rd. . . . . 54 Millionen DM

davon Zuschüsse rd. . . . . 12,3 Millionen DM

Darlehen rd. . . . . 41,7 Millionen DM

Bundeszuschüsse aus dem

Gewerbeförderungsprogramm und dem regionalen Förderungsprogramm

mit rd. . . . . 14 Millionen DM

Landes- und sonstige öffentliche Zuschüsse
mit rd. .... 8 Millionen DM

Von den Anträgen entfallen 79 auf das Handwerk, 35 auf Industrie und Handel, 5 auf die Landwirtschaft und 18 auf sonstige Antragsteller. 84 Projekte der gesamten Förderungsmaßnahmen betreffen überbetriebliche Lehrwerkstätten in Handwirk und Industrie.

Etwa 80 000 bis 100 000 Berufstätige werden jährlich in den geförderten überbetrieblichen Einrichtungen aus- oder fortgebildet.

Das Leistungsförderungsgesetz ist mit Wirkung vom 1. Januar 1968 aufgehoben worden. Die Förderungsmaßnahmen werden von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln fortgeführt. Künftige Rechtsgrundlage wird das Arbeitsförderungsgesetz sein, das nach 1. Lesung im Bundestag z. Z. in den Ausschüssen für Arbeit und für Sozialpolitik beraten wird.

II. Forschung und Information

1 Institut für Mittelstandforschung

Errichtet 1957 an den Universitäten Bonn und Köln. Privatrechtliche Stiftung des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen.

Etat seit 1. Januar 1967 jährlich 600 000 DM, davon Bundesleistung = 400 000 DM, Land Nordrhein-Westfalen = 200 000 DM.

Aufgabe:

Untersuchung der Gesamtsituation des Mittelstandes unter volkswirtschaftlichen, finanzwirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen, konjunkturellen und soziologischen Gesichtspunkten; Veröffentlichung der Forschungsergebnisse. Ein Verzeichnis der seit 1965 publizierten Arbeiten des Instituts befindet sich im Anhang.

Längerfristiges Forschungsprogramm:

Im Jahre 1966 hat der Vorstand des Instituts ein längerfristiges, auf etwa 3 Jahre berechnetes Forschungsprogramm vorgelegt, in dem auch Anregungen des Kuratoriums berücksichtigt wurden. Es wurde am 1. Juli 1966 vom Kuratorium, Beirat und Vorstand des Instituts beschlossen und gebilligt. Von den 31 Titeln des Programms waren im Januar 1968 bereits 15 Titel durch einschlägige Forschungsarbeiten erledigt. Die Ergänzung und Weiterführung des Forschungsprogramms in den kommenden Jahren wird z. Z. erörtert.

2 Förderung besonderer Vorhaben auf dem Gebiet der Mittelstandsforschung

Aus Bundeshaushaltsmitteln wurden zur Förderung besonderer Vorhaben auf dem Gebiet der Mittelstandsforschung seit 1965 u. a. Gutachteraufträge über folgende Themen vergeben:

„Der mittelständische Unternehmer in der modernen Wirtschaft" (Prof. Dr. Utz),

„Möglichkeiten der Kapitalbeteiligung an Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere durch Kapitalbeteiligungsgesellschaften" (Prof. Dr. Hax),

Erarbeitung einer Prüfliste („Checklist"): Priv.-Doz. Dr. Endres (vgl. Ziff. 7).

Ferner wurde dem Institut für Mittelstandsforschung die Veröffentlichung von Arbeiten ermöglicht, die das Institut aus Etatsgründen nicht selbst hätte publizieren können, deren Veröffentlichung jedoch im Interesse der Bundesregierung oder der Öffentlichkeit lag.

Es wurden bewilligt:

1965 3 Publikationen und 3 Gutachteraufträge mit rd. 58 000 DM

1966 8 Publikationen und 3 Gutachteraufträge mit rd. 100 000 DM

1967 6 Publikationen mit rd. 63 000 DM

1968 2 Publikationen und 2 Gutachteraufträge mit rd. 37 000 DM

Insgesamt für diese Zwecke aus Bundeshaushaltsmitteln bereitgestellt (Haushaltsansätze):

1965 .... 80 000 DM
1966 .... 100 000 DM
1967 .... 100 000 DM
1968 .... 100 000 DM

3 Handwerksforschung

Zur Anpassung des Handwerks an die technische und wirtschaftliche Entwicklung fördert der Bund Forschungseinrichtungen, die sich auf den Gebieten der Technik, der Berufserziehung, der Volks- und Betriebswirtschaft und des Handwerksrechts mit den für das Handwerk bedeutsamen Problemen beschäftigen und für die Praxis verwertbare Erkenntnisse, Methoden und Verfahren erarbeiten.

Gefördert werden folgende Institute:

Neun Forschungsinstitute, die im Deutschen Handwerksinstitut e. V., München, zusammengeschlossen sind:

a) Institut für Handwerkswirtschaft der Technischen Universität Berlin
b) Forschungsinstitut für Handwerkswirtschaft an der Universität Frankfurt/M.
c) Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen
d) Heinz-Piest-Institut für Handwerkstechnik an der Technischen Hochschule Hannover
e) Institut für technische Betriebsführung im Handwerk, Karlsruhe
f) Institut für Berufserziehung im Handwerk an der Universität Köln
g) Institut für Handwerkswirtschaft München
h) Handwerksrechtsinstitut München e. V.
i) Handwerkswissenschaftliches Institut Münster

Institut für Kunststoffverarbeitung an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen — Abteilung Handwerk —

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung in Essen — Abteilung Handwerk —

Ein Verzeichnis von wichtigen Arbeiten der Institute, die seit 1965 publiziert wurden, befindet sich im Anhang.

Das Deutsche Handwerksinstitut e. V. München betreibt in seiner Hauptabteilung „Wissenschaft" nicht nur die in den jährlich aufgestellten Forschungsprogrammen beschriebenen Forschungen und Entwicklungen; zum Teil werden auch, vor allem von der „Hauptabteilung Praktische Gewerbeförderung" des DHI, Untersuchungen (Betriebsvergleiche, Kosten- und Erfolgsanalysen etc.) durchgeführt, die für die Unternehmens- bzw. Betriebsführung von unmittelbarem Nutzen sind. Diese Hauptabteilung transponiert in ihren Abteilungen Betriebswirtschaft, Technik, Export und Formgebung die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse in eine sprachliche und technische Form, die für den handwerklich tätigen Unternehmer verständlich ist. Sie verbreitet diese Erkenntnisse, z. B. durch Merkblätter, und koordiniert die über die Beratungsorganisation des Handwerks sowie über das Buchstellenwesen und andere Institutionen bestehenden Informationsmöglichkeiten.

4 Handelsforschung

Für die handels- und absatzwirtschaftliche Forschung wurden folgende Beträge angesetzt:

1965	600 000 DM
1966	700 000 DM
1967	700 000 DM
1968	700 000 DM

Mit Hilfe wissenschaftlicher Forschungsergebnisse soll dem Strukturwandel in der Absatzwirtschaft als Folge der Entstehung größerer Wirtschaftsräume und neuer Märkte und den sich aus der Neuordnung von Städten und Gemeinden ergebenden Standortproblemen Rechnung getragen werden.

Aus den für die handels- und absatzwirtschaftliche Forschung bereitgestellten Mitteln wird die Tätigkeit des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln (IfH) sowie der Forschungsstelle für den Handel, Berlin (FfH), mit erheblichen Zuwendungen gefördert. Beide Forschungseinrichtungen führen Betriebsvergleiche durch, deren Schwerpunkte im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe liegen. Die Ergebnisse der Betriebsvergleiche haben sich als eine wertvolle Hilfe für die beteiligten Firmen bei ihren betrieblichen und unternehmerischen Dispositionen erwiesen.

Die Teilnehmer werden im mehrjährigen Turnus von Mitarbeitern des IfH und der FfH aufgesucht, die mit ihnen die bisherigen Ergebnisse und deren praktische Auswertungen erörtern. Wie die Erfahrung zeigt, wird durch diese Betriebsbesuche das Verständnis mittelständischer Unternehmer für die betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge stark gefördert.

Aus dem Titel für handels- und absatzwirtschaftliche Forschung wurden folgende abgeschlossenen Forschungsvorhaben des Bundesministeriums für Wirtschaft finanziert (vgl. I. 126):

a)	Möglichkeiten und Auswirkungen einer differenzierten Kalkulation von problemlosen und nicht problemlosen Artikeln im Einzelhandel	Forschungsstelle für den Handel, Berlin (abgeschlossen 1966)
b)	Die wirtschaftliche Lage von Einzelhandels- und konsumnahen Handwerksbetrieben in neuen Wohnsiedlungen, dargestellt an Berliner Beispielen	Forschungsstelle für den Handel, Berlin (abgeschlossen 1966)
c)	Die Versorgung der Bewohner neuer Wohnsiedlungen durch Einzelhandels- und konsumnahe Handwerksbetriebe, dargestellt an Berliner Beispielen	Forschungsstelle für den Handel, Berlin (abgeschlossen 1967)
d)	Unterschiede und Wandlungen der regionalen Handelsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 und 1961	Handelsinstitut an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken (abgeschlossen 1967)

5 Industrielle Gemeinschaftsforschung

Für Gemeinschaftsaufgaben der industriellen Grundlagenforschung werden seit 1950 öffentliche Mittel bereitgestellt. 1954 wurde die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen e. V. (AIF) gegründet, in der 66, d. h. etwa 85 % aller Forschungsvereinigungen der kleinen und mittleren Industrie zusammengefaßt sind.

Die kleinen und mittleren Industrieunternehmen sind in der Regel nicht in der Lage, eigene Forschungslaboratorien zu unterhalten und qualifizierte Wissenschaftler zu beschäftigen. Auch in ihrer Gemeinschaftsforschung reichen die eigenen Mittel nur zur Lösung praxisnaher Aufgaben aus. Die öffentliche Hand fördert daher Gemeinschaftsvorhaben der Grundlagenforschung, die den Ausgangspunkt für die firmeneigene, weiterführende Forschung oder für spezielle Entwicklungen in der Industrie bilden und deren Veröffentlichungen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Hierfür wurden bereitgestellt: (Haushaltsansätze)

1950 bis 1964 = rd. 164 Millionen DM, davon 100 Millionen DM aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums

für Wirtschaft und 64 Millionen DM aus Mitteln des ERP-Sondervermögens

1965 = 12,5 Millionen DM

1966 = 14,0 Millionen DM

1967 = 14,5 Millionen DM

1968 = 17,2 Millionen DM

6 Informationsstelle des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW)

Die Informationsleitstelle des RKW erteilt oder vermittelt seit ihrem Bestehen (1965) auf Anfrage Auskünfte über Rationalisierungsfragen auf betriebstechnischem, betriebswirtschaftlichem und arbeitswirtschaftlichem Gebiet. Die Fragen werden vom RKW entweder aufgrund eigener Erfahrungen oder aber durch andere Informations und Dokumentationsstellen beantwortet, denen das RKW die Anfragen zuleitet. Die Stelle wurde auch von einer großen Zahl von kleinen und mittleren Unternehmern in Anspruch genommen.

Die Anfragen beziehen sich insbesondere auf:

Rationelle Fertigung, Materialfluß, Vertrieb, Planung und Organisation, Aus- und Weiterbildung, Personalführung, Mechanisierung und Automatisierung in der Verwaltung.

7 Arbeitskreis für Mittel- und Kleinbetriebe des „Bundesausschusses Betriebswirtschaft im Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW)“

Errichtet: 1964

Mitglieder:

Vertreter der Industrie, des Handwerks, des Handels, des Genossenschaftswesens und der öffentlichen Verwaltung.

Aufgaben und Ziele:

Verbesserte betriebswirtschaftliche Information für Klein- und Mittelbetriebe. Stärkere Berücksichtigung der Probleme von Klein- und Mittelbetrieben bei der Ausbildung des akademischen Nachwuchses.

Der Arbeitskreis hat als erstes ein Merkblatt für Investitionsüberlegungen mit dem Zweck entwickelt, die hierfür maßgebenden Gesichtspunkte übersichtlich und verständlich darzustellen. Das Merkblatt enthält wesentliche Investitionsgrundsätze, eine schaubildliche Darstellung der Investitionsüberlegungen und Beispiele für Wirtschaftlichkeitsrechnungen. Es wurde auf die Verhältnisse des produzierenden Gewerbes (Handwerks- und Industriebetriebe) abgestellt und in einer einfachen Fassung für Kleinbetriebe und einer erweiterten Fassung für Mittelbetriebe sowie in einer besonderen Ausgabe für den Handel mit hohen Auflagen veröffentlicht. Eine Fassung für Großhandelsbetriebe befindet sich im Druck.

Die Vorarbeiten an einer Prüfliste zur Überwachung des laufenden Geschäftsbetriebes und für die Neugründung oder Übernahme von Betrieben sind durch Vorlage eines Sachverständigengutachtens abgeschlossen. Die Prüfliste geht auf die „Checklist“ zurück, die die amerikanische Small Business Administration für ähnliche Fälle entwickelt hat. Sie wird nach abschließender Behandlung im Arbeitskreis interessierten Unternehmen und Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Das Merkblatt Finanzplanung für gewerbliche Betriebe ist in einer allgemeinen und einer speziellen Fassung für den Handel im Entwurf abgeschlossen. Eine Veröffentlichung auf breiter Basis — ähnlich dem Merkblatt für Investitionsüberlegungen — steht unmittelbar bevor.

III. Wettbewerbsrecht, Konzentrationsbeobachtung, Förderung der Kooperation

1 Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom 15. September 1965 (BGBl. I S. 1363); Neufassung des Gesetzes vom 3. Januar 1966 (BGBl. I S. 37) - Erleichterung der Kooperation

Erleichterung des Zulassungsverfahrens für Normen- und Typenkartelle (§ 5 Abs. 1) sowie für Spezialisierungskartelle (§ 5 a, Senkung der Verwaltungsgebühren, Zulassung von Normen- und Typenempfehlungen (§ 38 Abs. 3);

Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über preisbindende Unternehmen durch Erweiterung der Eingriffsmöglichkeiten der Kartellbehörden (§ 17) und durch Einführung eines öffentlichen Preisbindungsregisters (§ 16 Abs. 5);

Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über vertikale Ausschließlichkeitsverträge (§ 18);

Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen durch Erweiterung des Mißbrauchsbegriffs (§ 22 Abs. 3) sowie Einführung einer öffentlichen mündlichen Verhandlung im Mißbrauchsverfahren (§ 53 Abs. 3);

Verschärfung der Vorschriften über die Anzeige von Unternehmenszusammenschlüssen durch Einführung absoluter Kriterien für die Meldepflicht (§ 23) sowie eines öffentlichen Anhörungsverfahrens bei bestimmten bedeutenden Zusammenschlüssen.

Stetige Fortentwicklung der Kooperationsidee auf der Grundlage der vom Bundesministerium für Wirtschaft im Jahre 1963 veröffentlichten „Kooperationsfibel“. Entsprechende beratende Tätigkeit des Bundeskartellamtes gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen.

Mitwirkung an der europäischen Kooperationsfibel (Bekanntmachung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom Juli 1968).

2 Konzentrationsbeobachtung

Ein Arbeitskreis „Konzentrationsbeobachtung" im Bundesministerium für Wirtschaft beobachtet seit 1965 die Unternehmenskonzentration in der deutschen Wirtschaft im Anschluß an die Ergebnisse der Konzentrationsenquete.

Da eine Fortschreibung der Konzentrationsenquete, ausgehend von den vorhandenen Unterlagen, nicht möglich war, wurden Verbesserungsvorschläge für die amtliche Statistik ausgearbeitet, die insbesondere zur Erhöhung der Aussagefähigkeit der Industriestatistik (Konzentrationsprogramm des Industriezensus) unter dem Gesichtspunkt der Konzentrationsbeobachtung führten.

Über die Auswertungsergebnisse, insbesondere über die Beteiligungsmeldungen nach § 20 AktG, über konzentrationsrelevante Vorgänge sowie über Fälle zwischenbetrieblicher Kooperation wurde im Jahre 1967 intern berichtet.

3 Kooperationsbörse des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW)

In den Publikationen des RKW werden auf Antrag Kooperations-Angebote veröffentlicht. Ziel dieser neuerlich erweiterten Veröffentlichungen ist es, auf diese Weise Kooperationswillige zusammenzuführen.

Bisher erstreckt sich die Tätigkeit der Kooperationsbörse insbesondere auf die Vermittlung der aus den Reihen des Vertriebs (ca. 50 %) und der Fertigung (ca. 25 %) vorgetragenen Kooperationswünsche. Die Kooperationsbörse wird in letzter Zeit in zunehmendem Umfang in Anspruch genommen.

4 Gesprächskreis Kooperation

Der „Gesprächskreis Kooperation" wurde 1966 von den Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem RKW gegründet.
Ziel:

Förderung der Kooperation als Weg der Selbsthilfe in der gewerblichen Wirtschaft und Vorlage entsprechender Vorschläge.

Vertreter der Verwaltung (BMWi und einige Bundesländer) wirken beratend mit.

Nachdem bisher eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Kooperationsmöglichkeiten und ein Gedankenaustausch über die Auffassungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche erfolgte (Abschluß mit dem Kooperationskongreß in Bad Godesberg, Oktober 1967), behandelt der Gesprächskreis nunmehr folgende Fragen:

a) Neue Wege der Kooperationsförderung für die Wirtschaft,

b) Hemmnisse der Kooperation und Möglichkeiten ihrer Beseitigung. Stellt insbesondere das Kartellgesetz eine Hürde für eine verstärkte Kooperation dar?

c) Möglichkeiten staatlicher Förderungen der Kooperation.

Der Förderung der Kooperation dient auch der 1965 gegründete Arbeitskreis „Kooperation zwischen Industrie- und Handelsunternehmen" (Herausgabe einer Informationsschrift „Wettbewerbsfähiger durch Kooperation zwischen Industrie- und Handelsunternehmen — Thesen zur Partnerschaft —").

IV. Finanzierungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen

1 Kredite und Zuschüsse

Schwerpunkte der Kredite:

Auf- und Ausbau, Rationalisierung und Modernisierung von Betrieben in Förderungsgebieten; Gründung selbständiger Existenzen für Nachwuchskräfte; Errichtung von Betrieben in neuen Wohnsiedlungen sowie neugeordneten Stadtteilen und Gewerbegebieten; Investitionsvorhaben von Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegssachgeschädigten; Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Freimachung von Liegenschaften für die Bundeswehr.

Schwerpunkte der Zuschüsse:

Gewerbeförderung, Steigerung der Produktivität, regionale Wirtschaftsförderung, Zinszuschüsse für Investitionskredite im Zonenrandgebiet.

1948 bis 1965

Gesamtsumme .... 5,3 Mrd. DM

davon Kredite .... 5,1 Mrd. DM

Im einzelnen entfielen auf:

	Kredite	Zuschüsse
	in Millionen DM	
Handwerk	1 193	93,0
Kleingewerbe	224	74,5
Industrie	1 953	34,5
Handel	1 474	29,2
Verkehrsgewerbe	69	0,6
Beherbergungs- und Gaststättengewerbe	172	5,3

1966

Gesamtsumme .... 330 Millionen DM

davon Kredite .... 270 Millionen DM

Im einzelnen entfielen auf:

	Kredite	Zuschüsse
	in Millionen DM	
Handwerk	75,5	11,7
Kleingewerbe	15,9	9,1
Industrie	97,7	31,6
Handel	55,7	4,0
Verkehrsgewerbe	3,8	0,26
Beherbergungs- und Gaststättengewerbe	20,2	0,34

1967

Gesamtsumme .... 334 Millionen DM

davon Kredite .... 270 Millionen DM

1968

Gesamtsumme .... etwa 350 Millionen DM

Die aufgewendeten Mittel stammen hauptsächlich aus dem ERP-Sondervermögen, dem Lastenausgleich und dem Bundeshaushalt.

2 Bürgschaften

Der Bund gewährt zusammen mit den Ländern den Kreditgarantiegemeinschaften — als Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft — bereits seit 1954 Rückbürgschaften. Hierdurch werden die Kreditgarantiegemeinschaften in die Lage versetzt, durch Übernahme von Bürgschaften, kleine und mittleren Unternehmen bei Fehlen ausreichender bankmäßiger Sicherheiten die Aufnahme von Krediten (vor allem Investitionskrediten, aber auch Betriebsmittelkrediten) zu ermöglichen.

Der Risikoanteil des Bundes an den Bürgschaften beträgt je nach Dauer der Geschäftstätigkeit der Kreditgarantiegemeinschaften 42, 45 oder 48 %. Mit Hilfe dieser Rückbürgschaften ist der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft bis zum 31. Dezember 1967 ein Kreditvolumen von rd. 982 Millionen DM erschlossen worden. Da es sich bei den verbürgten Krediten vielfach nur um Spitzenfinanzierungen handelt, ist der Betrag der durch die Rückbürgschaften insgesamt mobilisierten Mittel wesentlich höher anzusetzen.

Soweit sich die Kreditgarantiegemeinschaften wegen Überschreitung des satzungsmäßig festgelegten Höchstbetrages zu einer Bürgschaftsübernahme nicht in der Lage sehen, können Bund und Länder aufgrund der in den jeweiligen Haushaltsgesetzen enthaltenen Ermächtigungen Bürgschaftshilfen gewähren.

Besondere Bürgschaftsprogramme zur Förderung der Errichtung mittelständischer Betriebe in neuen Wohnsiedlungen, neugeordneten Stadtteilen und in Gewerbegebieten, des Auf- und Ausbaues der Unternehmen von Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegssachgeschädigten sowie zur Förderung der Reinhaltung der Gewässer oder der Luft und der Errichtung von Lagerbauten des Lebensmittelhandels wurden von mittelständischen gewerblichen Unternehmen in unterschiedlichem Maße in Anspruch genommen.

Darüber hinaus hat der Bund Einzelbürgschaften zugunsten mittelständischer gewerblicher Unternehmen übernommen.

Die Kreditgarantiegemeinschaften haben — mit Hilfe der Rückbürgschaften des Bundes — folgende Kredite verbürgen können:

	bis 1965	1966	1967
	in Millionen DM		
Gesamtbetrag	699,2	145,0	138,0
Handwerk	383,1	72,3	61,3
Industrie	53,2	16,3	20,7
Handel	228,1	42,7	41,8
Verkehrsgewerbe	3,9	2,0	1,1
Beherbergungs- und Gaststättengewerbe	30,5	10,5	11,9
Sonstiges Gewerbe	0,4	1,2	0,8

3 Arbeitsausschuß für Kreditfragen des gewerblichen Mittelstandes beim Bundesminister für Wirtschaft

Der Ausschuß, der die Verbände der kreditgebenden Wirtschaft und der Spitzenverbände der kreditnehmenden mittelständischen gewerblichen Wirtschaft zu gemeinsamen Gesprächen zusammenführt, beriet in den Jahren 1965 bis 1967 insbesondere Probleme der Beteiligungsfinanzierung, des Investitionssparens, der mittelständischen Kreditversorgung und der statistischen Erfassung der Mittelstandskredite.

Im April 1967 wurde nach gründlichen, seit 1964 laufenden Vorarbeiten durch einen Unterausschuß des Arbeitsausschusses ein Merkblatt entwickelt, das als Grundlage für die Berücksichtigung der nachhaltigen Ertragskraft bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit dienen soll.

Das Merkblatt wurde im Dezember 1967 endgültig vom Arbeitsausschuß verabschiedet und allen Mitgliedern dieses Ausschusses sowie interessierten Verbänden und Stellen, die sich mit der betriebswirtschaftlichen Beratung vorwiegend kleiner und mittlerer Unternehmen befassen, zugänglich gemacht. Ferner wurde eine vereinfachte Fassung des Merkblattes, abgestellt auf einfache Verhältnisse im produzierenden Gewerbe, sowie eine spezielle Fassung für dienstleistende Handwerkszweige erarbeitet; eine Fassung für den Handel befindet sich in Vorbereitung [1]).

Zweck des Merkblattes ist es, durch einen besseren Einblick in die nachhaltige Ertragskraft kleiner und mittlerer Unternehmen die Bereitschaft der Kreditinstitute zur Gewährung von Personalkrediten zu erhöhen und den Kreditinstituten zu ermöglichen, geringere Anforderungen an die realen Sicherheiten zu stellen.

4 Beteiligungsfinanzierung

Die oft zu schmale Eigenkapitalbasis kleiner und mittlerer Unternehmen erschwert häufig die Durchführung notwendiger Investitionen. Seit 1965 hat das Bundesministerium für Wirtschaft in Zusammen-

[1]) Die ausführliche Fassung des Merkblatts ist beim Betriebswirtschaftlichen Verlag Dr. Th. Gabler GmbH (62 Wiesbaden 1, Postfach 11), beim Deutschen Sparkassen-Verlag, Stuttgart und beim Deutschen Genossenschaftsverlag, Wiesbaden, erschienen.

arbeit mit den beteiligten Verbänden des Kreditgewerbes und der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft die Möglichkeiten geprüft, die Kapitalzuführung durch die Errichtung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu verbessern. Nachdem der Arbeitsausschuß für Kreditfragen des gewerblichen Mittelstandes beim Bundesminister für Wirtschaft mehrfach die damit zusammenhängenden Fragen beraten hat, beauftragte das Bundesministerium für Wirtschaft, Professor Dr. Hax, ein Gutachten über „Das Problem der Beteiligungsfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen" zu erstellen. Das Gutachten liegt nunmehr vor. Es analysiert die schon bestehenden in- und ausländischen Kapitalbeteiligungsgesellschaften und behandelt Möglichkeiten für eine zweckmäßige Konstruktion erwerbswirtschaftlicher Kapitalbeteiligungsgesellschaften . und für Aufbau und etwaige staatliche Förderung von „gemeinwirtschaftlich" arbeitenden Gesellschaften.

Zur weiteren Prüfung der Bereitschaft kleiner und mittlerer Unternehmen, Eigenkapital von Beteiligungsfinanzierungsgesellschaften aufzunehmen, wurde vom Arbeitsausschuß für Kreditfragen des gewerblichen Mittelstandes (s. Ziffer 3) eine Arbeitsgruppe errichtet.

V. Steuergesetzgebung

1 Einkommensteuer

11 Übertragung stiller Reserven

Die Regelung des § 6 b Einkommensteuergesetz (EStG), wonach die bei der Veräußerung bestimmter Wirtschaftsgüter des betrieblichen Anlagevermögens aufgedeckten stillen Reserven steuerneutral auf bestimmte neu angeschaffte oder hergestellte Anlagegüter übertragen werden können, wurde das Steueränderungsgesetz 1965 vom 14. Mai 1965 (BGBl. I S. 377) auf nicht buchführende Gewerbetreibende und Land- und Forstwirte ausgedehnt (§ 6 c EStG).

Steuerliche Entlastung der Wirtschaft: ca. 10 Millionen DM jährlich.

12 Veräußerungsgewinne

Durch dasselbe Gesetz wurde die Freigrenze von 10 000 DM für Gewinne aus der Veräußerung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes, eines Gewerbebetriebes, einer wesentlichen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft oder eines Vermögens, das der selbständigen Arbeit dient, in einen Freibetrag von 20 000 DM bei Veräußerungsgewinnen bis zu 80 000 DM umgewandelt (§§ 14, 16 bis 18 EStG).

Steuerliche Entlastung der Wirtschaft: ca. 25 Millionen DM jährlich.

2 Umsatzsteuer

Kollegenlieferung

Durch das 16. Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 26. März 1965 (BGBl. I S. 156) sind Lieferungen auf Grund eines Spezialisierungskartells unter bestimmten Bedingungen von der Umsatzsteuer freigestellt worden (§ 4 Ziffer 29 Umsatzsteuergesetz [UStG]). Das 17. Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 23. Dezember 1966 (BGBl. I S. 709) hat in diese Begünstigung Spezialisierungskartelle mit Preisabsprachen einbezogen.

Diese Regelung ist mit dem Umsatzsteuersystemwechsel am 31. Dezember 1967 entfallen.

3 Mehrwertsteuer

31 Systemwechsel

Der Übergang zur Mehrwertsteuer hat zu einer einheitlichen umsatzsteuerlichen Belastung gleicher oder vergleichbarer Leistungen geführt und damit die bisherige Vorzugsstellung vor allem der integrierten Unternehmen beseitigt. Dieser Systemwechsel stellt damit vor allem für kleine und mittlere Unternehmen die wohl bedeutendste steuerliche Änderung der letzten Jahre dar.

32 Kleinbetriebsregelung

Für Unternehmer mit niedrigem Gesamtumsatz enthält § 19 UStG (Mehrwertsteuer) vom 29. Mai 1967 — BGBl. 1967 I S. 545 — eine Sonderregelung. Bei einem Gesamtumsatz bis zu 60 000 DM jährlich ist an Stelle der Mehrwertsteuer eine der alten Bruttoumsatzsteuer entsprechende Abgabe von 4 % zu entrichten. Bei Umsätzen bis zu 40 000 DM jährlich wird ein Freibetrag von 12 000 DM gewährt. Der Freibetrag unterliegt bei Gesamtumsätzen über 40 000 DM einer Degression. Diese Regelung schließt allerdings die Vorzüge der Mehrwertsteuer — offener Ausweis der Steuer in der Rechnung, Vorsteuerabzug — aus. Dies kann sich nachteilig auswirken, wenn der Unternehmer überwiegend oder ausschließlich an steuerpflichtige Unternehmer liefert, oder wenn er hohe, mit Steuer belastete Vorbezüge hat. Daher besteht die Möglichkeit, für die Mehrwertsteuer zu optieren.

VI. Berichterstattung an den Deutschen Bundestag

Mit der Drucksache IV/1290 vom 25. April 1963 hatte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. ersucht, ihm laufend über Lage und Entwicklung der Mittelschichten zu berichten.

Im Zuge dieser Berichterstattung wurden dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen des Deutschen Bundestages seit dem Jahre 1965 folgende Berichte zugänglich gemacht:

1. Zusammenstellung der Einrichtungen und Maßnahmen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen europäischen Ländern mit der Erforschung mittelständischer Probleme befassen oder deren Forschungsergebnisse u. a. auch kleinen und mittleren Unternehmen der

gewerblichen Wirtschaft zugute kommen (März 1965).

2. Berufsausbildung, berufliche Fortbildung, Aus- und Fortbildungsförderung als Instrument zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft (Januar 1966).
3. Gutachten der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Instituts für Mittelstandsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft:
   a) Mittelstandsförderung in Frankreich, den Beneluxländern und der Bundesrepublik Deutschland (Januar 1966).
   b) Mittelstandsbibliographie (Februar 1966).
4. Die Entwicklung des Handwerks im letzten Jahrzehnt 1956—1965 (März 1966).
5. Bericht über die Lage und Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe des Handels (März 1967).
6. Bericht über die Lage und Entwicklung der Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes (März 1967).
7. Auswertungsergebnisse der Industriestatistik im Zeitvergleich 1965 gegenüber 1960 (März 1967).
8. Entwicklung der Vermögens- und Kapitalstruktur der Unternehmen auf Grund von amtlichen und nichtamtlichen statistischen Unterlagen — Zeitvergleich 1957, 1960, 1963 — (März 1967).
9. Einkommen und Einkommensteuer aus Gewerbebetrieben nach Einkunftsgrößenklassen im Jahre 1961 (März 1967).

VII. Änderung gewerberechtlicher Vorschriften

1 Blindenwarenvertriebsgesetz

Auch das von der Bundesregierung eingebrachte Blindenwarenvertriebsgesetz vom 9. April 1965 — BGBl. I S. 311 — ist am 1. Juli 1965 in Kraft getreten. Durch das Gesetz ist der Vertrieb von Blindenwaren erleichtert worden. Es gestattet anerkannten Blindenwerkstätten und Zusammenschlüssen von Blindenwerkstätten beim Vertrieb von Blindenwaren und bestimmten, fabrikmäßig hergestellten Waren (Zusatzwaren) den Hinweis auf die Beschäftigung von Blinden oder die Fürsorge für Blinde. Damit sollen die Nachteile der Blindenbetriebe im Wettbewerb ausgeglichen werden, die darin begründet sind, daß die handwerksmäßig hergestellten Blindenwaren wegen ihres hohen Lohnanteils gegenüber den fabrikmäßig hergestellten Waren ohne eine entsprechende Bevorzugung im Wettbewerb nicht konkurrenzfähig wären. Das Blindenwarenvertriebsgesetz und die auf Grund dieses Gesetzes erlassene Durchführungsverordnung vom 11. August 1965 — BGBl. I S. 807 — erweitern gegenüber dem früheren Recht den Katalog der Blinden- und Zusatzwaren, um den Absatz dieser Waren zu fördern und die Existenzgrundlage der Blindenbetriebe, bei denen es sich überwiegend um Kleinbetriebe handelt, sicherzustellen. Im Blindenhandwerk werden zur Zeit etwa 3500 Blinde in etwa 500 Betrieben beschäftigt.

2 Gesetz zur Änderung des Titels IV der Gewerbeordnung (Markt- und Messewesen)

Das von der Bundesregierung eingebrachte Gesetz ist am 24. Mai 1968 verkündet worden und nach Ablauf eines Monats in Kraft getreten (BGBl. I S. 549). Das Gesetz dient der Förderung des Marktwesens, und zwar u. a. durch Maßnahmen zur Erhaltung der bestehenden Marktplätze. Bei den auf den Märkten tätigen Markthändlern handelt es sich überwiegend um kleine und mittlere Gewerbetreibende. Das Gesetz trägt dazu bei, daß ihnen so weit wie möglich ihre Standplätze auf den Märkten und somit die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz erhalten bleiben.

VIII. Novellierung der Handwerksordnung

Durch die Novelle zur Handwerksordnung vom 9. September 1965 sind die einzelnen Regelungen der Handwerksordnung an die veränderten technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse angepaßt worden; insbesondere ist der Befähigungsnachweis elastischer gestaltet worden.

Günstigere rechtliche Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb von Handwerksunternehmungen wurden insbesondere durch folgende Bestimmungen geschaffen:

1. Durch Zulassung der Führung eines Handwerksbetriebes in der Form einer Personengesellschaft kann nunmehr ein Handwerksmeister gemeinsam mit einem Kaufmann, der sein Spezialwissen und Kapital einbringt, ein Handwerksunternehmen betreiben.
2. Die Einführung des Begriffs „verwandte Handwerke" gibt dem selbständigen Handwerker die Möglichkeit, jetzt ohne besondere Meisterprüfung auch verwandte Handwerke zu betreiben. Dadurch erhält er bei der Gewerbeausübung eine breitere Basis und damit eine bessere Stellung im Wettbewerb.
3. Eine Ausnahmebewilligung kann künftig auf wesentliche Teilbereiche des Handwerks beschränkt werden. Damit wird die Errichtung von Handwerksbetrieben, die sich auf einen Teilbereich des Handwerks beschränken, ermöglicht.
4. Das in der Anlage B zur Handwerksordnung näher bezeichnete „handwerksähnliche Gewerbe" ist in den Betreuungsbereich der Handwerkskammern einbezogen worden und kann damit zu den Förderungseinrichtungen der Handwerksorganisation zugelassen werden. Die Berufsausbildungsvorschriften der Handwerksordnung sind in wesentlichen Punkten verbessert worden.

IX. Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen an öffentlichen Aufträgen

Die Anwendung marktwirtschaftlicher Grundsätze bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen hat dazu geführt, daß kleine und mittlere Unternehmen sich

in angemessenem Umfang an solchen Aufträgen beteiligen konnten. Der tatsächliche Umfang der an diese Unternehmen vergebenen Aufträge richtet sich nicht nur nach Art und Umfang der zu erbringenden Lieferungen und Leistungen; auch die — durch die Konjunktur- und Marktlage beeinflußte — Bereitschaft kleinerer Unternehmen, Aufträge der öffentlichen Hand zu übernehmen, dürfte dabei eine wichtige Rolle spielen.

Um den Zugang kleiner und mittlerer Betriebe zu Verteidigungsaufträgen zu erleichtern, sieht der „Mittelstandserlaß" des Bundesministers der Verteidigung vom 14. Juli 1956 in der Neufassung vom 14. September 1966 (MinBl. BMVtdg 1966, S. 347) für produzierende Kleinbetriebe bis zu 50 Beschäftigten, für Einzelhandelsbetriebe bis zu 1 Mio DM, für Großhandelsbetriebe bis 5 Mio DM Umsatz eine besondere Regelung vor.

Auch andere Vergaberessorts sorgen durch entsprechende Anweisungen an ihre Vergabestellen dafür, daß in ihrem Geschäftsbereich kleine und mittlere Unternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen in angemessenem Umfang berücksichtigt werden.

Die Auftragsstruktur — und damit auch die Möglichkeit der Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Aufträgen — ist bei den einzelnen Bundesressorts verschieden.

So fallen z. B. im Bereich des Bundesministers der Verteidigung bei den zentralen Beschaffungen zu durchschnittlich rund 85 % Aufträge an, die ihrer Art nach nur von Großunternehmen ausgeführt werden können, wie z. B. Flugzeuge, Schiffe, Panzer usf. Anders ist die Situation hingegen z. B. im Bereich des Bundesministers für Verkehr. Hier waren kleine und mittlere Unternehmen beim Bundesfernstraßenbau mit drei Vierteln am Gesamtvolumen der Aufträge beteiligt. Diese Unterschiedlichkeiten in der Auftragsstruktur haben Veranlassung gegeben, bei der Berichterstattung der Bundesressorts auch den Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen an den für sie geeigneten („mittelstandsfähigen") Aufträgen darzustellen.

Im einzelnen wurden an kleine und mittlere Unternehmen in den letzten Jahren von Bundesressorts u. a. folgende Aufträge vergeben [1]):

Bundesministerium der Verteidigung

Kleine und mittlere Unternehmen waren an zentralen Beschaffungen, die ihrer Art nach von ihnen ausgeführt werden konnten, von 1956 bis 1967 mit rund 2,33 Mrd DM (= 38,7 %) beteiligt. Dabei sind Bauaufträge nicht berücksichtigt. An den dezentralen Beschaffungen (Aufträge der Wehrbereichs- und Standortverwaltungen) waren kleine und mittlere Unternehmen in den letzten 10 Jahren mit etwa 55 bis 60 % beteiligt.

Bundesministerium des Innern

Kleine und mittlere Unternehmen erhielten in den Jahren 1964 (ab 1. Juli) bis 1967 Aufträge im Werte von 204,7 Millionen DM; das sind 50,7 % aller für sie geeigneten Aufträge.

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

Im Jahre 1967 gingen von einem Auftragsvolumen von 3,27 Mrd. DM Aufträge im Werte von 1,16 Mrd. DM (= 35,6 %) an Unternehmen des Handels und Handwerks. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Aufträge für technische Fernmeldeanlagen im allgemeinen von kleinen und mittleren Unternehmen nicht ausgeführt werden können. Nach Abzug dieses Auftragsvolumens verbleiben Aufträge im Werte von 2,13 Mrd. DM, die der Art nach für kleine und mittlere Unternehmen geeignet sind; hiervon wurden 52,2 % an Unternehmen dieser Größenordnung vergeben.

Bundesministerium für Verkehr

In den Jahren von 1960 bis 1967 waren Mittel- und Kleinbetriebe mit 26,9 Mrd. DM (= 53 %) an den Lieferungen und Leistungen für die Deutsche Bundesbahn, für Wasserstraßen und für Bundesfernstraßen beteiligt.

Bundesschatzministerium

Von 1963 bis 1967 (3. Quartal) erhielten Unternehmen des Handels und Handwerks Aufträge in Höhe von 5,65 Mrd. DM (= 51,2 % der Aufträge insgesamt).

Im Zusammenhang mit dem Antrag der Abgeordneten Wieninger, Burgemeister, Schlager, Stücklen und Genossen betreffend Förderung mittelständischer Gewerbetreibender vom 18. Januar 1968 — Drucksache V/2489 — werden im Deutschen Bundestag anhand detaillierter Zusammenstellungen der Bundesressorts die Möglichkeiten einer laufenden Berichterstattung über den Anteil von kleinen und mittleren Unternehmen an den öffentlichen Aufträgen des Bundes behandelt werden.

X. Mittelstandsfragen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

Seit dem Jahre 1965 haben zwischen EWG-Kommission (Generaldirektion Innerer Markt und Wettbewerb) und dem Bundesministerium für Wirtschaft Gespräche über die Gestaltung und ggf. Aktivierung der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in den EWG-Ländern durch die Kommission stattge-

[1]) Zulieferungen kleiner und mittlerer Unternehmen im Rahmen der an Großunternehmen vergebenen Aufträge werden in der Berichterstattung der Bundesressorts nicht erfaßt. Nach hier vorliegenden Erfahrungen in Einzelfällen kann aber davon ausgegangen werden, daß kleine und mittlere Unternehmen an solchen Zulieferungen in erheblichem Umfang beteiligt sind.

funden. Auch mit den übrigen Mitgliedsländern hat die Kommission entsprechende Beratungen abgehalten. Im Dezember 1965 legte die Kommission den Mitgliedsländern das in ihrem Auftrag von Prof. Woitrin (Universität Löwen/Belgien) erstellten Gutachten „Untersuchung über die Lage der industriellen Klein- und Mittelbetriebe in den EWG-Ländern" als Diskussionsunterlage vor.

Im September 1966 fand über die damit zusammenhängenden Fragen in Brüssel ein Gespräch zwischen Regierungsvertretern der Mitgliedsländer und Vertretern der Kommission statt. Es wurde beschlossen, zunächst eine Dokumentation der Förderungsmaßnahmen, die die Mitgliedsländer für kleine und mittlere Unternehmen treffen, zu erstellen. Im März 1967 übersandte das Bundesministerium für Wirtschaft der Kommission als deutschen Beitrag einen „Bericht über die Förderung von Mittel- und Kleinbetrieben in der Bundesrepublik Deutschland".

Bis zum Jahresende 1968 will die Kommission einen zusammenfassenden Bericht über die Förderungsmaßnahmen der kleinen und mittleren Unternehmen der Mitgliedsländer zusammenstellen. Diese Zusammenstellung wird eine der vordringlichen Aufgaben der neuen Abteilung „Klein- und Mittelbetriebe, Handwerk und Handel" sein, die inzwischen bei der neugeschaffenen Generaldirektion „Gewerbliche Wirtschaft" der Kommission errichtet wurde.

Ein weiterer Erfahrungsaustausch über Probleme der Unternehmensgrößen-Strukturpolitik zwischen Kommission und Regierungsvertretern im Anschluß an die Vorlage dieses Berichtes ist beabsichtigt.

XI. Beirat für Fragen des gewerblichen Mittelstandes beim Bundesminister für Wirtschaft

Der Beirat, dem Persönlichkeiten aus der mittelständischen Wirtschaft und Hochschullehrer angehören, wurde 1956 vom Bundeswirtschaftsminister zu seiner Beratung berufen. Er hat seit dem Jahre 1965 insbesondere folgende Themen beraten:

Ladenstraßen, Einkaufszentren, Discounter, Ratiomärkte;

Informationsbedarf und Informationsmöglichkeiten der Klein- und Mittelbetriebe;

Beteiligungsfinanzierung im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen;

Möglichkeiten der Finanzierung neuer selbständiger Existenzen;

Betriebsberatung;

Grundsätze der Strukturpolitik;

Die Entwicklung der Konzentration und der Märkte für Klein- und Mittelbetriebe auf dem Binnenmarkt und im Bereich der EWG;

Der Mißbrauch von Marktmacht im Handel;

Forschung und Entwicklung in der mittelständischen Wirtschaft, insbesondere die Gemeinschaftsforschung.

Der Beirat nahm außerdem in den letzten Sitzungen Berichte des Bundesministeriums für Wirtschaft über die jeweilige konjunkturpolitische Lage entgegen und erörterte sie.

Anhang

Veröffentlichungen der mit Bundesmitteln geförderten Institute

A. Institute für Mittelstandsforschung

Seit 1965 hat das Institut in seiner Schriftenreihe „Abhandlungen zur Mittelstandsforschung" (Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen) folgende Publikationen veröffentlicht:

Nr. 14 Der private Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland 1960/61
Konjunkturabteilung, 1965

Nr. 15 Der industrieähnliche Betrieb
W. Fischer, R. Buntenbach, M. Stosberg
Soziologische Abteilung, 1966

Nr. 16 Integration und Anpassung des Handwerks in der industriellen Gesellschaft
F. Sack,
Soziologische Abteilung 1965

Nr. 17 Betriebswirtschaftliche Analyse von Insolvenzen bei mittelständischen Einzelhandlungen
Dr. Horst Keiser
Betriebswirtschaftliche Abteilung, 1966

Nr. 18 Die mittelständische Erbunternehmung
Dr. Gustav-Adolf Prinz
Betriebswirtschaftliche Abteilung, 1966

Nr. 19 Die Bedeutung der Erbschaftsteuer für die Entwicklung mittelständischer Betriebe
Dr. G. Seitz
Finanzwirtschaftliche Abteilung, 1966

Nr. 20 Möglichkeiten zur Ausgestaltung der deutschen amtlichen Statistik unter dem Aspekt einer quantitativen Abgrenzung der Mittelschichten
W. Nellessen und K. Nold
Konjunkturabteilung, 1966

Nr. 21 Wettbewerbsprobleme der mittelständischen Verkehrswirtschaft
Dr. Renate Aengenendt
Volkswirtschaftliche Abteilung, 1967

Nr. 22 Die Berücksichtigung der Problematik der mittelständischen Gewerbebetriebe in der deutschen Gesetzgebung
Dr. Dieter Kölver
Betriebswirtschaftliche Abteilung, 1967

Nr. 23 Soziologische Probleme mittelständischer Berufe, 2. Teil: Die Stewardeß — Der Eheberater — Der Kinobesitzer — Die unternehmensberatenden Berufe.
Soziologische Abteilung, 1967

Nr. 24 Mittelstandsförderung durch „Planification"? Dargestellt am Beispiel Frankreichs
Dr. Helga Grote
Volkswirtschaftliche Abteilung, 1966

Nr. 25 Dienstleistungsmärkte in der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Alfred Schüller
Volkswirtschaftliche Abteilung, 1967

Nr. 26 Die Einkaufsgenossenschaften des Handwerks in der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Hans-Jürgen Brink
Volkswirtschaftliche Abteilung, 1967

Nr. 27 Streuung und strukturelle Verflechtung der industriellen Produktionsprogramme unter besonderer Berücksichtigung mittelständischer Betriebe
Hans-Harry Statwald, 1967

Nr. 28 Die steuerliche Begünstigung des nichtentnommenen Gewinns bei Personenunternehmen
E. Bökenkamp, P. Knief, K. Tiepelmann
Finanzwirtschaftliche Abteilung, 1967

Nr. 29 Konzentration und Wirtschaftswachstum
Dr. Axel L. Reuter
Volkswirtschaftliche Abteilung, 1967

Nr. 30 Eigentumsbildung und Altersversorgung bei Angehörigen des selbständigen Mittelstandes
J. Ch. Leverkus und K. Wieken
Finanzwirtschaftliche Abteilung, 1967

Nr. 31 Zwang zur Größe? Zur These von der Zwangsläufigkeit der wirtschaftlichen Konzentration
Dr. Josef Molsberger
Volkswirtschaftliche Abteilung, 1967

Nr. 32 Die Expansion mittelständischer Handelsbetriebe durch Großzusammenschlüsse
Dr. Heinz Kleinen
Betriebswirtschaftliche Abteilung, 1968

Nr. 33 Die Wirtschaftsmentalität der westdeutschen Handwerker
Dr. Peter Schöber
Finanzwirtschaftliche Abteilung, 1968

Nr. 34 Steuerfreibeträge als Instrument der Finanzpolitik
Dr. Peter Knief
Finanzwirtschaftliche Abteilung, 1968

B. Handwerksinstitute (auszugsweise)

Deutsches Handwerksinstitut e. V., München

Das Handwerk in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft

Institut für Handwerkswirtschaft, München

Betriebsvergleich im Elektro-Installateurhandwerk

Betriebsvergleich im Augenoptikerhandwerk

Betriebsvergleich im Hoch- und Tiefbau Baden-Württembergs

Die Finanzierung in kleineren und mittleren Baubetrieben

Fachwörterbuch für die gewerbliche Forschung und Dokumentation

Forschungsinstitut für Handwerkswirtschaft, Frankfurt/M.

Möglichkeiten und Grenzen der zwischenbetrieblichen Kooperation im Handwerk,

Dr. O. Paleczek (Studie Nr. 67)

Gewerbeförderung in Entwicklungsländern,
B. Koch (Studie Nr. 69)

Institut für Handwerkswirtschaft an der Technischen Universität Berlin

Leasing im Handwerk

Struktur und Personalveränderungen in Berliner Handwerksbetrieben

Handwerkswissenschaftliches Institut, Münster/Westf.

Voraussetzungen, Verwirklichung und Ergebnisse des Wettbewerbs im Handwerk, W. Wernet,

Zur Stellung der Selbständigen in der Gesellschafts- und Sozialpolitik, G. Möllmann — W. Wernet,

Bibliographie des Handwerks und Gewerbes —

Generalregister der Neuerscheinungen 1945—1965
Handwerk in moderner Sicht, W. Wernet

Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen

Die regionale Verteilung des Handwerks im Ballungsraum, Schmidt, K.-H. (Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, Bd. 9, Verlag Schwarz & Co., Göttingen)

Das Handwerk im Zonenrandgebiet, Schmidt, K.-H. (Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, Bd. 10)

Handwerksrechtsinstitut, München

Die Beschränkung der Ausnahmebewilligungen auf handwerkliche Tätigkeiten nach § 8 Abs. 2 Handwerksordnung, Prof. L. Fröhler

Institut für Berufserziehung im Handwerk an der Universität Köln

Die Fallmethode in der Berufsbildung der Handwerker,

F. Schlieper (Schriftenreihe „Berufserziehung im Handwerk", Heft 24)

Heinz Piest-Institut für Handwerkstechnik an der Technischen Hochschule Hannover

Meßverfahren zur Bestimmung von Glasdicken für das Glaserhandwerk (Heft 30 der Mitteilungsblätter des Instituts)

Handwerksberuf „Hörgeräte-Akustiker" (Heft 31)
Farbfernsehen (Heft 33)

Das thermische Spritzverfahren (Heft 36)

Weiterentwicklung einer stufenlos verstellbaren Rückdrehmaschine, Th. Preussner (erschien in den „Arbeitsberichten des Instituts)

Institut für technische Betriebsführung im Handwerk, Karlsruhe

Untersuchung der Mechanisierbarkeit häufig wiederkehrender Verrichtungen im Handwerk, Dr. Ing. G. Schertel

Planung und Einrichtung von Fahrzeuglackierwerkstätten, Dipl.-Ing. Wacker

Institut für Kunststoffverarbeitung in Industrie- und Handwerk an der Rhein.-Westf. Technischen Hochschule Aachen — Abteilung Handwerk

Prüfen und Gestalten von Kunststoff-Schweißverbindungen, P. Fischer

Das Schweißen von Polypropylen, G. Menges,

Kleben von Metallen, F. Mittrop (erschienen in der Fachbuchreihe „Schweißtechnik" Bd. 47)

Ermittlung fertigungsgerechter Arbeitsbedingungen und Untersuchung des Zerspanungsverhaltens beim Drehen thermoplastischer Kunststoffe, Henning, Krekeler, Menges, Frerichmann (erschienen beim Westdeutschen Verlag, Köln und Opladen)

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen — Abteilung Handwerk —

Konjunkturbericht über das Handwerk 1965/66, XIII. Jahrg.

Konjunkturbericht über das Handwerk 1966/67, XIV. Jahrg.

Finanzierung und Kreditversorgung im Handwerk
Die Investitionsfinanzierung im Handwerk

(erschienen in den „Mitteilungen des Instituts", XVII. Jahrgang — 1966 — Heft 9)

Die Handwerkswirtschaft, eine volkswirtschaftliche Analyse, Th. Beckermann (erschienen in der Schriftenreihe des Instituts „Neue Folge", Heft 23)

Das Bekleidungshandwerk in der Bundesrepublik Deutschland, N. Kottmann (Heft 25)

C. Institute für Handelsforschung

Institut für Handelsforschung an der Universität Köln

Jährliche Betriebsvergleiche im Einzelhandel

Bilanzauswertungen im Einzelhandel (alle zwei Jahre)

Koordinierung der Betriebsvergleichsergebnisse des Einzelhandels in der Bundesrepublik Deutschland, Sonderauswertungen zu Einzelfragen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden regelmäßig in den monatlich erscheinenden Mitteilungen des Instituts veröffentlicht.

Daneben sind in diesem Zusammenhang folgende Publikationen des Instituts zu erwähnen:

Sonderheft Nr. 17: Die Vermögens- und Kapitalsituation des Einzelhandels in den Jahren 1954 bis 1963, erschienen 1966

Sonderheft Nr. 1: Der Betriebsvergleich des Einzelhandels und seine Durchführung, 9. Auflage, 1967/68

Sonderheft Nr. 2: Der Betriebsvergleich des Großhandels und seine Durchführung, 5. Auflage, 1967/68

Schriften zur Handelsforschung Nr. 32: Umsatz, Kosten, Spannen und Gewinn des Einzelhandels in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1961, 1962 und 1963, erschienen 1965

Forschungsstelle für den Facheinzelhandel

Monatlicher und jährlicher Betriebsvergleich im Berliner Facheinzelhandel, Sonderuntersuchungen zu Einzelfragen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten wurden regelmäßig in den monatlich erscheinenden FfH-Mitteilungen veröffentlicht.

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung

Entwicklung der Personal- und Personalkostenstruktur im einzelwirtschaftlichen Großhandel

Handelsinstitut an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Unterschiede und Wandlungen der regionalen Handelsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 und 1961, Dr. Bruno Tietz (Schriften zur Handelsforschung, Nr. 35, 1967).